

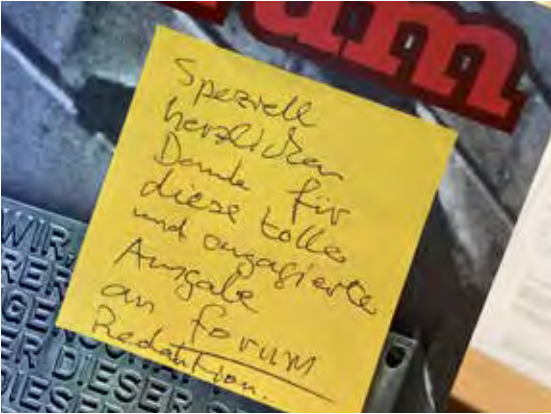


Für gute KITAS in Köln



Beteiligt euch
an der
TVöD-Runde
2025!





Große Motivation für die „forum“-Redaktion: Diesen lieben Hinweis steckte man uns während der Mitgliederversammlung am 6. November zu. Dankeschön!

Richtigstellung
PR-Wahlergebnisse
Förderschulen

Bedauerlicherweise bin ich bei der Auswertung der PR-Wahlergebnisse im Kapitel Förderschule in den Zeilen verrutscht und habe das Ergebnis falsch dargestellt. Den Fehler bemerkten wir leider erst, als das „forum“ bereits in Druck war. Ich entschuldige mich ausdrücklich beim Bezirkspersonalrat Förderschulen, der vor der Wahl einen sehr engagierten Wahlkampf geführt hat! Das Ergebnis soll natürlich insbesondere durch die eigene Gewerkschaft gewürdigt werden und somit möchte ich festhalten: Die GEW-Fraktion des BPR-Förderschulen erzielte 69,96 Prozent und konnte sich damit als stärkste Fraktion 13 Plätze sichern!

Herzliche Glückwünsche nochmal an dieser Stelle!
Eva Caspers,
Mitglied der „forum“-Redaktion

Liebe Kolleg*innen,

der 6. November 2024 war ein Tag, an den wir uns noch lange erinnern werden. Am Morgen war schon klar, dass Donald Trump die Präsidentenwahl in den USA gewinnen würde, abends dann das Ampel-Aus. Beide Ereignisse werden Folgen haben, die uns noch lange beschäftigen werden.

Mit der republikanischen Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses kann Trump jetzt durchregieren. Ob Trump nun ganz dem Project 2025 der Heritage Foundation folgt oder bei seiner Agenda 47 bleibt, das Ergebnis wird mehr oder weniger dasselbe sein: Nämlich ein Umbau der USA in einen autokratischen Staat, in dem das Weiße Haus straffe Kontrolle über die Bundesbehörden erlangt, Ministerien abschafft, Bundesbeamt*innen durch Trump-Anhänger*innen ersetzt, die Pressefreiheit einschränkt, hart gegen Migrant*innen vorgeht und den Klimaschutz eliminiert.

Wird Trump der Ukraine die Unterstützung entziehen? Wird seine Unterstützung Israels zu einer Verlängerung des Krieges gegen die Hamas, gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza und der Westbank und gegen die Hisbolah im Libanon führen? Welche Folgen wird Trumps Wirtschaftspolitik der hohen Zölle für Europa und für Deutschland haben?

Die sich verschlechternde ökonomische Lage hier wie dort bringt offenbar immer mehr Menschen dazu, sich für „einfache Lösungen“ zu entscheiden. Auf Trump entfielen mehr Stimmen als bei seiner ersten Wahl. Obwohl (oder weil?) den Amerikaner*innen einigermaßen bekannt sein dürfte, wofür er steht.

Jetzt stehen Neuwahlen in Deutschland an. Für SPD, Grüne, FDP und Die Linke stehen herbe Verluste ins Haus. Doch was bieten AfD und das BSW? Beiden ist gemein, dass sie die Probleme bei denen verorten, die nun wirklich am wenigsten dafür können, dass sie ihre alte Heimat verlassen und in Deutschland bzw. Europa eine neue suchen mussten.

Die Art von „Lösung“ ist nicht nur zu einfach, sondern auch noch menschenfeindlich. Damit wird von den eigentlichen Problemen abgelenkt und die Menschen (egal welcher Herkunft) werden gegeneinander in Stellung gebracht. Wem nutzt das? – Es nutzt denen, die die ganze Zeit profitieren, während Zehntausende um ihren Arbeitsplatz bangen: den Chefetagen.

Und wenn die Parteien keine oder nur Schein-Lösungen bieten, dann lohnt der Rückbezug auf die eigenen Organisationen: die GEWERKSCHAFTEN!

Die GEW in Köln hat für jede*n etwas zu bieten! Sucht euch eure Gremien, Themen, Ansprechpartner*innen heraus und kommt dazu! Lasst uns aktiv werden für ein emokratisches und menschenwürdiges Miteinander für alle!

Es grüßt euch herzlichst
eure „forum“-Redaktion

Herbert Klauke
1946 – 2024

Wir trauern um einen vielfältig engagierten und allseits beliebten Gewerkschaftskollegen.

Er vertrat die GEW von 1978 – 1991 im Bezirkspersonalrat Köln, war Mitglied im Bezirksvorstand und hat mehrere Gewerkschaftstage NRW als Mitglied des Tagungspräsidiums geleitet. Im Stadtverband Köln war er lange Zeit ein sehr aktives Mitglied der Fachgruppe Realschule. Auch als Schulleiter und Dezernent der Bezirksregierung hatte er die Interessen der Kolleg*Innen stets im Blick.

Mit seiner fachlich kompetenten, sozialen, humorvollen und menschlichen Art war er von allen Seiten hochgeschätzt.
Er hat große Spuren hinterlassen.
Wir werden ihn vermissen.

GEW Stadtverband Köln

forum 3-2024

KONTAKTE Gremien zum Mitmachen	4
KALENDERBLATT Komm' in die GEW! Komm' in den GfV!	5
TITELTHEMA: Kölner Kitastrophe und TVöD Kölner Kitas nur auf dem Papier gut Wie schön es sein könnte ... Auf in den Kampf! Die Forderungen	6 7 8 9
AUS DEN GREMIEN Das war „GEW aktiv“ Wie irre ist das denn? – Ein Kommentar DGB-Ausbildungsreport DGB-Köln gegen Kölner Sparwahn Beschlüsse der Mitgliederversammlung	10 12 13 14 16
GESELLSCHAFT AfD? – No way! ei-Beschlüsse Oh weh, BSW! Wenn VW schließt, schließt FORD sich an ... (vernünftige) Bahn, statt einzeln im Stau! Wer macht wessen Klima kaputt? AStA zur Wohnungsnot Support für Buchenwald und NS DOK! Nicht binär ...	18 20 22 25 26 28 30 32 33
BILDUNGSPOLITIK Nicht fliegen! Ein Kopf voll Gold Gesamtschul-Kuddelmuddel Barlach, Kollwitz, Köln und Krieg Nehmen wir unser eigenes Unterrichtsmaterial! Zivilklausel – wofür studieren wir?	34 35 36 38 43 44
INTERNATIONALES Wer nicht flüchtet und sich wehrt, wird mit dem Tode ...	49
RECHT Mehrarbeit leisten, Mehrarbeit korrekt abrechnen!	50
AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN Von der Blutglocke In die Villa Zanders	54 55
Einladung zur MV mit Neuwahl des GfV	56



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf ww.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46
Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
facebook.com/gewkoeln/
Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Guido Schönlan (verantw. Redakteur), Jutta Jilg, Stefan Schüller, Christina Krautwurst, Ines Bartenstein und Eva Caspers
Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07
Druck: Zimmermann GmbH, Köln
Vertrieb: GWK, Köln
Layout: Atelier Goral, Köln



Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de
Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

ERWACHSENENBILDUNG

Dr. Lioba Waleczek
liobawaleczek@web.de

Klaus Mautsch,
klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Eva Caspers
eva.caspers@gew-nrw.de

Nick Bauermeister
nick.bauermeister@gew-nrw.de

GRUNDSCHULE

Thorsten Albersmann, 0152-27651693
thorsten@albersmann.koeln

Katja Nielsen, 0221-5506556
katja.nielsen@gmx.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354,
heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein,
0221-9458678,
andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek,
02232-29833,
skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Hakan Türken
hakan.tuerken@gmx.net

Claudia Seidel,
claudia.seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Mirjam Berg
mrjmborg@gmail.com

Sonja Gaedicke
sonjagaedicke@gmail.com

Sarah Karim
sarah.karim@gmx.de

Ulrike Wesch
ulrikewesch@posteo.de

REALSCHULE

Katrin Reininghaus, 0221-331647
katrin.reininghaus@online.de

Karen Kiethe
karenkiethe@gmail.com

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann,
timohemmesmann@gmx.de

Maren Bennemann,
maren.bennemann@gew-nrw.de

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Rainer Alfter,
rainer.jettke@koeln.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Silke Weinberger-Brümmer,
0221-763379,
nc-weinbesi2@netcologne.de

Nanny Gatzen-Stadter
Nanny.Gatzen-Stadter@t-online.de
0173-2847107

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Henning Frey,
henning.m.frey@web.de

Julian Gürster
julianguerster@gmx.de

QUEER

Bodo Busch, 0221-9232930,
bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326,
b.kiefer1@gmx.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Till Struve
Marian Bäcker
jungegew-koeln@gew-nrw.de

LEHREN UND ERZIEHEN ZUR MEHRSPRACHIGKEIT IN KÖLN (LEMK)

Silvia Treder,
treder.silvia@gmail.com

Hasan Taşkale
Telefon: 0177-2403581
kontakt@gew-koeln.de

OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener,
a.kloekener@online.de

Marcel Wilmes
marcel.wilmes@gew-nrw.de

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Prof. Dr. Anne Ratzki
T: 0221-684871
E-Mail: annrat@gmx.de

Klaus Minartz, 0221-526722,
klaus.minartz@gmail.com

Stefan Schüller-Breu,
stefan.schueller@gmx.net

FRIEDEN & INTERNATIONALES

Peter Heim
peter.heim@posteo.de
0221-94658008

Christina Krautwurst
chrissy7@gmx.de

ARBEITSGRUPPE ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Katrin Leineweber
katrin.leineweber@googlemail.com

Elisabeth Sussiek-Sorajic
elisabeth.sussiek-sorajic@gew-nrw.de

Michael Pfennig
michael@pfennig.nrw

INTERESSE AN DER MITARBEIT IM GESCHÄFTSFÜHRENDEN VORSTAND (GfV) DER GEW KÖLN?

Wir möchten euch darauf aufmerksam machen, dass im ersten Quartal 2025 unser GfV neu gewählt wird (Vgl. letzte Umschlagseite!).

WAS IST DER GfV UND WELCHE AUFGABEN NIMMT DIESER WAHR?

Der GfV in Köln wird gemäß unserer Satzung alle zwei Jahre neu gewählt. Er leitet die laufenden gewerkschaftspolitischen, organisatorischen und finanziellen Geschäfte des Stadtverbands. Er führt die ihm vom Erweiterten Vorstand übertragenen Aufgaben durch und ist dem Erweiterten Vorstand sowie der Mitgliederversammlung rechenschaftspflichtig. Der Geschäftsführende Vorstand besteht aus 11 gleichberechtigten Mitgliedern (gegebenenfalls Tandems), die ihre Aufgaben und Funktionen untereinander aufteilen.

WER KANN FÜR DEN GfV KANDIDIEREN UND WIE?

Jedes Kölner GEW-Mitglied, das satzungsgemäße Beiträge entrichtet, hat das Recht zu kandidieren. Kandidat*innen müssen ihre Kandidatur spätestens 4 Wochen vor der Wahlversammlung einreichen. Da bisher noch kein Termin für die Wahlversammlung feststeht, können wir euch leider noch keine Bewerbungsfrist nennen – wir möchten euch aber jetzt schon anregen, euch zu überlegen, ob ihr eventuell Lust habt, diese wichtige ehrenamtliche Funktion in der GEW Köln zu übernehmen! Die konkreten Daten und Fristen werden natürlich veröffentlicht, sobald diese feststehen.

Wenn du Fragen zur Mitarbeit und zur Kandidatur zum GfV hast, wende dich gerne an unsere Geschäftsstelle unter kontakt@gew-koeln.de! Es ist von Vorteil für die Arbeit der GEW, wenn sich die zentralen Arbeitsbereiche auch im Geschäftsführenden Vorstand widerspiegeln. Alle Fachgruppen, Ausschüsse und Arbeitskreise sind daher aufgefordert, über Kandidaturen zu beraten.

Unser ONLINE-KALENDER

Alle GEW-Termine im Überblick –
leicht über unsere Homepage
per Klick zu erreichen
(gew-koeln.de)!



Mach mit! Werde jetzt GEW- Mitglied

Rund 50.000 Kolleg*innen aus Schule, Kindertagesstätte, Jugendhilfe, Beruflicher Bildung, Hochschule, Studium und Weiterbildung in NRW vertrauen bereits auf die GEW NRW, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB)! Wann dürfen wir dich begrüßen?

↓ Mehr erfahren Jetzt anmelden



Kitaplatz-Mangel in Köln: Stadt bemüht sich um Abhilfe, aber reicht das?

Es gibt seit über zehn Jahren für Kinder ab einem Jahr ein Recht auf einen Betreuungsplatz, doch Kölner Familien und auch die Kitas geraten immer wieder an Grenzen. // **Eva Caspers, Mitglied der „forum“-Redaktion, des GfV und für die Fraktion Die.Linke im Schulausschuss der Stadt Köln**

Während es einerseits an baulichen Mängeln und veralteten Gebäuden scheitert, fehlt es andererseits vor allem auch am Personal. Und dazwischen steht die Stadtverwaltung und versucht, den Mangel kinderfreundlich zu verwalten.

Laut Statusbericht vom 31.7.24 steht es um die Planung der Kölner Kita-Landschaft gar nicht so schlecht: Im U3-Bereich stehen 51 Prozent Betreuungsplätze zur Verfügung, für Ein- bis Zweijährige 74 Prozent und im Ü3-Bereich sogar 101 Prozent. Das entspricht durchaus den Vorgaben, auch wenn man hier noch kritisieren sollte, dass lediglich 30 Prozent des Angebots städtisch sind (plus sechs Prozent von den Köln Kitas) und 64 Prozent durch Kirchen und private Vereine und Initiativen abgedeckt werden.

Auf dem Papier sind die Kölner Kleinkinder versorgt...

Und trotzdem sind die Familien massiv belastet und Schwestergewerkschaften, wie z.B. die NGG warnen davor, dass der Mangel an Betreuungsplätzen sich negativ auf die Arbeitsfähigkeit der Eltern und somit auch auf die Wirtschaft auswirkt. Der Kölner Kita-Report des DGB von 2023 beginnt im Vorwort mit der eindringlichen Mahnung, dass die sowie schon dünne Personaldecke der Kitas zur Überlastung und Fluktuation bei den Beschäftigten und ebenso überforderten Kindern und Eltern führt. Es ist also dringend nötig, dass hier weitere Maßnahmen ergriffen werden.

Doch wie erreicht man das, wenn die Zahlen auf dem Papier schwarz sind?

An der Stelle müssen wir als Gewerkschaft ansetzen.

Der Kita-Report des DGB

Der DGB-Kita-Report macht insbesondere fünf Bereiche aus, zu denen mehr als 700 Eltern und Beschäftigte von Kölner Kitas befragt wurden: Personalausstattung, Kitaschließungen, Qualitätsstandards, Sanierungsstand, Kosten.

Die Personalausstattung der Kitas ist laut Fachkräften so schlecht, dass sie „häufig“ (40,69 Prozent) allein in den Gruppen sind. Mehr als die Hälfte der Kitas (62 Prozent) haben unbesetzte Planstellen. Und die Zeiträume der Unterbesetzung halten oft auch län-

ger an als ein Jahr. Aus Sicht unserer Gewerkschaft sind die aktuellen Betreuungsschlüssel schon nicht ausreichend, aber selbst diese können nicht eingehalten werden.

Das führt dann zu Kitaschließungen – und das ist nach wie vor insbesondere ein Problem für die Mütter (63 Prozent der Notbetreuung leisten Mütter). So ist die familiäre Planungssituation inkonsistent und führt insbesondere für Frauen auch zu unplanbarer Arbeitsfähigkeit. 27 Prozent der Eltern gaben an, dass ihr aktueller Betreuungsumfang ihrem tatsächlichen Bedarf nicht gerecht wird.

Klar ist dann auch, dass – wenn die Kitas so unterbesetzt sind – Qualitätsstandards schwer einzuhalten sind. Insbesondere in der frühkindlichen Förderung sehen die Fachkräfte Defizite und bewerten die Einhaltung der Standards zu über 40 Prozent mit den Noten ausreichend bis ungenügend. Und da die Kölner Schullandschaft viele ähnliche Kritikpunkte aufweist, entsteht hier eine Schieflage in den Bildungsmöglichkeiten für Kölner Kinder.

Schlechter Sanierungsstand

Ein weiterer Punkt, den Kitas und Schulen traurigerweise teilen, ist der schlechte Sanierungsstand. Sechs Kitas müssen wegen baulicher Mängel geschlossen werden und natürlich befinden diese sich hauptsächlich in Stadtvierteln, in denen die Kinder von kostenfreien – oder zumindest günstigen – Bildungsmöglichkeiten absolut profitieren würden: Chorweiler, Mülheim, Porz und Kalk.

Es werden zwar auch neue Kitas gebaut – teilweise sogar in den Veedeln – aber die gleichen die wegfallenden Plätze nichtmal aus, geschweige denn entlasten sie die dünne Ausstattung. Zuletzt bleibt noch ein weiterer Punkt zu nennen, durch den vor allem Kinder der ohnehin schon benachteiligten Viertel weiter abgehängt werden: die Kosten. In den meis-

ten Kitas müssen die Eltern neben den regulären Gebühren noch das Mittagessen selbst zahlen, was zwischen 55€ bis teilweise mehr als 70€ pro Monat kostet. Das ist für viele Familien schlicht zu viel. Wenn man dann bedenkt, dass die Betreuung in solchen Fällen häufig durch Frauen stattfindet, entsteht hier auch wieder eine Spirale, die der Kölner Wirtschaft, aber auch der Wohnortzufriedenheit massiv abträglich ist.

Der DGB fordert daher, dass insbesondere mehr Personal geworben werden soll, z.B. durch praxisorientiertere Ausbildung und bessere Arbeitsbedingungen, aber auch Standortvorteile wie Bahntickets und Azubi-Wohnungen. Das unterstützen wir als GEW natürlich!

Abgesehen davon sollen die Kitas systematisch gestärkt werden.

Das geht aus unserer Sicht langfristig nur, wenn sich zu deutlich höheren Investitionen in die Kölner Kitas bzw. die gesamte Bildungslandschaft entschieden werden kann. Angesichts der bundesweit geplanten Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich ist es aber unwahrscheinlich, dass sich absehbar etwas daran ändert.

... oder sie organisieren sich und protestieren!

Für die Beschäftigten und Eltern bedeutet das zwei Jahre weiteres Zähne-Zusammenbeißen – oder sie organisieren sich und protestieren!

Dafür steht die GEW jedenfalls fest hinter ihnen und im Jahr der Kommunalwahl UND der TVÖ-D-Verhandlungen ist dieser Überblick nur ein Einstieg in das Thema.



Die reale Kita-strophe

Wie die Arbeitswirklichkeit in den Kitas die besten pädagogischen Absichten unterwandern kann // **Saskia Götzl, Fachgruppe sozialpädagogische Berufe und für die GEW im Personalrat für Kitas zuständig**

Den Beruf der Erzieherin habe ich vor über 30 Jahren ganz bewusst aus Liebe zu den Kindern gewählt. Ich war voller Tatendrang und der festen Überzeugung, dass ich dazu beitragen könnte, den wichtigsten Individuen dieser Welt, Kindern, den Weg in die Zukunft positiv zu öffnen. Sie zu begleiten, zu stärken, zu fördern und fordern, ihnen zu zeigen, wie vielseitig und wundervoll die Welt sein kann, das war mein Ziel.

Doch schon als junge Frau zeigte mir die Realität, wie naiv ich war. Der Kita-Alltag war damals schon nicht einfach. 20 Kinder zwischen drei und sechs Jahren, unterschiedliche Entwicklungsstufen, einige Kinder mit Migrationshintergrund und wenige Kinder mit Besonderheiten. Jedes Kind brachte einen unterschiedlich gefüllten „Rucksack“ mit, welcher individuell geleert werden sollte. Eine Herausforderung, die mit einer Fachkraft und einer Ergänzungskraft gerade so bewältigt werden konnte.

Unsere Hoffnung auf Besserung der Umstände durch das neue Kinderbildungsgesetz „Kibitz“ wurde sehr enttäuscht.

Mir wurde ganz schnell klar, dass ich mich für eine bessere Betreuung der Kinder und einen besseren Arbeitsplatz der Erzieher*innen stark machen musste.

Zwei mir besonders lieb gewonnen Menschen, zwei sehr engagierte GEWler, Hildegard Merten und Klaus Minartz, motivier-

Ich verstehe nicht, dass die Politiker*innen nicht einsehen, wie wichtig Kinder für unsere Zukunft und diese Welt sind!

ten mich in die GEW einzutreten, um mich dort mit anderen Erzieher*innen für unsere „Problematiken“ stark zu machen. Die Fachgruppe traf sich in der Geschäftsstelle Köln, tauschte sich aus, stärkte sich und bereitete viele Diskussionsrunden sowie Podiumsdiskussionen mit Politiker*innen und der ehemaligen Dezernentin Dr. Agnes Klein vor. Auch mehrere Streiks wurden gemeinsam mit den Kollegen und Kolleginnen vorbereitet. Das Gefühl, sich gemeinsam auf den Weg zu machen, die Situation in den Kindertagesstätten zu verbessern, stärkte uns alle.

Keine Veränderung zum Positiven

Doch leider veränderte sich nichts zum Positiven. Unsere Hoffnung auf Besserung der Umstände durch das neue Kinderbildungsgesetz „Kibitz“ wurde sehr enttäuscht. Das Gesetz wurde geändert, aber leider hatte man es versäumt, das Personal der Kitas mit einzubeziehen. Noch mehr Auflagen und absurde Ideen erschwerten unseren Kitaalltag.

Den Auftrag der Erzieher*innen zu erziehen, zu bilden, zu betreuen und immer individuell auf jedes einzelne Kind mit seinen Bedürfnissen einzugehen, ist in der heutigen Zeit eine riesige Hürde. Die Rucksäcke der Kinder sind voller denn je. Die Anzahl von Kindern mit Förderbedarfen und Besonderheiten, aber auch die Zahl der Kin-

der mit Migrationshintergrund und anderen Kulturen steigen und bedürfen einer viel intensiveren und individuelleren Betreuung. Diese geänderten Anforderungen fordern dringend eine auf die individuelle Situation zugeschnittene Anpassung des Personalschlüssels und der Gruppengrößen. Kleine Kindergruppen und ein multiprofessionelles Team wären der Anfang einer positiven Lösung unserer heutigen Situation in den Kitas.

Heute bin ich eine erfahrene Erzieherin, welche schon oft aus Verzweiflung überlegt hat, ihren Beruf zu ändern. Jeglicher Tatendrang und positive Motivation geht mir im Alltag verloren. Ich schaffe es kaum noch, mich um die vollen Rucksäcke der Kinder zu kümmern. Dies ist höchst frustrierend für mich. Denn immer noch liebe ich die Arbeit mit den Kindern und verstehe nicht, dass die Politiker*innen nicht einsehen, wie wichtig Kinder für unsere Zukunft und diese Welt sind!

Deshalb müssen wir uns jetzt in der Tarifrunde und darüber hinaus für bessere Arbeitsbedingungen in den Kitas – die zugleich bessere, pädagogischere Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder ermöglichen – einsetzen.



Saskia Götzl

Auf in den Tarifikampf!

Über die Verhältnisse in den Kölner Kindertagesstätten und sich daraus ergebende Forderungen für die anstehende TVöD-Verhandlungsrunde berichtet // **Berkan Kar, Mitglied des GfV und Betriebsrat bei den KölnKitas. Das Interview führte Stefan Schüller-Breu, Mitglied der „forum“-Redaktion**

Wann und aus welchen Gründen bist Du in die GEW eingetreten?

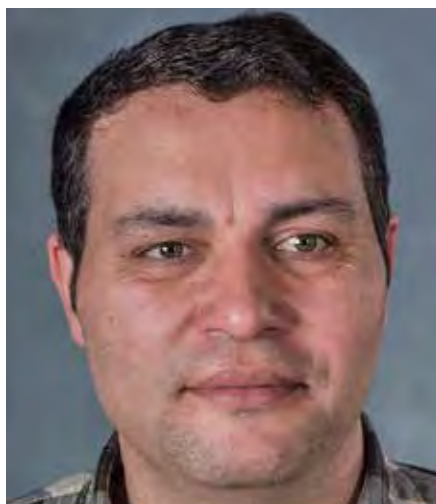
Ich bin 2008 in die GEW eingetreten. Der Hauptgrund dafür war die Gründung eines Betriebsrats und dass wir bei diesem Prozess sehr viel Unterstützung von der GEW aus der Kölner Geschäftsstelle – insbesondere von Nina Goerges und Hildegard Merten bekamen.

Wie sieht die Situation in den Kölner Kitas aus? Weshalb wird von einer Kita-strophe gesprochen?

Die Kölner Kitas sind von einem eklatanten Personalmangel geplagt. Der Fachkräftemangel ist so groß, dass es trotz Ausschreibungen auf viele Stellen keine Bewerber*innen gibt. Allein bei der Stadt Köln sind ca. 250 Stellen nicht besetzt, im Gesamtgebiet fehlen ca. 350 Erzieher*innen. Viele Kitas können daher den Betrieb nicht mehr aufrecht erhalten. In der Folge werden die Betreuungszeiten gekürzt, z. B. nur noch von 8 bis 15:30 Uhr anstatt von 7:30 bis 16:30 Uhr. Oft werden auch einzelne Gruppen oder ganze Einrichtungen für ganze Tage geschlossen. Das stellt wiederum die Eltern vor große Herausforderungen. Sie haben keine Sicherheit mehr, dass Ihre Kinder an fünf Tagen in der Woche betreut werden können.

Kannst Du nochmal näher beschreiben, weshalb die Arbeitsbelastung für die Kolleg*innen in den Kitas so hoch ist? Wie sieht ein typischer Tagesablauf aus?

Die Arbeitsbelastung ist aufgrund des Personalmangels gestiegen. Zusätzlich sind mehrere Dokumentationen der pädagogischen Tätigkeiten verpflichtend dazugekommen. Die Arbeitszeiten, die für solche Dokumentationen gedacht sind, finden wegen Personalmangel jedoch nicht satt. Wenn eine Erzieherin*ein Erzieher bei einer Vollzeitstelle von 39 Stunden 37,5 Stunden direkt bei den Kindern arbeitet und noch 1,5 h Dienstbesprechung anfallen, bleibt keine Zeit mehr, in Ruhe zu dokumentieren. Das bedeutet, die Dokumentationen müssen im laufenden Betrieb, in dem man eigentlich



Kinder beaufsichtigen sollte, geschrieben werden oder man opfert seine Freizeit. Politisch und gesellschaftlich sind die Anforderungen an uns Erzieher*innen gestiegen. Verstärkt durch den hohen Personalmangel kommen Erzieher*innen oft gar nicht mehr in Ruhephasen. Das macht die Kolleg*innen krank und es entsteht ein Teufelskreis aus erhöhtem Krankenstand, steigender Arbeitsbelastung, noch höherem Krankenstand,...

Wenn man dann die verdienten Urlaubstage und notwendigen Fortbildungen abzieht, führt das dazu, dass ein Kita-Team im Jahr nie mehr als ca. 6 Wochen in voller Besetzung arbeitet. Der typische Alltag besteht mittlerweile somit nur noch aus dem Managen des Personalmangels. Wer löst, wen ab? Kann an dem und dem Tag Spätdienst stattfinden? Wie informieren wir Eltern, dass keine Betreuung stattfinden kann? Viele Erzieher*innen bekommen den vollen Frust der Eltern ab. Das ist nicht korrekt. Vielmehr müsste das die Verantwortlichen bei der Stadt Köln abkriegen.

Die Erzieher*innen können nichts dafür. Viele Kolleg*innen würden gerne viel pädagogischer mit den Kindern arbeiten, doch die Rahmenbedingungen geben das nicht her. Es findet eigentlich nur eine Aufbewahrung der Kinder statt. Niemand spricht mehr über die Qualität der pädagogischen Arbeit. Das frustriert viele Erzieher*innen.

Gibt es Unterschiede bei den verschiedenen Kitas vor Ort durch die Trägerschaft oder den Standort?

Ja, es gibt nicht unwesentliche Unterschiede bei den unterschiedlichen Trägern. Die

Kommunen bezahlen nach dem TVöD vollumfänglich. Fröbel und AWO haben Hausarbeitsverträge, die sind schlechter als der TVöD. Köln-Kitas – mein Arbeitgeber – bezahlt nach dem TVöD, aber wichtige Paragraphen vom Tarifvertrag sind nicht inbegriffen wie ein besonderer Kündigungsschutz nach 15 Jahren Tätigkeit, Sterbegeldhilfe, Krankengeldzuschuss und und und. Was die Standorte betrifft: bestimmte Standorte wie beispielsweise in Chorweiler, Porz oder Finkenbergraben haben mit höheren Belastungen zu kämpfen und dort gibt es noch weniger Bewerber*innen auf freie Stellen. In Ehrenfeld oder Nippes beispielsweise werden hingegen die freien Stellen eher/schneller nachbesetzt.

Welche Forderungen habt Ihr aufgrund dieser Situation für die TVöD-Tarifrunde gestellt?

Ich habe eine Doppelmitgliedschaft und bin auch Verdi-Mitglied. Wir haben als Verdi Mitglieder an einer Umfrage zur Arbeitszeit teilgenommen. Daraus resultierend haben wir die Forderungen gestellt. Bessere Rahmenbedingungen und Entlastung sind für die Kolleginnen wichtiger als Geld!

Wie werden die Kolleg*innen für die bevorstehende Tarifrunde am besten mobilisiert?

Das Wichtigste ist die aktive Ansprache der Kolleg*innen von aktiven Gewerkschaftsmitgliedern.

Wie können Euch auch die Kolleg*innen, die nicht im TVöD sind, unterstützen?

Es gibt mit Sicherheit viele Möglichkeiten. Ich finde es toll, wenn Eltern, wenn Kolleg*innen, die frei haben, auf Streikkundgebungen vorbeikommen, aber auch wenn es nur „Solidaritätsgrüße“ gibt, ist das schon etwas. Das bestärkt uns im Tarifikampf und zeigt uns, dass wir bei unserem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, die ja auch immer ein Kampf für bessere pädagogische Bedingungen für die Kinder in den Kitas sind, nicht allein sind.

+++ GEW-Tariftelegramm +++ GEW-Tariftelegramm +++ GEW-Tariftelegramm +++ GEW-Tariftelegramm +++ GE

TARIFRUNDE ÖFFENTLICHER DIENST: GEWERKSCHAFTEN FORDERN MEHR GEHALT UND WIRKSAME ENTLASTUNG

Berlin, 9. Oktober 2024 – Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben heute in Berlin die Forderungen für die anstehende Tarifrunde für rund 2,5 Millionen Beschäftigte bei Bund und Kommunen vorgestellt. Kernforderungen sind kräftige Gehaltssteigerungen um 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro und wirksame Maßnahmen zur Entlastung der Beschäftigten. Dazu zählen erhöhte Zuschläge für Überstunden und besondere Arbeitszeiten, drei zusätzliche freie Tage pro Jahr und ein Meine-Zeit-Konto, in dem die Beschäftigten Entgelterhöhungen und Zuschläge ansparen können, um sie zur Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit oder zusätzliche freie Tage bzw. längere Freistellungsphasen zu nutzen.

Darüber hinaus fordert die GEW gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine Mitgliedervorteilsregelung in Form eines weiteren freien Tages pro Jahr. Die Regelungen zur Altersteilzeit sollen

wieder aktiviert werden. Das Tarifiergebnis soll zeit- und wirkungsgleich auf die Beamt*innen des Bundes übertragen werden.

GEW-Tarifchefin Annett Lindner begründete die Forderungen: „Damit der öffentliche Dienst attraktiv bleibt, müssen die Gehälter rauf und die Arbeitsbedingungen müssen stimmen. Gerade im Sozial- und Erziehungsdienst besteht bundesweit ein großer Fachkräftemangel. Um für junge Fachkräfte attraktiv zu sein, brauchen wir dringend wirksame Entlastung, damit die Kolleg*innen gesund bis zur Rente arbeiten können. Wir müssen zugleich Wege finden, den Geburtenrückgang, der sich in mehreren Bundesländern bereits in den Kitas bemerkbar macht, für mehr Qualität und eine Entlastung der Beschäftigten zu nutzen, statt Personal abzubauen.“

Die Tarifverhandlungen starten am 24. Januar 2025.

+++ GEW-Tariftelegramm +++ GEW-Tariftelegramm +++ GEW-Tariftelegramm +++ GEW-Tariftelegramm +++ GE



Impressum | Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft | Reifenberger Str. 21 | 60489 Frankfurt | www.gew.de | Verantwortlich: Annett Lindner

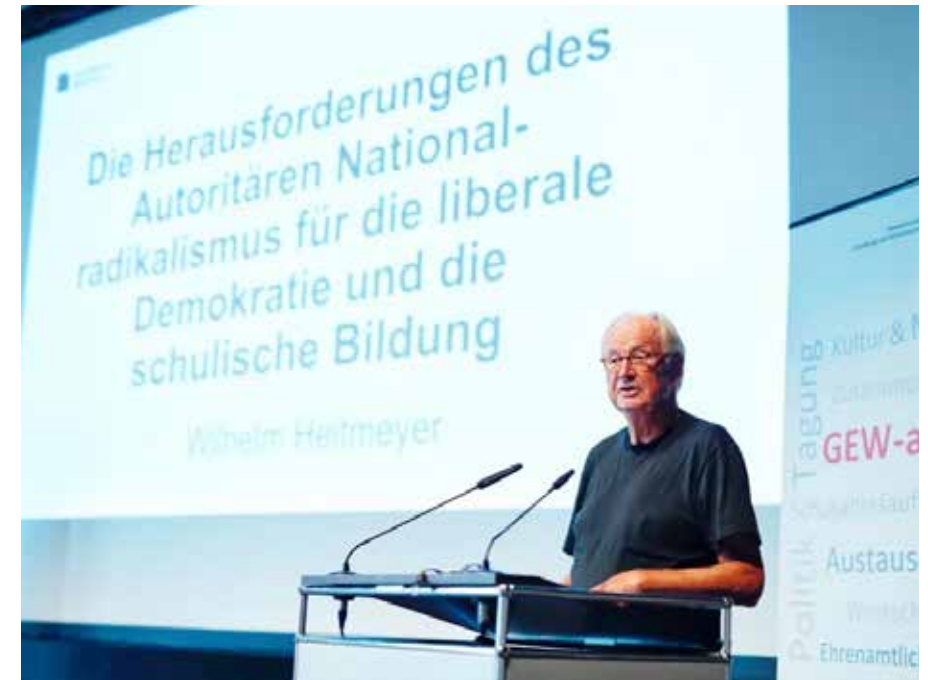
9. Oktober 2024



Mitglieder der Kölner Fachgruppe Gymnasium; Foto: Peter Gwiazda



Christina Krautwurst vom Kölner GEW-Arbeitskreis Frieden & Internationales; Foto: Peter Gwiazda



Konfliktforscher Prof. Heitmeyer; Foto: Peter Gwiazda

Bildung sichern: Demokratie stärken – GEW-aktiv 2024 in Siegburg

„Bildung sichern: Demokratie stärken“ – wie auf dem letzten Gewerkschaftstag in Bochum war dies auch das Rahmenthema der GEW-aktiv-Tagung 2024 in Siegburg bei Köln am 30. und 31. August dieses Jahres. // **Peter Heim, Mitglied des AK Frieden & Internationales**

Etwa 200 Gäste waren im Rhein-Sieg-Forum zusammengekommen, um sich kompetent informieren zu lassen und auszutauschen. Aus dem Kölner Stadtverband waren einige dabei.

„Schule ist ein durch und durch parteiischer Ort. Parteiisch für unsere Demokratie!“

Ayla Celik, Landesvorsitzende der GEW NRW, machte bei der Eröffnung den Aufschlag: „Schule ist kein politisch neutraler Ort – Schule ist ein durch und durch parteiischer Ort. Parteiisch für unsere Demokratie!“.

Damit konkretisierte sie den Beutelsbacher Konsens, der besonders für die Gestaltung von Veranstaltungen der politischen Bildung vereinbart wurde – viele Jahre vor dem Auftreten der AfD. Und sie forderte eine Bildungspolitik, die die demokratische Bildung ins Zentrum stellt und Schulen auch die Werkzeuge an die Hand gibt, die sie dafür brauchen.

Wilhelm Heitmeyer, Konfliktforscher und emeritierter Professor für Soziologie

der Universität Bielefeld, lieferte in seinem anschließenden Vortrag wissenschaftliche Grundlagen dafür. Jahrzehntelang trug er mit den Studien an seinem Institut jährlich empirische Daten für diese Tendenzen zusammen, die er schon viel früher als andere sah, lange vor Gründung der AfD, weil er seine Begrifflichkeiten präziser fasste als andere.

„Autoritärer Nationalradikalismus“

Heitmeyer hält den Begriff des „Rechtspopulismus“ für wenig hilfreich. Es geht nicht um zeitlich eingrenzende Phänomene, die nach einem Abflauen bald wieder an andere Ereignisse mit hohem Erregungspotential anknüpfen, sondern um relativ stabile Einstellungen als Basis. Sie seien aber auch nicht pauschal gleichzusetzen mit rechtsextremistischen Haltungen.

Es geht um national oder nationalistisch orientierte Weltansichten, die auf autoritären Grundhaltungen aufsetzen und sich radikal, also mit einem „aggressiven Kommunika-

tions- und Mobilisierungsstil“ in die öffentlichen Auseinandersetzungen einbringen. Das Zusammenwirken dieser drei Komponenten nennt er „Autoritärer Nationalradikalismus“ (vgl.: W. Heitmeyer: „Autoritäre Versuche“ [2018]. „Rechte Bedrohungsallianzen“ [2020], Suhrkamp, Berlin). Er sieht ihn als „Herausforderung für die liberale Demokratie und die schulische Bildung“, so sein Vortragstitel.

Das Internet fördert diesen Stil der Interaktion durch entsprechend konditionierende Algorithmen. Es wird belohnt, was Aufmerksamkeit und damit viele Klicks erzeugt, und damit dieses radikale Verhalten in der Kommunikation als Vorstufe praktischen Handels.

Die AfD ist für Heitmeyer Ausdruck dieser tiefer verankerten Entwicklung. Ziel der Partei: Herstellung einer autoritär-nationalistischen gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung. Für diesen Systemwechsel muss sie die halt gebenden Institutionen wie Justiz, Medien, Polizei, Bundeswehr, Verbände laufend delegitimieren, um sie damit langfristig zu destabilisieren, darunter aber auch

besonders gesellschaftlich wirksame, in der Gruppe durch Soft Skills regelbasierte Institutionen wie die Schulen und Kultureinrichtungen.

„Die AfD will in die gesellschaftlichen Institutionen eindringen, um schleichend, von innen einen Systemwechsel herbeizuführen.“

Dabei kommt Krisen (durch ökonomische Ungleichheiten im Finanzsektor, durch Kriege und Fluchtgründe, durch Corona, Inflation und – uns irreversibel begleitend – durch die Ökologiekrise und Klimaerhitzung und die notwendigen Transformationen im Energiesektor) eine besondere Bedeutung zu, weil diese zusätzlich verunsichern. Corona wirkte z.B. bei Jugendlichen durch eine starke Einschränkung analoger Beziehungen. Damit verringerten sich für sie Erfahrungen der Selbstwirksamkeit (außer im Internet).

Allgemein entsteht durch die Krisen das Gefühl eines drohenden oder realen Kontrollverlustes. Verstärkt wird dieses Gefühl durch die Zerstörung des Vertrauens in die Kompetenz der Regierung, hier Entscheidendes leisten zu können.

Heitmeyer spricht allgemein von der „Erschöpfung zuversichtlicher und visionärer Gesellschafts- und Demokratievorstellungen.“ In dieser Mangelsituation wachsen Jugendliche heute auf.

Die AfD macht in dieser gesellschaftlichen (und auch z.T. staatlichen) Krise autoritäre, nationalistische und radikale Politikangebote mit dem Versprechen der „Wiederherstellung von Kontrolle“

Die AfD und sie unterstützende Gruppen bieten den Bürger*innen an, die Kontrolle wieder herzustellen durch „autoritäre, nationalistische und radikale Politikangebote“. In der Peergroup, auf der Straße, im Internet erleben sie sich wieder als selbstwirksam. Die Wahlergebnisse der AfD unter Jugendlichen sind auch ein Ausdruck dessen.

Was also tun?

Heitmeyer machte dazu verschiedene Vorschläge für die schulische Praxis:

Erfahrungen ermöglichen statt belehren –

10 Vorschläge für die Praxis (Exzerpt der Aussprache)

1. Eine Kultur der Anerkennung, die möglichst nach den Stärken sucht, als Basis für Demokratiearbeit
2. Steigerung der Fähigkeit zur Empathie – ohne Empathie kein Grund für Engagement
3. Allgemeine Verbesserung der Konfliktfähigkeit
4. Training der Interventionsfähigkeit in nahen Bezugsgruppen – gegen die Normalisierung von „Parolen“ gegen die Demokratie im Alltagsgespräch („Das wird man ja noch sagen dürfen“)
5. Stärkung der politischen Bildung - Verbesserung der Kenntnisse über Demokratie und ihrer Gefährdung
6. Klärung der Frage, warum Menschen ge-

gen ihre eigenen Interessen handeln

7. Wiederaneignung zentraler Themenräume wie Migration oder Kriminalität
8. Kulturkampf gegen ausgrenzende Identitätspolitik
9. Bewußte Sprache: Interventionen bei Verschiebung des Diskurs zur „Ausweitung des Sagbaren“
10. Orientierung an einer Verständigungsglogik bei Konflikten. Bsp. Tarifkonflikt vs. Bauernproteste

Grundsätzlich endete er wie folgt:

- Schule muss ein Ort gelebter Demokratie sein
- Schule sollte Erfahrungen ermöglichen statt zu belehren, denn Erfahrungen sind wirksamer
- Schule darf angesichts der Gefährdungen kein Ort falsch verstandener Neutralität sein
- Schule muss Kontroverses als kontrovers darstellen (Beutelsbacher Konsens) - und leben

Anschließend gab es zwar Möglichkeiten für Nachfragen, moderiert durch Armin Hammelrath, die eigentlichen Gespräche zum Thema fanden aber danach statt, am Abend beim Essen und am Folgetag mit seinen Workshops (Bericht dazu in der nächsten „forum“-Ausgabe).

Kommentar: Demokratische und soziale Rechte sichern in schwierigen Zeiten

Es war nicht Wilhelm Heitmeyers Aufgabe bei seiner Themenstellung. Aber die Möglichkeiten vieler staatlicher Bildungseinrichtungen sind durch ihre materiellen und personellen Rahmenbedingungen, durch zentrale Prüfungen u.v.a. eingeschränkt. // **Peter Heim**

Die im internationalen Vergleich absolut unzureichende Bildungsfinanzierung ist ein Skandal. Wirtschaftsliberale Vorstellungen unterschätzen den nachhaltigen Schaden für die Gesellschaft durch fehlende Investitionen in Bildung. Immer mehr fehlende „Soft Skills“ für ein Wahrnehmen einfachster demokratischer Rechte und – wenn realisiert – die Erfahrung von Vergeblichkeit lassen das Gefühl von Kontrollverlust immer größer werden.

Bildungsarbeiter*innen anfällig für Autoritäres?

Und sind wir selbst als Bildungsarbeiter*innen anfällig für Autoritäres? Trauen wir uns etwas? Auch gegenüber der Leitung? Beispiel Schule: Wie demokratisch ausgestaltet sind Schulstrukturen und Entscheidungswege? Was machen wir daraus? Wie ernst nehmen wir die Konferenzen, an denen wir teilnehmen (müssen)? Machen wir auch einmal eine Beschlussvorlage in der Konferenz, die unser Arbeiten erleichtern? Ermutigen wir uns in den Kollegien, gehen wir wertschätzend miteinander um? Unterstützen wir die SV unserer Schule, sich stärker einzubringen oder empfinden wir dies eher als Störung? Wie stark steht Demokratie wirklich in unserem Fokus?

Als Gewerkschaftler*innen

Und als Gewerkschaftler*innen: Wie stark beteiligen wir uns an den gesellschaftlichen Diskursen, die eine Akzeptanz für einen politischen Rollback, noch tiefer in den Neoliberalismus, erzeugen wollen – wider alle Vernunft? Ermutigt uns unsere Gewerkschaftsleitung, kreativ zu werden? Ist sie selbst offen für Impulse der Erneuerung? Nimmt sie neue Ideen für Tarifkämpfe wertschätzend auf? Oder erschöpft sich die Arbeit für uns als Ehrenamtliche weitgehend in Gremien ohne wirklichen Einfluss?

Medialer Druck

Dazu kommt der mediale Druck: Die Krise der aktuellen Bundesregierung ist auch Ergebnis des Agierens bestimmter Medienkonzerne. Humanistische Haltungen gegenüber Marginalisierten werden abgewertet (Bürgergeld), die Ahndung des Missbrauchs von Steuergeldern oder von Steuerbetrug wird verschleppt und abgebogen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk schweigt weitgehend dazu oder berichtet nur am Rande – und soll trotz seines Wohlverhaltens und auf Druck der Verlegerverbände stark beschränkt werden. Ein Geschenk an die deutschen Medienoligopole, auch hier in Köln.

Die gesellschaftlichen Aufgaben in Sachen Bildung werden immer größer – der Problemlösungsdruck steigt

Und trotzdem soll der Staat sich noch mehr heraushalten. Auch finanziell? Soziale Aufgaben zurückfahren, die Lebenshaltungskostensteigerungen ignorieren, die soziale Spaltung zwischen arm und reich verschärfen? Und nun auch die Mittelschicht entmächtigen? Wie irre ist das denn? Auch mangelnde Investitionen in sozial wirksame Infrastruktur, blockiert durch die Schuldenbremse, signalisieren einen Kontrollverlust der Regierung und sind – ob gefühlt oder real erfahren – ein Konjunkturprogramm für „Autoritär Nationalradikale“. Wobei in den USA genau diese Wählergruppe Trump gewählt hat – trotz gigantischer Schuldenaufnahme u.a. für den „Inflation Reduction Act“. Aber offensichtlich sind sie mehrheitlich anfällig für seine Rhetorik. Es braucht also wohl beides: demokratische Bildung durch Aufklärung, Beteiligung und Geld.

Der DGB-Ausbildungsreport

In welchen Berufen gibt es die qualitativ beste Ausbildung? In welchen Branchen und Regionen herrschen gute Arbeitsbedingungen? Wo läuft es nicht so gut? // **DGB-Jugend**



© DGB-Jugend

Der DGB-Ausbildungsreport verschafft die Übersicht. Denn die Ausbildungsqualität haben diejenigen bewertet, die am besten wissen, unter welchen Umständen sie tagtäglich lernen und arbeiten – die Auszubildenden selbst.

Um zu erfahren, wie lange sie täglich arbeiten, was sie dabei lernen und ob sie dabei gut betreut werden, befragt die DGB-Jugend jedes Jahr mehrere Tausend Auszubildende in den laut Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) 25 meistgewählten Ausbildungsberufen. Veröffentlicht werden die Daten jedes Jahr im Herbst. Die Ergebnisse fließen in ein Ranking der einzelnen Branchen ein und bieten den Schulabgänger*innen eine Orientierung bei der Berufswahl.

Fokus auf Ausbilder*innen und Ausbildungsmethoden

Der Schwerpunkt der diesjährigen Erhebung liegt bei den Ausbilder*innen und den Ausbildungsmethoden. Der Ausbildungsreport gibt jungen Menschen eine Stimme und beleuchtet die Schwachstellen im dualen Ausbildungssystem.

Zwar zeigen die Ergebnisse, dass die Mehrheit der Auszubildenden mit ihrer Ausbildung und mit ihren Ausbilder*innen in den Betrieben zufrieden ist. Deutliche Unterschiede gibt es jedoch zwischen den einzelnen Branchen. Entscheidende Indikatoren sind die Bezahlung nach Tarif, die Zahl der geleisteten Überstunden und die sogenannten ausbildungsfremden Tätigkeiten, die viele Azubis übernehmen müssen. Dies sind nur einige Ergebnisse des neuen Ausbildungsreports der DGB-Jugend, der am 24. August in Berlin vorgestellt wurde. Sie spiegeln die unterschiedlichen Lebensrealitäten, die junge Menschen in ihrer Ausbildung erleben.

Forderung: Betreuungsschlüssel verbessern und AEVO anpassen

Die DGB-Jugend fordert, dass den Ausbilder*innen durch möglichst kleine Betreuungsschlüssel mehr Zeit für ihre Azubis zur Verfügung gestellt wird. Außerdem müssten die Ausbilder*innen einen gesetzlichen Anspruch auf regelmäßige Fort- und Weiterbildungen erhalten und die Ausbildereignungsverordnung (AEVO), die zuletzt vor 15 Jahren geändert wurde, an den rasanten Wandel angepasst werden, der sich seitdem in der Arbeitswelt vollzogen hat. „Mit den genannten Punkten ließe sich die Zufriedenheit der Auszubildenden noch weiter steigern“, fasst Kristof Becker, DGB-Jugendsekretär auf Bundesebene, die Zielsetzung dieser Forderungen zusammen.

Der Ausbildungsreport kann unter jugend@dgb.de als gedruckte Broschüre bestellt oder hier heruntergeladen werden: <https://jugend.dgb.de/ausbildung/ausbildungsreport/++co++68091cbe-4a73-11ef-a812-ad9721390348>



Expert*innen bereichern den Unterricht: die Berufsschultour

Es gibt viele gute Gründe, die Gewerkschaftsjugend ins Haus zu holen. Wir nehmen unseren Bildungs- und Orientierungsauftrag ernst und suchen auf den Schulhöfen und in den Klassenzimmern das Gespräch mit den Jugendlichen. Die Verbindung von Spaß, Inhalten und politischer Bildung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die Berufsschultour der DGB-Jugend basiert auf einer großen Schnittmenge an gemeinsamen Interessen, die es zwischen Berufsschulen und Gewerkschaften gibt:

- Junge Arbeitnehmer*innen werden vor Ort über ihre Rechte in der Ausbildung informiert.
- Wir erläutern als Expert*innen komplexe Zusammenhänge (Tarifverträge, Mitbestimmung, Interessenvertretung) mit abwechslungsreichen und spielerischen Methoden.
- Moderne Methoden und Besuch von jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sorgen für Abwechslung im Unterricht.
- Unsere Angebote haben eine Vielzahl von Anschlusspunkten an berufsschulische Inhalte.
- Jugendliche haben mit der Berufsschultour Chancen, mit jungen Aktiven zusammenzutreffen und zu sehen, dass sich Engagement lohnt.
- Die Fähigkeit junger Arbeitnehmer*innen zur bewussten Gestaltung der eigenen Arbeits- und Lebenswelt ist eine Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der Region.
- Die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsjugend und Berufsschulen nutzt Schülerinnen und Schülern, die dazulernen, und den Lehrkräften, die Unterstützung im Unterricht erhalten.

Kontakt:
Katharina Sieben
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
E-Mail katharina.sieben@dgb.de
Tel. 0221 500032-18

Köln braucht Zukunft!

Die geplanten Kürzungen des Kölner Stadthaushaltes besorgen die Kölner DGB-Gewerkschaften zutiefst.

„Köln setzt den Rotstift an“, „Die Sparliste der Stadt“, „Pleitegeier in Köln gelandet“ und „Horror Haushalt“ – Schlagzeilen wie diese dominieren die lokalen Medien am 15. November, einen Tag nachdem der städtische Haushalt in den Stadtrat eingebracht wurde. Der Kölner DGB warnt: Wenn die Kürzungen so stehen bleiben, schadet das nicht nur dem sozialen Frieden, sondern der gesamten Zukunft unserer Stadt.

Der Entwurf für den Doppelhaushalt 2025/26 mit einem geplanten Defizit von 395 Millionen Euro (2025) und 440 Millionen Euro (2026) trotz steigender Einnahmen von 6,45 Milliarden Euro (2025) und 6,7 Milliarden Euro (2026) ist ein gravierendes Alarmsignal. Und noch alarmierender ist, dass die erforderlichen Kredite zur Finanzierung explodieren, die Verschuldung der Stadt enorm ansteigt und damit auch die zukünftigen Zinsbelastungen. Das Gestaltungsbündnis im Rat wie die Verwaltung haben die Ausgaben offensichtlich nicht im Griff. Darüber muss in der Stadt, in der Verwaltung und im Rat eine offene und ebenso kritische wie selbstkritische Diskussion geführt werden: über Einnahmen wie über Ausgaben.

Die einzige gute Botschaft der Kämmerin Dr. Diemert, dass mit dem vorgelegten Haushalt eine Haushaltssicherung für Köln vermieden wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass über die hohen eingeplanten Defizite noch erhebliche Risiken im Haushaltsentwurf stecken: Der Haushaltsentwurf enthält bereits 23 Millionen Euro Mehreinnahmen aus der Grundsteuer, die der Stadtrat noch gar nicht beschlossen hat und ist mit einem globalen Minderaufwand von 46 Millionen Euro (2025) und 135 Millionen Euro (2026), d.h. mit noch ungeplanten weiteren Kürzungen.

Zu viele, zu teure und zudem schlecht gemanagte Großprojekte, die nicht hinterfragt werden, treiben Defizite, Verschuldung und steigende Zinszahlungen. Dramatisch und für den DGB nicht zu akzeptieren ist, dass zur Ertragssteigerung Eltern, Mieter*innen und Autobesitzer*innen in der dicht besiedelten Innenstadt vornehmlich herhalten müssen (Essensgeldzuschüsse, Anwohnerparkausweise). Deswegen halten wir auch die Streichung des Zuschusses für das Jobticket der Beschäftigten für ein falsches Signal. Ebenso kritisch sehen wir, dass ein großer Teil der Haushaltseinsparungen die Personalkosten der sozialen und kulturellen Träger sind. Sichergestellt werden müssen aus Sicht des DGB auch die Betriebskosten der freien Träger und der Bildungseinrichtungen.

Für uns als DGB-Gewerkschaften unakzeptabel ist die Kritik an den steigenden Personalkosten, die nur die Reallohnverluste der Beschäftigten ausgeglichen haben, zumal die Stadtspitze die Ausgliederung der Wirtschaftsförderung in die



21. November 2024

Deutscher Gewerkschaftsbund
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

KBW damit begründete, dass nur mit übertariflicher Bezahlung gute Fachkräfte zu bekommen seien.

Der DGB fordert deshalb eine nachhaltige Überprüfung der Effektivität solcher Ausgliederungen sowie der stark gestiegenen Kosten für extern eingekaufte Beratungsleistungen, die in den letzten Jahren zwischen 60-130 Millionen Euro betrugen und häufig für zur Verzögerung anstehender Entscheidungen beitrugen.

Der dramatisch verfehlte Ausbau von bezahlbarem Wohnraum belastet nicht nur die Mietenden mit steigenden Kosten, sondern treibt auch für die Stadt die Wohngeldzuschüsse in die Höhe: So haben die mehrfach verschobenen Entscheidungen zum Großmarkt den Start für die Parkstadt-Süd unverantwortlich verzögert.

Wir kritisieren, dass der Bund und die Länder wachsende Aufgaben auf die Kommunen übertragen, ohne deren vollständige Finanzierung sicherzustellen: Die Ganztagsbetreuung in den Schulen ebenso wie die Versorgung von Geflüchteten. Allein die Deckungslücke aus dem Asylbewerberleistungsgesetz steigt allein für die geduldeten Personen von rd. 11,5 Millionen Euro auf 47 Millionen (2025) und 58,5 Millionen Euro (2026).

Angesichts der außerordentlich hohen zusätzlichen Kosten, die den Kommunen durch die Unterbringung, Versorgung und Qualifizierung von Kriegsflüchtlingen – wie im Fall der Ukraine – entstehen, fordern wir als DGB von der Stadt, dass alle städtischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekte, die auf ein friedliches Zusammenleben in der Welt gerichtet sind, weiterhin unterstützt werden. Dies gilt insbesondere auch für die entsprechenden Städtepartnerschaften.

Kommunen sind Orte des Zusammenlebens und des Alltags. Hier entscheidet sich, wer gute Arbeit findet, wer bezahlbar wohnen kann, wer mobil ist. Um für die Menschen attraktiv zu bleiben und die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern, müssen die Kommunen in ihre Infrastruktur investieren. Dafür ist die Stabilität und Entwicklung des Stadtwerke Konzerns eine entscheidende Grundlage. Wir begrüßen, dass die Stadt an dem Stadtwerke-Konzern in seiner jetzigen Form festhält und mahnen an, dass notwendige Transformationen und Investitionen im Konzern auch langfristig getätigt werden können, damit die Substanz nicht gefährdet wird.

Wir unterstützen die Schwerpunktsetzungen für Zukunftsinvestitionen in die städtischen Kliniken und damit die Gesundheitsversorgung unserer Bürger*innen durch hohe Betriebskostenzuschüsse und mahnen einen sorgfältigen Einsatz dieser Mittel an. Ebenso unterstützen wir den weiteren forcierten Ausbau und die Sanierung der Schulen und fordern eine stärkere Schwerpunktsetzung bei bislang vernachlässigten Berufskollegs. Kitas, Schulen und offene Ganztagsbetreuung sowie Berufskollegs sind zentrale Zukunftsthemen. Wer an

Bildung spart, glaubt nicht mehr an die Zukunft. Das können wir uns nicht leisten!

Den geplanten Ausbau des ÖPNV-Netzes, die Sanierung und Instandhaltung der Kölner Brücken, der Straßen und städtischen Gebäude sowie der technischen Infrastruktur und der digitalen Netze halten wir ebenso für unverzichtbar wie Investitionen in die Klima-Resilienz der Stadt und den Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Photovoltaik auf allen städtischen Gebäuden. Notwendig sind mehr Anstrengungen zur Verbesserung der Ladestruktur für E-Mobilität in der Stadt.

Für den DGB ist klar: Die Probleme der Kommunen sind vielfältig. Zudem bekommen Kommunen neue Aufgaben von Bund und Ländern übertragen oder die bestehenden Aufgaben werden größer, ohne dass sie mit mehr finanziellen Mitteln hinterlegt werden.

Deswegen fordert der DGB Köln einmal mehr, die Kommunen schnellstmöglich in die Lage zu versetzen, die wichtigen Zukunftsinvestitionen anzupacken. Dafür müssen sie kurzfristig entlastet und längerfristig auf ein stabiles finanzielles Fundament gestellt werden. Wir brauchen eine solidarische Entschuldung der Kommunen, bestehend aus einer einmaligen Übernahme kommunaler Alt-schulden durch Bund und Länder, sowie längerfristiger Maßnahmen, um die kommunale Handlungsfähigkeit dauerhaft sicherzustellen. Damit der Schuldenberg nicht erneut ansteigt und die Kommunen mit ihren Aufgaben alleingelassen werden, muss das Prinzip der Konnexität endlich richtig umgesetzt werden. Konkret heißt das: Soll eine Kommune den Kita-Ausbau oder die Digitalisierung der Schulen übernehmen, müssen die Länder oder der Bund dafür die Mittel bereitstellen.

Von einer zukünftigen Bundesregierung erwarten wir entsprechendes Handeln. Sie darf nicht zugunsten von Aufrüstung und Krieg agieren, sondern muss vor allem die Lebenswelten der Bürgerinnen und Bürger verbessern: Das Leben vor Ort in den Kommunen, Gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, eine klimagerechte und soziale Mobilität. Dafür brauchen wir ein neues Steuerkonzept, das besonders diejenigen die sehr viel haben mehr beteiligt und Investitionen ermöglicht.

Sehr gut besuchte Mitgliederversammlung der GEW Köln

Am 6. November fand die MV unseres Stadtverbands statt. An dieser Stelle veröffentlichen wir die Beschlüsse. Ausführliches zu einigen der behandelten Themen findet sich auch hier in dieser Ausgabe. // **Die „forum“-Redaktion**

Anträge an die Mitgliederversammlung (MV) der GEW Köln vom 6.11.2024 in beschlossener Form



Antrag A1 „Gaza“

Der GEW Stadtverband Köln beteiligt sich an einer öffentlichen Kundgebung für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand in Gaza, Libanon und Israel, für ein Ende der Besatzung der Westbank und für den Stopp von deutschen Waffenlieferungen. Dies geschieht mit Unterstützung des Arbeitskreises Frieden & Internationales auf der Grundlage der Beschlusslage des StV Köln zu diesem Thema und in finaler Rückkopplung mit dem Geschäftsführenden Vorstand.

Antrag A2 „Nigeria“

Die Mitgliederversammlung der GEW Köln beschließt,

- dass der Kölner StV Protestschriften an die nigerianischen Behörden schreibt, um internationalen Druck im Sinne der Angeklagten auszuüben und somit unsere Solidarität zu zeigen.
- dass wir über unsere Kanäle (social media, Email, Homepage) zur Teilnahme an der Protestaktion in Köln am Tag des Prozessbeginns aufrufen: Soli-Aktion Nigeria: 8.11.2024 um 16 Uhr auf dem Wallrafplatz in Köln

Antrag A3 „Industry for future“

Die Mitgliederversammlung der GEW Köln beschließt, als Mitveranstalterin der Veranstaltung „industry for future“ am 2.12.24 (19:00 Uhr im Naturfreundehaus Kalk) zu fungieren und für diese mit zu mobilisieren, gerade auch bei unseren Schwestergewerkschaften. Thema: „Was tun gegen Massenentlassungen bei FORD und für die nachhaltige Transformation der Autoindustrie?“ (Arbeitstitel).

Antrag A4 „Rojava“

Die Mitglieder des Stadtverbands Köln der GEW fordern die Landes- und Bundesgremien der GEW auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Angriffe des türkischen Militärs auf die kurdischen Gebiete, vor allem Nord- und Ostsyrien sowie Irakisch Kurdistan ein für allemal aufhören sollen. Bei diesen Übergriffen kommen zivile Personen ums Leben, darunter auch Kinder, weiterhin werden lebenswichtige Infrastrukturen zerstört!

Antrag A5 „Kritisches Denken“

Der Stadtverband positioniert sich folgendermaßen und der Vorstand wird beauftragt, in diesem Sinne öffentlichkeitswirksam einzugreifen:

Die GEW Köln spricht sich entschieden gegen den Resolutionsentwurf „Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“^[1] von Ampel und Unionsparteien aus. Sie weist darüber hinaus das Prinzip der Staatsräson als vordemokratisch^[2] zurück. Sie spricht sich gegen eine weitere Verschärfung von „Strafrecht sowie im Aufenthalts-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht“ aus und dagegen „repressive Möglichkeiten konsequent auszuschöpfen“. Weiterhin tritt sie für die Abschaffung statt für die Verschärfung des Ordnungsrechtes an Hochschulen und gegen eine Gesinnungsprüfung bei Kultur- und Wissenschaftsfinanzierung ein.

Dem Ziel, „jüdisches Leben in Deutschland zu schützen, bewahren und stärken“ schließen wir uns an und sehen dies auch als Aufgabe von Bildungseinrichtungen und Gewerkschaften an.



Voller Saal, solidarische Debatten und gute Beschlüsse bei der MV der Kölner GEW am 6. November 2024; Foto: G. Schönian

Der Resolutionsentwurf sieht jedoch vor allem eine Gesinnungsprüfung für Wissenschaft und Kultur auf Basis der umstrittenen und politisch-instrumentalisierten IHRA-Arbeitsdefinition^[3] vor. Diese ist ungeeignet, zwischen Antisemitismus und nicht-antisemitischer Israelkritik zu trennen. Aus der Verabschiedung einer solchen Resolution ergibt sich die Gefahr weiterer Kriminalisierung, Stigmatisierung und Ausgrenzung insbesondere arabischer oder muslimischer Mitmenschen in Deutschland sowie allgemein die Unterdrückung von Kritik jenseits der sogenannten Staatsräson. Dies erachten wir wie zahlreiche andere Kritiker*innen^[4] als sehr besorgniserregend. Gemeinsam mit der Verschärfung des Ordnungsrechts an Hochschulen, wie es jüngst in Berlin und Bayern geschehen ist und derzeit in NRW geplant ist, ist zu befürchten, dass zukünftig kritischen Äußerungen mit einem temporären Ausschluss aus dem Lehr- bzw. Schulbetrieb oder der Exmatrikulation bzw. der Kündigung begegnet wird. Betroffen ist dabei insbesondere Kritik an der israelischen Kriegsführung in Gaza, deren genozidalen Charakter der IGH für „plausibel“ erklärt hat, oder der Besatzung des Westjordanlands. Sie steht damit in offenem Widerspruch zu internationalem Recht und schränkt die Grundrechte auf Meinungs-, Wissenschafts- und Kulturfreiheit massiv ein.

Wir wenden uns gegen eine rassistische Umdeutung der Ursachen von Antisemitismus, die „Zuwanderung aus den Ländern Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens“ fokussiert und nicht neurechte und neonazistische Entwicklungen inklusive ihrer historischen Wurzeln. Wie der Resolutionsentwurf richtigerweise feststellt, hat der Antisemitismus in Deutschland seit der Zuspitzung des Nahostkonfliktes zugenommen. Um diesem Problem angemessen zu begegnen, braucht es anstelle von Zensur und Konformismus Engagement für einen sofortigen Waffenstillstand. Außerdem sind die Ausweitung humanitärer Hilfe in der Kriegsregion, das Ende von Waffenlieferungen, die Anerkennung des palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 im Sinne einer Zwei-Staaten-Lösung, unbedingtes diplomatisches Engagement zur Befreiung aller Geiseln und politischen Gefangenen, die Förderung interessenausgleichender, völker- und menschenrechtsstärkender Friedensverhandlungen nötig. Die Bildungsstrukturen in Gaza, die Opfer gezielter und flächendeckender Zerstörung sind (Scholastizid, OHCHR), müssen wieder aufgebaut werden.

Der Schutz und die Unterstützung jüdischen Lebens in Deutschland und insbesondere an den Bildungseinrichtungen sind zu erhöhen: Der Bildungsbetrieb und die Kulturlandschaft müssen weiter inkludierend gestaltet sein. Eine menschen- und völkerrechtsbasierte Kritik sowie Anstrengungen für den Schutz und die Hilfe für von Diskriminierung Betroffener und die Beseitigung der Ursachen von Diskriminierung müssen gefördert werden. Den Bildungseinrichtungen sind dafür zusätzliche Mittel bereitzustellen. Das Engagement gegen Antisemitismus darf allerdings nicht geopolitisch oder rassistisch vereinnahmt werden. Insofern fordern wir die Distanz zur IHRA-Arbeitsdefinition und die Bestimmung von Antisemitismus nach Maßgabe der Jerusalem Declaration on Antisemitism.

Es braucht keine einschüchternde und diskriminierende staatliche Gesinnungsprüfung bei Anstellungs- und Berufungsverfahren oder bei der (staatlichen) Mittelvergabe, sondern die Stärkung der Demokratie in den Bildungseinrichtungen. Menschenverachtende Positionen überstehen kein ernsthaftes und ambitioniertes Berufungs- bzw. Einstellungsverfahren. Ein neuer McCarthyismus eignet sich weder, um den Antisemitismus und seine Ursachen zu bekämpfen, noch um einen gerechten und nachhaltigen Frieden in Nahost zu erwirken.

Anmerkungen & Quellen:

^[1] Resolutionsentwurf: ogv.de/af60

^[2] „Das Prinzip der Staatsräson (...) hatte in früheren Jahrhunderten, als noch Könige und Fürsten über die Staaten herrschten, große Bedeutung. Es besagte, dass die Interessen des Staates über alle anderen Interessen gestellt wurden. Wenn die Staatsmacht der Ansicht war, dass es dem Interesse des Staates dienen würde, konnten Gesetze aufgehoben und sogar die Rechte der einzelnen Menschen missachtet werden. Der Staat stand über allem. (...) In demokratischen Staaten spielt die Staatsräson, wie sie hier beschrieben ist, keine Rolle mehr.“

Quelle: ogv.de/af60

^[3] Die nicht rechtsverbindliche IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance)-Arbeitsdefinition kann sich hier angesehen werden: [holocaustremembrance.com: ogv.de/0l4q](https://www.holocaustremembrance.com/en/ihra)

Und hier die Jerusalem Declaration on Antisemitism:

[jerusalemdeclaration.org: https://ogv.de/0t5w](https://www.jerusalemdeclaration.org/)

^[4] Zur Kritik am Entwurf von Ampel und CDU vergleiche beispielsweise

- Republikanischer Anwältinnen und Anwälteverein e.V.: ogv.de/f4az
- Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen: ogv.de/lc0m
- medico.de: ogv.de/jkns
- amnesty.de: ogv.de/ut69
- taz.de: ogv.de/35fi
- jungewelt.de: ogv.de/ekm7

Antrag 6 „BAföG“: Sozialstaat nicht mit Füßen treten, für humane und solidarische Antworten auf die globalen Herausforderungen unserer Zeit - BAföG für Alle!

Die GEW Köln unterstützt die Forderung eines BAföG für Alle^[1] (mind. 1200€ monatlich^[2], inflationsangepasst, rückzahlungsfrei, alters-, eltern- und herkunftsunabhängig), setzt sich öffentlichkeitswirksam dafür ein und unterstützt den geplanten BAföG Aktionstag am "International Students Day" (18.11.2024) sowie weitere Aktionen in der Zukunft.

Quellen:

^[1] <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/d6-kein-refoermchen-sondern-eine-reform-der-ausbildungsfoerderung>

^[2] <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/giawerkschaftstag-will-1200-euro-bafog>

CDU/Grüne kürzen bei unseren Schüler*innen!

BerEB vor dem Aus? // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Mitte November 2024 teilte das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) mit, dass das Programm „Berufseinstiegsbegleitung NRW“ (BerEB) vorzeitig beendet wird. Eigentlich sollte es mindestens bis 2027 weitergeführt werden. Aufgrund von Mittel-Streichungen durch das MAGS (NRW-Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) unter Minister Laumann (CDU) soll es nun vorzeitig beendet werden. Das MSB dazu: „[...] Diese Entscheidung resultiert aus einer Neuausrichtung der Förderstrategie des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) im Übergang Schule-Beruf sowie aus den Haushaltsverfahren 2025 festgelegten Prioritäten des MAGS.“

Wir dokumentieren an dieser Stelle eine Stellungnahme des KolpingBildungswerks, dessen Mitarbeiter*innen nun um ihre Arbeitsplätze als Berater*innen unserer Schüler*innen fürchten, sowie den Beschluss des GfV, der auf einem entsprechenden Beschluss der Personalversammlung Gesamtschule vom 20. November 2024 basiert.



// Geschäftsstelle //

Unterstützung des auf der Personalversammlung GE/SEK-SCH/PR-SCH im Regierungsbezirk Köln beschlossenen Antrags

Mit großer Sorge nimmt die GEW Köln zur Kenntnis, dass das Land NRW seine Mittel für das landesweite Programm „Berufseinstiegsbegleitung“ (BerEB) streicht.

Das führt zur vorzeitigen Einstellung des ursprünglich bis 2027 angesetzten Programms, mit dem seit über zehn Jahren ausbildungswillige Jugendliche im Übergang Schule-Beruf gefördert worden sind.

Die Berater*innen der Schüler*innen bangen nun um ihren Arbeitsplatz.

Den Lehrkräften geht ein effektives Angebot zur Unterstützung unserer Schülerschaft verloren.

Die GEW Köln unterstützt daher den auf der Personalversammlung GE/SEK-SCH/PR-SCH im Regierungsbezirk Köln beschlossenen Antrag und

... erklärt sich solidarisch mit den betroffenen Kolleg*innen der freien Bildungsträger.

... äußert ihr großes Unverständnis über das Vorgehen des Landes NRW angesichts des angeblichen Fachkräftemangels.

... unterstützt es, dass die Landesregierung dazu aufgefordert werden soll, die Mittel-Streichungen im Sozialbereich umgehend zurückzunehmen und das BerEB-Programm unbefristet zu verlängern.

Der Geschäftsführende Vorstand der GEW Köln

(Beschluss vom 20.11.2024)



Berufseinstiegsbegleitung beim Kolping-Bildungswerk DV Köln e.V. (KBW)

Das etablierte Förderprogramm für ausbildungswillige Jugendliche durch Finanzierungskürzungen bedroht

Die Ausgangslage

Das Kolping-Bildungswerk Köln ist seit 15 Jahren erfolgreich darin, Jugendliche mit multiplen Unterstützungsbedarfen beim Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung zu begleiten und sie auf ihrem Weg zu unterstützen, sich zu qualifizierten Fachkräften zu entwickeln. Viele der Teilnehmenden hätten den Übergang ohne diese Unterstützung nicht geschafft. Die Berufseinstiegsbegleitung fördert Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse gezielt dabei, Schlüsselkompetenzen zu entwickeln, den Schulabschluss zu erreichen und in sozialversicherungspflichtige Ausbildungsberufe überzugehen. Trotz der beeindruckenden Erfolge wird ab dem nächsten Jahr jedoch die bisherige Förderung durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW eingestellt, was das Fortbestehen des Programms erheblich gefährdet. Das KBW Köln wird sich jedoch mit aller Kraft dafür einsetzen, dass das Programm fortgeführt kann.

Das Angebot im Überblick

- Zielgruppe: Schüler*innen ab der 9. Klasse in Gesamt-, Haupt- und Förderschulen
- Ziele und Inhalte:
 - Entwicklung von Schlüsselkompetenzen zur Ausbildungsreife
 - Unterstützung beim Schulabschluss
 - Berufsorientierung und Berufswahl
 - Praktikumsbegleitung und Ausbildungsplatzsuche
 - Begleitung in den ersten sechs Monaten der Ausbildung und im Betrieb

Erfolge in Zahlen

- Im Jahr 2023: Knapp 1000 Jugendliche wurden unterstützt. Der Bedarf war damit bei weitem noch nicht gedeckt.
- Erfolgsquote: Rund 90 % der Teilnehmer*innen konnten im Anschluss in eine Ausbildung, eine weitere schulische Laufbahn oder in weiterführende Maßnahmen vermittelt werden.
- Schuljahr 2022/2023: 200 der Jugendlichen sind nun erfolgreich in sozialversicherungspflichtiger Ausbildung.

Auswirkungen auf Schulen und Jugendliche

Durch den Wegfall der Initiative verlieren Schulen in Köln, Leverkusen und Bergisch Gladbach eine wichtige Unterstützung für benachteiligte Schüler*innen. Für viele Jugendliche würden sich die Chancen auf einen sicheren Berufseinstieg erheblich verschlechtern. Zudem geht langjährige Erfahrung und das Engagement der Fachkräfte im Bereich Jugendförderung verloren.

Notwendigkeit der Weiterfinanzierung

Die Berufseinstiegsbegleitung des KBW leistet einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungs- und Berufschancen junger Menschen. Ohne die finanzielle Unterstützung des Ministeriums wird diese etablierte Struktur nicht aufrechterhalten werden können, was die Ausbildungsperspektiven zahlreicher junger Menschen gefährdet.



Redebeitrag bei der Kundgebung am 16.6.2024 gegen den AfD- Parteitag am Gymnasium Neue Sandkaul

Die Rede wurde gehalten von // **Eva-Maria Zimmermann, Geschäftsführerin der GEW Köln** (Es gilt das gesprochene Wort.)

Liebe Freundinnen & Freunde der Demokratie, liebe Eltern, liebe Lehrkräfte, liebe SuS!

Nach den erschreckenden Ergebnissen der Europawahl bin ich dankbar um jeden einzelnen von euch, der/die hier heute mit dabei ist! Danke, dass ihr da seid, danke, dass ich für die GEW hier sprechen darf und danke, dass wir hier alle zusammen das Bollwerk gegen rechts sind!

Uns als GEW sind Demokratiebildung und der Kampf gegen rechts sehr wichtig - nicht umsonst hatten wir gerade eine Veranstaltungsreihe namens „GEWerkchaft gegen rechts“, von der jede einzelne Veranstaltung bestens besucht war.

Zum Thema AfD in Schulen möchte ich zwei Punkte ganz unmissverständlich klarstellen:

1.) zum Einwand: „Das ist doch eine demokratisch gewählte Partei und da darf man doch keinen Unterschied machen zu den anderen“. Doch - darf man nicht nur, muss man sogar. Denn: Es ist ein RIESEN Unterschied, ob man einfach nur nicht mit dem Programm einer Partei einverstanden ist, die aber auf demokratischem Boden steht, oder ob es sich um eine Partei handelt, die mittlerweile in Gänze als rechtsextremistischer Verdachtsfall beobachtet wird und die sich

in vielen Teilen demokratiefeindlich verhält. Wer das nicht versteht, der google mal den Begriff „Toleranzparadoxon“.

Die eine Frage ist die rein rechtliche, aber die andere und die derzeit absolut wichtige Frage ist die politische! Essen hat das vorgemacht: Die Messe in Essen hat sich was Kreatives hat einfallen lassen, um den AfD Bundesparteitag in ihren Räumlichkeiten zu verhindern (kurz erläutern). Wenn man nicht unterschreiben kann, dass man auf seinem Parteitag keine Naziparolen nutzt, dann ist das ein Armutszeugnis sondergleichen und zeigt, dass diese Hetzer sich sehr wohl bewusst sind, wessen Geistes Kinder sie sind!

Und ja, da hätten wir uns auch von unserer Stadt Köln gewünscht, dass sie die Eier in der Hose gehabt hätte zu sagen, nö, ne Schule geben wir euch nicht, hier habt ihr Alternativvorschläge. DAS wäre ein politisches Signal gewesen, das SO wichtig gewesen wäre, liebe Frau Reker! Aber, liebe Freundinnen und Freunde: Wenn es die Stadt Köln nicht schafft, so ein klares politisches Zeichen zu setzen, dann müssen wir das jetzt eben machen - insofern nochmal danke an jede und jeden Einzelnen hier! Und liebe Stadt Köln, das Thema hatten wir schon letztes Jahr an



der Gesamtschule Lindenthal - und wir können euch versichern: Wir bleiben da alle zusammen dran, wir geben unsere Schulen nicht unwidersprochen den Rechtsextremen!

2.) Schule ist KEIN politisch neutraler Ort! Trotz aller Einschüchterungsversuche von rechts, Meldeportale für Lehrkräfte, Androhung von Klagen wegen „politischer Neutralität“ usw. - Der Bildungsauftrag zur Demokratieerziehung ist in den Schulgesetzen aller 16 Bundesländer verankert.

Und wenn eine Partei verfassungs- und demokratiefeindliche Tendenzen an den Tag legt, dann dürfen die Lehrkräfte das nicht nur thematisieren, sondern sie MÜSSEN das sogar, wenn sie diesen Bildungsauftrag erfüllen wollen!

An alle blaubraunen und sonstigen rechtsextremen Hetzer, ich kann euch versichern: Wir als GEW werden uns euch immer in den Weg stellen, wir werden euch die Schulen nicht überlassen, wir werden die Demokratieerziehung verteidigen und die Menschenrechte, wir werden an der Seite der SuS, Eltern und Lehrkräfte stehen, die für Toleranz und Solidarität eintreten. Wir werden NICHT aus dem Weg gehen, denn das ist unsere Aufgabe als Bildungsgewerkschaft, und wenn es das letzte sein sollte, was wir eines Tages tun!

Wie sollen wir denn unseren SuS glaubhaft Werte wie Wertschätzung, gegenseitigen Respekt, Vielfalt und Toleranz nahebringen, wenn wir gleichzeitig Hass, Hetze, Dis-

kriminierung und Intoleranz mitten in ihre Schulen holen? Das ist doch vollkommen absurd! Das ist auch genau das Argument der SuS hier, die ihre Petition gestartet haben und wisst ihr was, ihr habt so recht! Schon viel zu sehr hat die AfD unsere jungen Menschen vergiftet, wenn ich mir die Analysen zur Europawahl anschau.

Daher liebe SuS, mir ist es ganz wichtig, mich auch explizit an euch zu wenden: Ihr habt uns als GEW und auch mich persönlich tief berührt. IHR seid unsere Zukunft und das macht mir Hoffnung. Es macht nicht nur Hoffnung, sondern es gibt mir und vielen Andren die Kraft, immer wieder aufzustehen und weiterzukämpfen. Das ist kein bloßes Gerede und schöne Worte, sondern es ist mir ein innerstes Herzensanliegen. Erhaltet euch das. Auch für euch wird es im Leben Punkte geben, an denen es schwierig wird. Wo man evtl. auch mal auf die Politik schimpft, sich ungerecht behandelt und ungesehen fühlt und was auch immer. Aber nach unten zu treten ist NIE der Weg, der da hinausführt.

Gegen Schwächere zu treten ist NIE der Weg. Intoleranz, Hass und Hetze sind NIE der Weg. Ich wünsche mir so sehr, dass ihr diese meine Worte eines Tages, wenn ihr frustriert seid, in euch hört und euch dann an den heutigen Tag erinnert, wo wir hier alle zusammen gestanden haben. Und dass ihr dann wieder aus ganzem Herzen heraus sagt: „Unser Weg ist und bleibt der Weg der Solidarität!“ Ich muss zum Ende jetzt nochmal einen kleinen, aber wichtigen Seitenhieb an die Politik loswerden:

Spätestens jetzt sollte klar sein, dass es an der Zeit ist, das Bollwerk gegen rechts gemeinsam (!) hochzuziehen. Nur gemeinsam sind wir ein starkes Gegengewicht gegen rechts, über alle Parteigrenzen und unterschiedlichen politischen Einzelinteressen hinweg. Es MUSS klar sein, dass das jetzt allerbeste Priorität hat, wichtiger als alle Klientelpolitik, wichtiger als alle Machtspielchen mit anderen demokratischen Parteien, wichtiger als ALLES andere. Sonst habt auch ihr den Schuss nicht gehört und macht euch mit schuldig. Genauso MUSS klar sein: Soziale Unsicherheit und existenzielle Verunsicherung sind der Nährboden, auf dem Hass und Hetze gedeihen. Wer in einer solchen Situation eine Politik des Sozialabbaus macht, wer in einer solchen Situation lieber Schuldenbremse statt in Zukunft zu investieren, wer in einer solchen Situation das Streikrecht angreift, Dumpinglöhne und Tariffucht zulässt, wer Bildung weiterhin so krass unterfinanziert, wer sich drängenden Fragen unserer Zeit nicht stellt und keine Politik für die Menschen in diesem Land macht, der bietet den Nährboden für AfD und Konsorten in diesem Land und macht sich mit schuldig an der Entwicklung, die wir hier gerade haben!

Ganz zum Schluss noch einmal ganz klar in Richtung AfD: Ihr widerlichen Hetzer und Spalter, ihr Demokratiefeinde und blau angemalten Dunkelbraunen, RAUS aus unseren Schulen! Wir wollen euch hier nicht haben, weder letztes Jahr an der Gesamtschule Lindenthal, noch heute am GyNeSa, noch SONSTWANN oder SONSTWO an IRGEND EINEM Demokratieort Schule!

Danke.



Bildungsinternationale beschließt Forderung nach sofortigem Waffenstillstand in Gaza und den Stopp von Waffenexporten nach Israel

Angesichts des Krieges in Gaza hat der erweiterte Vorstand unseres Stadtverbandes bereits im vergangenen Februar Position bezogen und sich für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand und gegen Waffenlieferungen ausgesprochen. Viele Kolleginnen und Kollegen haben in den zurückliegenden Monaten kritisiert, dass der GEW Bundesvorstand keine solche Position ergriffen hat. Nach zahlreichen Gewerkschaften hat nun auch die BI/ei Stellung bezogen. Mit dem Beschluss ihres 10. Weltkongresses vom 29. Juli bis zum 2. August 2024, der auch von den GEW-Delegierten mitgetragen wurde, hat sich jetzt eine Änderung ergeben. Was muss daraus für unser gewerkschaftliches Handeln folgen? // **Julian Gürster, Mitglied der GEW Köln**

VORBEMERKUNG, ANFANG OKTOBER 2024

Die Ereignisse spitzen sich von Tag zu Tag zu und die Bundesregierung hat keine relevanten Versuche unternommen, dem Massaker in Gaza Einhalt zu gebieten. Nun wird der Krieg im Libanon intensiviert.

Die Situation in Gaza hat sich seit Februar immer weiter verschlechtert. Wie alle Lebensbereiche macht der Bildungssektor dabei keine Ausnahme. Und auch wenn die Zerstörung von Bildungseinrichtungen für uns als GEW-Mitglieder ihre ganz eigene Relevanz hat, so macht sie auch die Zerstörung der kulturellen Lebensgrundlagen der Palästinenser*innen deutlich:

„Bis zum 23. Juli 2024 wurden 8.719 Schüler und 397 Lehrer getötet, 497 von 563 Schulen beschädigt oder zerstört, 12 Universitäten zerstört (UNOCHA OPT). 15.000 Schüler und 200 Lehrer haben Gaza aufgrund der katastrophalen Situation nach Ägypten verlassen.“ (aus: Resolutionsantrag U2, 10. Weltkongresses der Education International)

Darüber hinaus hat ein Artikel aus dem renommierten naturwissenschaftlichen Journal „The Lancet“ die Opferzahlen in Gaza in den Kontext anderer Kriege gestellt:

„In den jüngsten Konflikten ist die Zahl der indirekten Todesopfer drei- bis 15-mal so hoch wie die Zahl der direkten Todesopfer. Wendet man eine vorsichtige Schätzung von vier indirekten Todesfällen pro direktem Todesfall auf die 37.396 gemeldeten Todesfälle an, ist es nicht unplausibel zu schätzen, dass bis zu 186.000 oder sogar mehr Todesfälle auf den aktuellen Konflikt in Gaza zurückzuführen sein könnten.“

(Counting the dead in Gaza: difficult but essential; Khatib, Rasha et al. The Lancet, Volume 404, Issue 10449, S. 237-238.)

186.000 Tote, diese Zahl entspricht der Zahl der Coronatoten in ganz Deutschland seit dem Beginn der Pandemie 2020 bis Mai 2024 (Quelle: Statista) allerdings auf einer Fläche, die der Stadt Köln entspricht. Welch erschreckendes Ausmaß an Vernichtung von Menschenleben!

Und der Krieg breitet sich weiter aus: zunächst von Gaza auf die Westbank, und nun durch massive Bombardements und eine Bodenoffensive auf den Libanon. Noch vor Beginn der eigentlichen Ausweitung dieser Militäroperationen Ende September wurden dort bereits 8.099 Angriffe vom israelischen Militär durchgeführt und dabei

798 Menschen getötet. Dies entspricht annähernd dem 30-fachen der Opfer auf israelischer Seite und dem 5-fachen an Bombenangriffen (Channel 4 News, britischer ÖRR, 25.9.24, Quelle: ACLED, Zeitraum: 7.10.23-20.9.24, d.h. exklusive der Toten der neuesten Angriffe auf den gesamten Libanon). Dieser Krieg bringt alle Menschen der Region in Todesgefahr!

Bildungsinternationale bekräftigt eine wichtige gewerkschaftliche Position

Während in einer GEW-Stellungnahme vom November 2023 noch keine Rede von einer Waffenstillstandsforderung war, hat der GEW-Bundesvorstand seine Position mittlerweile überdacht. Seit Juli unterstützt er „die Forderung [des] globalen Dachverbands [der GEW] Education International nach einem umgehenden und dauerhaften Waffenstillstand sowie einem sofortigen Zugang zu humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza.“ Diese Entwicklung ist eindeutig positiv und geht nicht nur auf innergewerkschaftliche Diskussionen – wie jene bei uns im Stadtverband – und die dramatische Entwicklung im Nahen Osten zurück, sondern auch auf die internationale Diskussion, insbesondere die in der Bildungsinternationale „Education International“ (ei), dem internationalen Dachverband mit rd. 400 Mitgliedsorganisationen.

Der 10. Weltkongresses der ei hat mit der Resolution ‚Starvation in Gaza Escalates after the Rafah Ground Invasion: Call for Immediate Action‘ wichtige Forderungen beschlossen: „ein sofortiger und dauerhafter Waffenstillstand, die Sicherstellung der Einfuhr von Hilfsgütern, die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln, die Verhinderung von Zwangsumsiedlungen und die Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes“. Vor allem aber hat der Kongress auch gefordert, „den Verkauf, die Weitergabe und die Umleitung von Waffen, Munition und anderer militärischer Ausrüstung an Israel einzustellen“, um einen sofortigen Waffenstillstand abzusichern. Zudem wurde die Resolution ohne Änderungsanträge angenommen, was die breite Unterstützung des Antrags verdeutlicht.



Education International
Internationale de l'Éducation
Internacional de la Educación
Bildungsinternationale

Die Bildungsinternationale, BI (englisch: „Education International“, ei), ist eine der weltweit agierenden Gewerkschaftsbünde und die Dachorganisation von beinahe 400 Bildungsgewerkschaften aus 178 Ländern. Sie wurde 1993 in Stockholm gegründet und repräsentiert über 32 Millionen Lehrkräfte. Sitz ist die belgische Hauptstadt Brüssel. Mitgliedsorganisationen aus Deutschland sind neben der GEW auch der vbe und der BLBS.

Vorsitzender der BI ist seit diesem Jahr der Mathematiklehrer Mugwena Maluleke, der auch der „South African Democratic Teachers Union“ (SADTU) als Generalsekretär vorsteht. Unsere GEW-Vorsitzende Maike Finnnern gehört dem Führungsgremium der „Education International“ an. (vgl. aktuelle Ausgabe der „E&W“ sowie: <https://ei-ie.org/>)

Waffenexporte stoppen – Zentrale Forderung in Deutschland

Der ei-Beschluss hat an den Auftrag erinnert, der den Gewerkschaften und auch der GEW in einer Situation des Kriegs zukommt. Die Forderung nach einem Stopp der Waffenlieferungen steht im Zentrum. Das ist gerade für Deutschland wichtig ist. Denn Deutschland ist laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI zweitgrößter Waffenlieferant Israels mit 30% der bisher gelieferten Waffen. Nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober erhöhte die Bundesregierung sogar ihre Exporte. Ihren eigenen Angaben zufolge liefere sie derzeit keine Angriffswaffen, was laut dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) deutsche Lieferung von Verteidigungswaffen wie Panzerabwehrfäusten – sog. „Bazookas“, die nicht nur gegen Panzer genutzt werden können – und Dual Use Gütern – z.B. Panzermotoren – nicht ausschließt. Zukünftige Waffenlieferungen, d.h. von sog. Angriffswaffen, werden von Kanzler Scholz ausdrücklich nicht ausgeschlossen (BPK, 24.7.24).

Neben der oben zitierten Resolution U2 wurde noch eine weitere Resolution auf dem 10. Weltkongress verabschiedet: „The Effect of War on Education and Children“. Diese Resolution ruft die Mitgliedsorganisationen, also auch die GEW, unter anderem dazu auf, „den Krieg und die Länder, die sich am Krieg beteiligen, bei den Verantwortlichen und ihren Regierungen zu verurteilen“.

Dies ist eine Form der Auseinandersetzung mit der Bundesregierung, die zwar in unserem Kölner Beschluss angelegt ist, die der GEW-Bundesvorstand aber noch nicht gewählt hat. Die Aufrufe und Kritik des GEW-Bundesvorstands richten sich derzeit an die Konfliktparteien. Die im Grunde ungebrochene Unterstützung der Regierung Scholz für die israelische Regierung wird nicht kritisiert, obwohl die deutsche Unterstützung als zweitwichtigster militärischer und politischer Partner Israels nach den USA die Bundesregierung mit verantwortlich für die Kriegsverbrechen der Regierung Netanjahu macht.

GEW hat Verantwortung für den Kampf gegen den Krieg

Am 3. Oktober haben über 40.000 Menschen in Berlin demonstriert. Die Teilnehmer*innen forderten einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine, in Palästina und im Libanon. Die Demonstration war Ausdruck einer breiten Bewegung gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung unter Kanzler Scholz. Obgleich einzelne Gewerkschaftsgliederungen die Demonstration unterstützten (was an-

gesichts des Drucks, dies nicht zu tun, sehr wichtig war), haben die Bundesvorstände von DGB und auch der GEW die Demonstration nicht unterstützt. Das kann nicht so bleiben. So wichtig die Beschlüsse der Bildungsinternationale sind, so wichtig ihre Unterstützung durch die GEW ist, so klar ist auch, dass die aktive Mobilisierung notwendig ist, um die Regierung bei ihrer Politik zu stoppen. Hier ist der Platz und liegt die Verantwortung der Gewerkschaften.

Eine Möglichkeit dieser Verantwortung nachzukommen, ist ein Antrag der Bundestagsgruppe des BSW aus dem vergangenen April. Darin wird die Bundesregierung dazu aufgefordert „ein Waffenembargo gegen Israel zu verhängen sowie Israel aufzufordern, die bisher gelieferten Waffen nicht im Gaza-Streifen einzusetzen, um die Anordnungen des IGH gegenüber Israel zum Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung [...] wirksam zu unterstützen.“ (Drucksache 20/10981).

Im Juni wurde der Antrag in erster Lesung im Parlament debattiert. Dabei stellte sich – trotz offensichtlicher politischer Differenzen – nur die Partei Die Linke hinter den Antrag des BSW. AfD und CDU/CSU reihten sich in die Gegenreden der Ampelparteien ein. Dieser Antrag entspricht den von der GEW unterstützen Forderungen der Bildungsinternationale und es ist notwendig, dass dies die GEW auch im Vorfeld der Abstimmung im Bundestag öffentlich deutlich macht!

„Zur humanitären Unterstützung von Lehrkräften und Schüler*innen hat Education International in Zusammenarbeit mit den palästinensischen Bildungsgewerkschaften einen Hilfsfonds eingerichtet, an dem sich die GEW beteiligt hat.“ ↘ <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/hilfsfonds-fuer-bildung-in-palaestina> (aus:)

Anmeldung zum deutsch-israelischen Begegnungsseminar in Israel 2025: <https://www.gew.de/anmeldung-internationales/anmeldung-internationales-deutsch-israelisches-begegnungsseminar-in-israel-2025>

Das Phänomen BSW ... und wie Gewerkschafter*innen dazu stehen

Sahra Wagenknecht hat es geschafft: eine eigene Partei, die ihren Namen trägt und aus dem Stand auf Wahlergebnisse kommt, von der andere Parteien nur träumen können. Doch was ist von der neuen Formation zu halten? Wieso ist sie für so viele attraktiv und welche Perspektive hat sie? // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Bei der Europawahl Anfang Juni dieses Jahres erzielte das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) ein beachtliches Wahlergebnis von über sechs Prozent der abgegebenen Wählerstimmen. Und das exakt fünf Monate nach Gründung als Partei. Bei den im September abgehaltenen Wahlen in drei ostdeutschen Bundesländern räumte das BSW dann richtig ab. Dieser Wahlerfolg geht einher mit der existenziellen Krise der LINKEN, der SPD und der Grünen sowie dem Erstarken der AfD, die vor allem in Ostdeutschland in Umfragen stärkste Partei ist.

Von der Debatte um die Beschränkung der Migration profitierte in erster Linie die AfD, in zweiter die Union. Die bei den Wahlen abgestraften Ampel-Parteien hatten die Debatte durch die Verschärfung von Gesetzen gegen Geflüchtete und eine dementsprechende Rhetorik selbst angeheizt. Der Terroranschlag von Solingen wurde zum Wendepunkt gemacht.

Das BSW – inklusive Namensgeberin Wagenknecht – schlug propagandistisch in dieselbe Kerbe. BSW-Vertreter*innen propagieren, dass Einwanderung soziale Probleme verschärfen würde und damit im Interesse sozialer Politik eingedämmt werden müsse.

Wem schadet das BSW?

Nicht wenige Kolleg*innen kamen nach der Europawahl und vor den drei ostdeutschen Landtagswahlen zur wahltaktischen Überlegung, dass das Aufkommen des BSW zur Schwächung der ultra-rechten AfD beitragen könnte. Manchmal hatte man das Gefühl, dass Kritik am BSW zurückgestellt wurde nach dem Motto: Hauptsache Höcke & Co. kommen nicht durch. Mit der Zustimmung des BSW zur Abschottung gegen Geflüchtete sollte angeblich der Zulauf zur AfD gestoppt werden.

Eine Untersuchung von infratest dimap zur Wählerwanderung bei der Europa-

BSW findet

großes Interesse

bei Erwerbspersonen,

die bisher Die.Linke

oder AfD gewählt

haben“

Hans-Böckler-Stiftung, 06/24

Momentan ist die

Schwäche und

das Versagen der

politischen Linken in

Deutschland im

Allgemeinen und der

Partei DIE LINKE im

Besonderen die

größte Trumpfkarte

des BSW.

wahl hat tatsächlich gezeigt, dass das BSW der AfD 160.000 Wähler*innen abwerben konnte. Doch weitere 470.000 ehemalige Wähler*innen der LINKEN und noch viel mehr von der SPD, Union und FDP entschieden sich plötzlich für Wagenknechts neues Bündnis.

63 Prozent gaben übrigens an, BSW gewählt zu haben, weil sie von der LINKEN enttäuscht waren, und 78 Prozent wegen der Person Sahra Wagenknecht. Das BSW hat mit rechten Narrativen ehemals links wählende Menschen angezogen.

Wagenknecht & Co. inszenieren sich identitär als radikaler Gegenentwurf zu den Grünen, in Konkurrenz zur AfD. Dabei stützen sie sich auf alles, was die Grünen im unangenehmen Sinne ausmacht wie soziale Abgehobenheit und Verachtung für die Masse der lohnabhängigen Bevölkerung, schützen aber zugleich das Kind mit dem Bade aus, indem sie sich gegen vermeintlich grüne und „woke“ Forderungen wie energischen Klimaschutz, Gendergerechtigkeit und Solidarität mit Geflüchteten stellen oder es so darstellen, als dienten diese Themen zur Ablenkung von der sozialen Frage.

Laut infratest dimap bekundeten 86 Prozent, sie hätten sich bei der Europawahl für das BSW entschieden, weil es sich gleichzeitig für Soziales und für weniger Zuwanderung einsetzt. 79 Prozent äußerten Angst vor dem Einfluß des Islam und der Kriminalität. Wagenknecht selbst tritt mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit, die ein bereits rassistisches politisches Klima bestätigen und verstärken; unter anderem mit der Forderung nach mehr Polizeikräften. Sie kritisierte die Konferenz der Ministerpräsident*innen der Länder im Juni, die in ihren repressiven Beschlüssen angeblich nicht weit genug gegangen sei. In Interviews und Posts auf Social Media prangert sie angeblichen „Sozialbetrug“ von ukrainischen Bürgergeldempfänger*innen an.

Wie sozial ist das BSW?

Gleichzeitig attackiert das BSW treffend die AfD, die ein knallhart neoliberales Programm hat, und thematisiert die soziale Frage. Wagenknecht und BSW-Vertreter*innen wie Fabio Di Masi, die sich als keynesianistische Kritiker*innen des Neoliberalismus einen Namen gemacht haben, schärfen in Reden das soziale Profil der Partei. Sozialpolitisch wird die Ampel im Sinne klassischer reformistisch-linker Politik attackiert. Das BSW fordert bessere Renten, bezahlbare Mieten und einen höheren Mindestlohn. Eine grundsätzliche Kapitalismuskritik – und sei es auch nur rhetorisch – vertritt das BSW jedoch nicht. Dabei engagieren sich im BSW Politiker*innen wie Sevim Dagdelen und Andrej Hunko, die noch vor einigen Jahren als Antikapitalist*innen und linke Oppositionelle in der LINKEN auftraten.

Inzwischen bekennt sich Wagenknechts Partei dezidiert zu Marktwirtschaft und Mittelstand, beschwört das vermeintlich bodenständige und „echte“ einheimische Unternehmertum sowie das bürgerliche Leistungsprinzip. Hier folgt die Organisation ganz Wagenknechts Ideen einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ und propagiert eine „vernünftige“ Wirtschaftspolitik – was immer das bedeuten soll – und einen leistungsfähigen „Standort Deutschland“.

Bezugspunkt ist dabei eine mythisch erklärte, vermeintlich noch gute und gerechte soziale Marktwirtschaft à la Bundesrepublik der 1950er bis -70er Jahre. Führende Persönlichkeiten des BSW legen sehr viel Wert darauf, sich nicht als linke Partei zu bezeichnen.

Man hatte trotz linken Profils in der Sozialpolitik keine Probleme damit, den Düsseldorf Ex-Oberbürgermeister Thomas Geisel als Mitglied und Kandidaten aufzustellen, obwohl dieser bis heute die Agenda 2010 und die Einführung von Hartz IV verteidigt. Sabine Zimmermann, sächsische Landesvorsitzende des BSW, positionierte ihre Partei sogar „in der Mitte, links der CDU, rechts der SPD“. Koalitionen mit der CDU werden von BSW-Politiker*innen nicht ausgeschlossen.

Die Angst vor dem Krieg

Zu den wichtigsten Gründen, warum Menschen sich für die Wahl oder gar eine Mitgliedschaft im BSW entscheiden, zählt die Frage von Krieg und Frieden. Das gilt bundesweit, aber vor allem im Osten. Sahra Wagenknecht persönlich hat als Aufruferin zu einer zentralen Friedensdemo im Februar 2023 ihr Profil gestärkt. Erneut geschah dies am 3. Oktober: Während die etablierten Parteien in Schwerin den „Tag der deutschen Einheit“ feierten, wettete Wagenknecht vor 40.000 Teilnehmer*innen in Berlin ge-

gen die Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland. Das BSW positioniert sich eindeutig gegen Waffenexporte und Aufrüstung. Seine sogenannte Friedenspolitik ist aber fraglos fern ab von einer sozialistischen und internationalistischen Position. Sie appelliert an die Diplomatie des marktwirtschaftlichen Staates und ist tendenziell unkritisch gegenüber einem kapitalistischen Russland.

Klaus Ernst (heute BSW) hatte sich noch als Wagenknecht-treuer LINKE-Parlamentarier lautstark für die klimaschädliche Pipeline NordStream2 eingesetzt und dabei sogar den auch finanziell mit dem russischen Regime verbandelten Ex-Kanzler Gerhard Schröder (SPD) für Lobbyarbeit im Bundestag herangezogen.

Die Ost-Partei

Das BSW steht für eine außenpolitisch unabhängig(er) von den USA agierende deutsche Politik, mit guten Beziehungen zu Russland und China. Damit vertritt es die Interessen von Teilen des deutschen Kapitals, das sich für seine Profitinteressen gegen Sanktionen gegen Russland oder Strafzölle auf chinesische Waren stellt. Unterm Strich ist die „Friedenspolitik“ des BSW keine linke Politik, aber gegenüber dem Versagen und der Widersprüchlichkeit der LINKEN erscheint sie vielen als konsequent. Darum gibt es nicht Wenige, die das BSW als in Außen- und Friedenspolitik links von der LINKEN stehende Kraft sehen, besonders in Ostdeutschland, wo Militarismus und NATO in der Breite der Bevölkerung kritischer betrachtet werden.

Gerade im Osten hat sich DIE LINKE in allen Krisen der letzten Jahre als angepasst und staatstragend präsentiert. Dagegen hat sich das BSW als Opposition und Anti-Establishment-Kraft sowie Stimme der grundlegend Unzufriedenen darstellen können. Umfragen belegen, dass BSW-Wähler*innen sich ebenso wie AfD-Wähler*innen, unabhängig von ihrem tatsächlichen Lebensstandard, besonders stark vom Abstieg bedroht fühlen und soziale Unzufriedenheit als Motiv ihrer Wahlentscheidung sehen. Der LINKEN trauen nur noch wenige zu, für soziale Gerechtigkeit und Frieden zu stehen.

Perspektive

Momentan ist die Schwäche und das Versagen der politischen Linken in Deutschland im Allgemeinen und der Partei DIE LINKE im Besonderen die größte Trumpfkarte des BSW. Die Partei DIE LINKE aber auch die Klimabewegung und die Bewegungen gegen rechts und Rassismus haben es bisher nicht umfassend geschafft, überzeugend aufzuzeigen, wie eine Verbindung zwischen den Aspekten Klimaschutz, Schutz und Hilfe für Geflüchtete und den Interessen der ar-

beitenden Menschen insgesamt herzustellen ist. SPD und Grüne tun ihr Übriges dazu, dass ehemals als links verortete Parteien den Schutz geflüchteter Menschen nicht mehr als politisches Primat behandeln.

Davon profitiert das BSW, indem es als auf dem Boden marktwirtschaftlicher Logik stehende Partei einen grundlegenden Gegensatz konstruiert zwischen bezahlbarem Wohnraum, guten Löhnen und bezahlbaren Energiekosten einerseits sowie Einwanderung und Klimaschutz andererseits.

Wie jede Partei, die die Sachzwänge einer Profit- und Wachstumslogik, aber auch die Selbst-Beschränkung aufs Nationalstaatliche zu ihrem Ausgangspunkt macht, wird auch das BSW letztendlich eine Politik gegen die Masse der Bevölkerung mittragen. Schon jetzt trägt sie – im Gleichklang mit dem bürgerlichen Mainstream und der AfD – dazu bei, die soziale Frage durch eine Spaltung der Menschen entlang nationalistischer Linien unnötig zu verkomplizieren.

Mit ihrem Auftreten gegen Geflüchtete, die angeblich die Sozialsysteme missbrauchen, leistet Wagenknecht ideologische Schützenhilfe für die kommenden Angriffe der Ampel-Regierung und der rechten Opposition aus Union und AfD auf alle Empfänger*innen von Bürgergeld. Dass das BSW schon jetzt – obwohl es sich als radikale Oppositionspartei inszeniert – mit Koalitionen mit bürgerlichen Parteien bis hin zur CDU liebäugelt, deutet darauf hin, dass es die sozialen Forderungen fallen lassen wird. In Zeiten der tiefen Krise des Kapitalismus und der Eskalation des Konkurrenzkampfes zwischen den Blöcken gibt es keinen Spielraum für Reformen. Jede Partei, die mitregiert, setzt die Interessen des Kapitals durch. Der Höhenflug des BSW könnte in diesem Fall schnell enden. Bis dahin wird die Gruppe noch eine Menge Schaden anrichten können, indem sie „links“ und „rechts“ durcheinanderwirft und die Idee verbreitet, dass die Interessen der lohnabhängigen Menschen mit nationaler Abschottung durchgesetzt werden könnten. Das ist schon im Fall Großbritanniens und dem Brexit-Desaster nach hinten losgegangen und wird auch hierzulande die Bevölkerung spalten und soziale Kämpfe lähmen.

In Gewerkschaftskreisen sollte dringend Klarheit darüber geschaffen werden, welche Menschen unter Begriffe wie „Kolleg*innen“, „Belegschaft“ und „Lohnabhängige“ zu zählen sind und auf welcher Seite wir zu stehen haben. Stigmatisierung von „Fremden“ (Lafontaine sprach einst von „Fremdarbeitern“) hat noch nie für sozialen Fortschritt gesorgt, im Gegenteil!

GEGEN WEHR

KONGRESS GEGEN DIE MILITARISIERUNG DER SCHULEN



Fachschaft Physik
der Universität Köln



LSV NRW
Landeschüler*innenvertretung
Nordrhein-Westfalen

JUNGE



V.i.S.d.P.: Anna Cannavo | GEW NRW | Nünningstraße 11 | 45141 Essen

GEGEN WEHR

08. FEBRUAR 2025 | 10-18 UHR
UNIVERSITÄT KÖLN

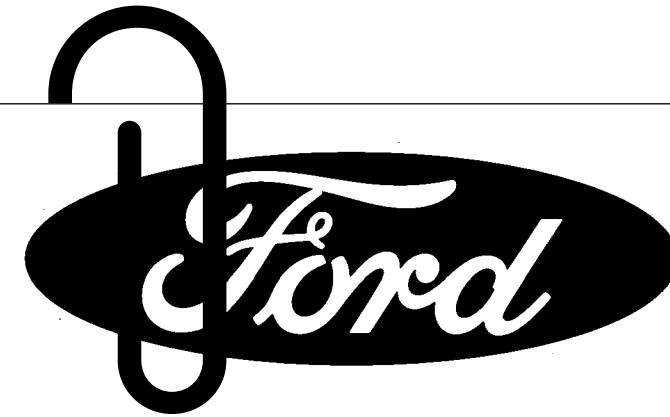
Die deutsche Regierung investiert Milliarden in die Bundeswehr, um "kriegstüchtig" zu werden, während dringend benötigte Mittel für ein zukunftsorientiertes Bildungssystem hinten anstehen. Stattdessen marschiert die Bundeswehr in den Schulen auf - einerseits um Krieg statt Diplomatie als bevorzugten Lösungsansatz internationaler Konflikte anzupreisen, andererseits um Schüler:innen zu rekrutieren.

Um uns dagegen **zur Wehr** zu **setzen**, werden wir Friedensbildung einfordern und mit diesem Kongress ein klares Zeichen gegen die Militarisierung der Bildung setzen!



BIST DU AM
START?

Fachschaft Physik
der Universität zu Köln



Wir alle sind betroffen! – FORD muss bleiben!

Zu den drohenden Massenentlassungen bei FORD erklärt der // **Geschäftsführende Vorstand (GfV) der Kölner GEW**

Als aktive Gewerkschaftsmitglieder in Köln sind wir geschockt über die Meldungen, die uns von den Ford-Werken aus Niehl erreichen. Wir erklären uns solidarisch mit den Kolleg*innen und sind der Meinung, dass wir jetzt um jeden Arbeitsplatz kämpfen, dass wir jeden Arbeitsplatz verteidigen müssen. Das Management will, dass die Kolleg*innen die Suppe auslöffeln, die das Management dem Unternehmen eingebrockt hat. Ihr Motto: Profite über alles, auch über Mitarbeiter*innen und ihre Familien, auch so kurz vor Weihnachten. Wir schämen uns fremd, wenn wir sehen, wie die Vorstandsetagen sich gegenüber den Beschäftigten verhalten!

Wenn bei Ford fast 3.000 Kolleg*innen gehen müssen, dann werden Zulieferfirmen in der Region und weitere Betriebe nachziehen, die von Ford abhängen. Es ist schon bekannt, dass 250 Reinigungskräfte, die für Ford arbeiten, nur noch bis zum 31. Dezember dort beschäftigt sein werden.

Doch das Problem ist größer und geht weit über unsere Stadtgrenzen hinaus: Die Industriekonzerne gehen in den Konkurrenzkampf um Stellenabbau. Plötzlich geht es um Tausende Arbeitsplätze, die wegfallen sollen - mit gravierenden Folgen für die gesamte Gesellschaft: Mehr Arbeitslose bedeuten weniger Geld für die öffentliche Hand und somit eine weitere Verschlechterung in den Bildungseinrichtungen, bei öffentlicher Daseinsvorsorge etc. Ganz zu schweigen von den Problemen, die wir alle zu spüren bekommen, wenn Arbeiter*innen in die Arbeitslosigkeit fallen, die ja auch Eltern, Freund*innen, Verwandte sind.

Geht es wirklich nur um Managementfehler? - Auch!

Doch sollten wir uns grundsätzlich die Frage stellen, ob Manager*innen, die ausschließlich auf Kennzahlen blicken, die Richtigen sind, um einen auch klimapolitisch entscheidenden Wirtschaftszweig, die Industrie, zu führen!

Warum orientiert man sich nur an den Interessen von Aktionär*innen und nicht am Interesse der ganzen Gesellschaft? Wir haben keinen Bedarf an noch mehr SUV. Wir brauchen funktionierende und nachhaltige Lösungen für unser Verkehrsproblem. Und dafür brauchen wir jede und jeden mit Expertise: z.B. alle Kolleg*innen bei Ford!

JEDEN Arbeitsplatz verteidigen! Lohnraub verhindern!

Produktion umstellen für Mensch und Umwelt! - Nicht für Waffen und Profit!

Wir alle sind betroffen! FORD MUSS BLEIBEN!



Bürger*innenversammlung im Maritim: „Oben bleiben mit 60m-Bahnen“

Mehr als 250 Interessierte waren zur Informationsveranstaltung des Netzwerks „Köln bleibt oben“ zum geplanten Ausbau der Ost-West-Achse im Maritim gekommen. Vorgestellt wurde ein Vorschlag zur oberirdischen Ertüchtigung der Ost-West-Achse – als Alternative zu den Tunnelplänen der KVB. Der große Saal des Maritim war bis auf den letzten Platz besetzt, was das große Interesse an dieser wichtigsten verkehrspolitischen Entscheidung in Köln für die nächsten Jahrzehnte zeigt. // **Angela Bankert, Mitglied im KoKreis Bündnis Verkehrswende Köln und der GEW Köln**

Die Vortragenden Michael Neumann, Ulrike Mazalla (BIG Weiden), Rolf Beierling-Hémonet (Bündnis Verkehrswende Köln) und Verkehrsexperte Prof. Dr. Volker Stölting (TH Köln) trugen Fakten und Argumente vor, die geplante Kapazitätserhöhung der Verkehrsachse ohne Tunnel und mit 60-Meter-Bahnen statt mit 90-Meter-Bahnen zu verwirklichen. Ruth Wennemar vom Bürgerverein Eigelstein moderierte.

Michael Neumann befasste sich in seinem Vortrag mit dem Kriterienkatalog der Verwaltung und wies darauf hin, dass nach diesem 31 von 51 Kriterien für die oberirdische Variante sprechen. Dabei sei die Auswahl der Kriterien zudem fragwürdig und auf möglichst viele Kriterien im Sinne der Tunnellösung ausgelegt.

„Der Nutzen für den Stadtraum wird mit acht Punkten künstlich aufgebauscht. Punkte wie »Freiraumstrukturen definieren«, »Raumkontur und Nutzungen stärken« oder »Blickbeziehungen betonen« könnten ebenso zu einem einzigen Kriterium zusammen gefasst werden“, so Neumann. „Für Radfahrende wird eine Zeitersparnis von 24-42 Sekunden errechnet. Diese nicht realistische Ersparnis wird zu 100% als Kriterium »Pro Tunnel« gewertet.“

Ulrike Mazalla von der BIG Weiden erläuterte, dass 90m-Langzüge für den Kölner Westen heftige stadträumliche Barrieren und viele Baumfällungen bedeuten würden. Sie wies darauf hin, dass schon heute viele Bahnen der Linie 1 nur bis Junkersdorf und nicht bis Weiden-West durchfahren, obwohl sich dort ein Park & Ride-Parkplatz für Einpendelnde befindet. „Die Fördergelder können viel sinnvoller für Projekte beantragt werden, die einen höheren verkehr-

lichen Nutzen haben. Im Kölner Westen wäre dies die Anbindung des mit ca. 13.000 Einwohner*innen deutschlandweit größten Neubaugebiets Widdersdorf durch die Verlängerung der Linie 4“, so Mazalla, die weiterhin kritisierte: „Dieses Vorhaben ist bereits fertig geplant und soll nun wieder zurück gestellt werden.“

Stadtplaner Rolf Beierling-Hémonet vom Bündnis Verkehrswende befasste sich mit städtebaulichen Aspekten, wie auch Prof. Coersmeier im Publikum gefordert hatte.

Ein großer Raumgewinn für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen werde erreicht durch die Wegnahme der Parkräume und der vier Autospuren des Durchgangsverkehrs in diesem Abschnitt. Damit gingen in einem rund 33 Meter breiten Stadtraum mindestens 13 Meter zusätzlich an Fußgänger*innen und Radfahrer*innen, so dass eine Boulevard-Gestaltung möglich sei.

„Zwei Straßenbahngleise nehmen lediglich sieben Meter Raum ein und können sogar in einem grünen Trassenbett liegen. Mit der Wegnahme der Schienen in den Tunnel wäre kein nennenswerter Raumgewinn zu erreichen. Aber den Flaneur*innen des neuen Ost-West-Boulevards wird zugemutet, sich durch lange unterirdische Labyrinth an die Oberfläche zu kämpfen“, so Beierling-Hémonet.

Taktverdichtung funktioniert

Prof. Stölting, Professor für Schienenverkehr und öffentliche Verkehrssysteme an der TH Köln, stellte seine Untersuchung für eine Kapazitätserhöhung auf der Ost-West-Achse durch Taktverdichtung vor. Dies sei betrieblich möglich, wenn die Haltestellen Heumarkt und Neumarkt zu Doppelhaltestellen

ertüchtigt werden und damit eine raschere Abwicklung ermöglicht würde. Oben könne man auf Sicht fahren, im Tunnel jedoch nur signalgesteuert im Zwei-Minuten-Abstand. Auch Querungen des Rad- und Fußverkehrs seien problemlos möglich, wenn der Abschnitt verkehrsberuhigt wird und die Straßenbahnen langsam durch diesen City-Abschnitt fahren.

Professor Stölting stellte auch in Frage, ob es überhaupt Fördergelder für die Verlängerung der 34 Haltestellen entlang der Linie 1 geben könne, da weder neue Strecken noch kürzere Reisezeiten dadurch ermöglicht werden, was jedoch wichtige Kriterien für die Bewilligung von Fördergeldern seien.

Es schloss sich eine lebhaft Diskussion an, an der sich mit Bernd Petelkau, Teresa de Bellis (beide CDU) Ralph Sterck (FDP), Lino Hammer (Grüne) und Angela Bankert (LINKE) auch Vertreter der Ratsparteien beteiligten und ihre Sichtweise einbrachten.

Nur SPD und VOLT hatten abgesagt. Ebenso hatten Stadtverwaltung und KVB keine Vertreter*innen geschickt. Sie zogen es vor, am nächsten Tag zur 70-köpfigen Pro-Tunnel-Veranstaltung der IHK geballt aufzulaufen: zwei Dezernenten, die KVB-Chefin sowie die Stadtdirektorin als „Privatperson“ – eine überdeutliche Demonstration, wem zugehört wird und wem nicht.

Entgegengehalten wurde dem Taktverdichtungs-Vorschlag: 90 Langzüge seien ja bereits beschlössen. Und durch doppeldeutige Formulierungen wird nahegelegt, die Züge seien auch bereits bestellt. Fakt ist: Es sind keine 90m-Züge bestellt sonder 60m-Züge, an die auf der Linie 1 ein Waggon angehängt werden soll. Ja, der Vorschlag lag noch nicht vor, als man die Planungsbeschlüsse für oben und unten beschlossen hat. Doch andere Vorschläge für längere oder an-



Fotos: A. Bankert

ders geführte Tunnel, die jetzt von SPD, FDP und CDU kommen, sind ebenfalls neu und entsprechen nicht der Beschlusslage von 2018/19.

Bevor eine solche Jahrhundertentscheidung getroffen wird, sollte man gute Vorschläge unvoreingenommen prüfen.

Ja, für diese Variante braucht es mehr Fahrpersonal. Das dürfte der Hauptgrund für die Ablehnung sein. Hier ist aber ohnehin ein Kraftakt nötig. Seit Februar 2023 fährt die KVB mit ausgedünntem Fahrplan, der auch in 2025 fortgeführt werden soll. Und selbst diesen hält man oft nicht ein: Bahnen kommen trotzdem verspätet oder fallen ganz aus. Ende September lag der Krankenstand laut Pressemeldungen bei sage und schreibe 20 Prozent. Das schafft nicht mal amazon. Was treibt die KVB-Geschäfts- und Personalführung eigentlich? Wie lange wollen Politik und Aufsichtsrat noch zusehen, wie die KVB immer unzuverlässiger wird?

Vielleicht sollte man sich mal bei der Rheinbahn in Düsseldorf schlau machen; dort gibt es keine Vakanzen beim Fahrpersonal.

Tunnelblick schadet

Ein zukunftsfähiger ÖPNV in Köln braucht keine Fokussierung darauf, einen kleinen Innenstadtabschnitt unter die Erde zu legen, sondern den oberirdischen Ausbau des KVB-Netzes in der Fläche, inkl. weiterer Rheinquerungen für die Stadtbahn.

Alle – außer FDP und Autoindustrie – streben möglichst viel Umstieg von Autofahrenden auf den ÖPNV an. Dazu sind die Menschen aber nur bereit, wenn die KVB zuverlässig, pünktlich und in akzeptabler Taktfolge kommt. Es geht nicht an, das autofahrende Individuum immer stärker zu belasten, ohne endlich Alternativen anzubieten und das KVB-Netz auszubauen.

Stadtverwaltung und KVB hatten keine Vertreter*innen geschickt. Sie zogen es vor, am nächsten Tag zur 70-köpfigen Pro-Tunnel-Veranstaltung der IHK aufzulaufen: zwei Dezernenten, die KVB-Chefin sowie die Stadtdirektorin als „Privatperson“ – eine überdeutliche Demonstration, wem zugehört wird und wem nicht.

Gehalt der KVB-Vorstände ist weit oben

Die Festgehälter der KVB-Vorstände lagen 2022 bei 284.700 Euro für die Vorsitzende Stefanie Haaks, bei 287.500 Euro für Peter Densborn (zuständig für Personal), bei 287.500 Euro für Jörn Schwarze (zuständig für Technik) und bei 258.800 Euro für Thomas Schaffer (zuständig für Finanzen).

Dazu kommen Boni in Höhe von je 61.500 Euro sowie zwischen rund 270.000 Euro und 290.000 Euro pro Vorstand für die Altersvorsorge.



30. November 2023: Abdalla Dullow, ein Bewohner des Dorfes Baraka im Bezirk Garissa (Kenia), der vor seinem Haus steht, das nach schweren Regenfällen, die zu Überschwemmungen führten und Tausende von Menschen vertrieben, völlig überflutet wurde. Foto: Peter Irungu/Oxfam

Die Klimakrise bewältigen

Während hierzulande gestritten wird, wie viele Geflüchtete „wir“ uns leisten können, können sich weltweit immer mehr Menschen den Klimawandel nicht mehr leisten. Die Klimakrise richtet weltweit verheerende Schäden an, und die ärmsten Bevölkerungsgruppen und Frauen zahlen den höchsten Preis. Die größten Verursacher*innen sind indes die Reichen dieser Welt. // **Text (Übersetzung aus d. Englischen) und Bilder mit freundlicher Genehmigung von <https://www.oxfam.de/>**



Jetzt ist es an der Zeit, aufzustehen. Wir bauen eine globale Gemeinschaft von #ClimateChangers auf. Wir werden die Veränderung sein, die wir in der Welt sehen wollen. Wir werden an der Seite der Menschen stehen, die an vorderster Front gegen das Klimachaos kämpfen. Und gemeinsam werden wir es mit denen aufnehmen, die solche Schäden verursachen und so viel Leid verursachen.

Von Mosambik bis Guatemala haben Millionen Menschen aufgrund der immer gefährlicheren und häufigeren Überschwemmungen, Dürren, Waldbrände und Stürme bereits ihr Zuhause, ihre Lebensgrundlage und ihre Angehörigen verloren. Auslöser war eine Klimakrise, für die sie nicht verantwortlich waren.

Die ungleichen Auswirkungen der Klimakrise

Viele arme Länder sind bereits heute von Wetterextremen betroffen und verfügen nicht über die nötigen Ressourcen, um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen – beispielsweise durch geeignete Wetterstationen oder Hochwasserschutzanlagen. Arme Menschen sind zudem stärker vom Klimawandel betroffen, da sie für ihren Feldanbau auf Regen angewiesen sind, in schlecht gebauten Häusern in exponierten Gebieten leben und weder Ersparnisse noch Versicherungen haben, die ihnen nach einer Katastrophe beim Wiederaufbau helfen.

Da klimabedingte Gefahren immer häufiger und intensiver auftreten, wird die Widerstandsfähigkeit der in Armut lebenden Menschen gegen Schocks immer geringer.

700 Mio. US-Dollar

Zwischen 2008 und 2018 erlitten 18 afrikanische Länder durch klimabedingte Katastrophen insgesamt einen jährlichen Schaden von über 700 Millionen Dollar.

x 3

Die Zahl der klimabedingten Katastrophen hat sich in 30 Jahren verdreifacht. In den 2030er Jahren werden weite Teile Süd- und Ostafrikas sowie des Horns von Afrika und Süd- und Ostasiens stärker von Dürren, Überschwemmungen und tropischen Stürmen betroffen sein.

EIN BLICK AUF DIE ZAHLEN:

100

Nur 100 Unternehmen sind für fast drei Viertel der weltweiten Emissionen (71 Prozent) verantwortlich und geben Millionen für Lobbyarbeit gegen Klimaschutzmaßnahmen aus.

10%

Die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung verursachen etwa die Hälfte der globalen Emissionen. Die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung – 3,5 Milliarden Menschen – ist für lediglich zehn Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich.

20 M

In den letzten zehn Jahren wurden durch extreme Wetterkatastrophen im Durchschnitt jährlich über 20 Millionen Menschen aus ihrem eigenen Land vertrieben. 80 Prozent dieser Menschen leben in Asien – der Heimat von über einem Drittel der ärmsten Menschen der Welt.



27. August 2024: Oxfam-Teams bei ihrer Arbeit, um mit Hilfsgütern im Schlepptau überschwemmte Gebiete in Bangladesch zu durchqueren und die Notleidenden zu erreichen. Foto: Oxfam

Jede Katastrophe führt sie tiefer in die Spirale von Armut und Hunger und schließlich zur Vertreibung.

Frauen am stärksten betroffen

Überall auf der Welt sind Frauen oft für die Beschaffung und Zubereitung von Nahrungsmitteln, das Sammeln von Wasser und die Pflege der Felder verantwortlich. Dürren und Überschwemmungen zerstören die Ernten, sodass sie andere Wege finden müssen, um Geld zu verdienen und die Nahrungsmittel zu kaufen, die ihre Familien brauchen.

Aufgrund dieser erhöhten Arbeitsbelastung bleibt den Frauen kaum Zeit für andere einkommensschaffende Tätigkeiten oder die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Dieses Problem wird durch die gesellschaftlichen Erwartungen an die Rolle der Frau in der Gesellschaft noch verschärft. Allzu oft fehlt es ihnen auch an den Mitteln – Zugang zu Krediten, Land oder Eigentum –, die ihnen helfen würden, die Auswirkungen des Klimawandels besser zu bewältigen.

Menschen zum Umzug zwingen

Klimabedingte Katastrophen sind der Hauptgrund für Binnenvertreibung. Sie

zwingen Millionen von Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen und innerhalb der Grenzen ihres eigenen Landes Zuflucht zu suchen. Heute ist die Wahrscheinlichkeit, durch Wirbelstürme, Überschwemmungen und Waldbrände innerhalb des Landes zu fliehen, siebenmal höher als durch Erdbeben und Vulkanausbrüche und dreimal höher als durch Konflikte.

Den Klimawandel bekämpfen, die Armut bekämpfen

Oxfam setzt sich für Maßnahmen zum Klimaschutz ein und arbeitet mit Partnern zusammen, um die Stimme der vom Klimawandel betroffenen Gemeinschaften in internationalen Verhandlungen und Diskussionen einzubringen. So soll sichergestellt werden, dass der globale Temperaturanstieg unter 1,5 °C gehalten wird und die Menschen in den Entwicklungsländern bei der Anpassung unterstützt werden.

Wir arbeiten mit lokalen Gemeinschaften zusammen, um die Widerstandsfähigkeit

gegenüber der Klimakrise zu stärken. Im Norden Äthiopiens, wo Dürren häufiger und heftiger auftreten, haben wir beispielsweise gemeinsam mit unseren Partnern ein Mikroversicherungsprogramm für Kleinbauern eingeführt. In Südafrika haben wir in Schulen Solarmodule installiert, um der Regierung zu zeigen, wie netzunabhängige Lösungen Emissionen und Stromkosten senken.

Wir reagieren auch auf klimabedingte Notfälle auf der ganzen Welt. Allein im letzten Jahr haben wir mit unseren Partnern Hunderttausenden von Menschen humanitäre Hilfe geleistet, die von tödlichen Überschwemmungen, Stürmen und Dürren betroffen waren. Nach dem Zyklon Idai beispielsweise, der mehr als 2,2 Millionen Menschen in dringende humanitäre Not versetzte, haben wir dabei geholfen, über 500.000 Menschen mit sauberem Wasser, Sanitäreinrichtungen und Hygieneartikeln zu versorgen.



Köln, 1.10.2024

Wohnungsnot bei Studierenden - AStA fordert Stadt zum Handeln auf

Der AStA der Universität zu Köln fordert die Stadt Köln auf, schnellstmöglich ausreichend studentischen Wohnraum zu schaffen. Der AStA der Universität zu Köln fordert die Stadt auf, dem Kölner Studierendenwerk mehr Flächen für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Ferner fordert der AStA die Stadt dazu auf, durch mehr geförderten Wohnungsbau und eine längere Sozialbindung, bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwache Personengruppen wie Studierende zu schaffen. Kurzfristig ist die Stadt dazu aufgefordert, Übergangslösungen für die Wohnungsnot von Studierenden zu finden.

”Die Wohnungsnot bei Studierenden ist seit Jahren bekannt und hat sich in dieser Zeit nur vergrößert. Will die Stadt Köln weiter ein attraktiver Hochschulstandort bleiben, muss sie endlich handeln, sonst werden immer mehr Studierende sich aus finanziellen Gründen gegen ein Studium in Köln entscheiden.”, sagt unser Referent für Soziales und Internationales, Jan Behrendt-Emden, dazu.

Die Wohnungsnot betrifft internationale Studierende besonders stark. Zum Anfang des Semesters stehen viele ohne Wohnung und ohne Perspektive da. Ihr Aufenthaltsstatus, ihre Möglichkeit, einer Nebentätigkeit nachzugehen, die Chance, ihrem Studium zu folgen - alles hängt schließlich von einer Wohnung ab. Ein Teufelskreis, dem es in der derzeitigen Wohnungsmarktsituation nur schwer ist, zu entgehen.

Jedes Semester erreichen den AStA mehrere hundert Anfragen bezüglich einer Unterkunft. Die Notschlafstelle, die durch den AStA organisiert wird, bietet Studierenden ohne Wohnung in den ersten Wochen des Semesters eine Möglichkeit, ihr Studium zu beginnen und sich vor Ort weiter auf Wohnungssuche zu begeben. Ein Angebot, das vor allem durch internationale Studierende in Anspruch genommen wird. Jedoch stellt das Projekt nur einen Tropfen auf den heißen Stein dar.

Rückfragen an: Allgemeiner Studierendenausschuss
der Universität zu Köln
Universitätsstr. 16, 50937 Köln, Tel. 02 21/ 470 – 62 54 Fax – 50 71

RESISTANCE



Köln, 1.10.2024

Köln zählt mit knapp 100.000 Studierenden zu den größten Studierenden-Städten Deutschlands. Gleichzeitig hat das Kölner Studierendenwerk für alle Kölner Studierenden derzeit nur 4671 Wohnheimplätze zur Verfügung. Dabei beginnen zum Wintersemester 2024/2025 allein an der Universität zu Köln über 4.500 Personen ihr Studium. Eine Rechnung auf Kosten der Studierenden. Der bezahlbare studentische Wohnraum in Köln ist begrenzt und die Situation verschlimmert sich stetig. Sozial geförderter und preisgebundener Wohnraum reduzierte sich in Köln bis zum Jahr 2022 um 15,7 %.

Bewerbungen für verschiedene WG-Zimmer im dreistelligen Bereich bei durchschnittlichen Mietpreisen in Höhe von 600€ stellen die Lebensrealität der meisten Studierenden dar. Dabei liegt die BAföG-Wohnkostenpauschale bei 380€, allerdings erhält nur ein geringer Anteil der Studierenden diesen Betrag.

“Es ist nicht akzeptabel, dass in Köln Menschen mit geringem Einkommen, darunter insbesondere Studierende, 10 % mehr von ihren Einkommen für Miete aufbringen müssen als der Kölner Durchschnitt. In Zeiten von steigenden Preisen und einer wachsenden Armut unter Studierenden, ist sozialer, geförderter Wohnraum, angepasst an die finanzielle Grundsituation der Studierendenschaft, unabdingbar.”, mahnt Adrian Moser, erster Vorsitzender des AStA.

Rückfragen an: Allgemeiner Studierendenausschuss
der Universität zu Köln
Universitätsstr. 16, 50937 Köln, Tel. 02 21/ 470 – 62 54 Fax – 50 71

Demokratie stärken, NS-DOK Köln und die Initiative „Buchenwald ist überall“ unterstützen!

Demokratie ist alternativlos! Aus dem Aufruf des Fördervereins EL-DE-Haus e.V. // **Angelika Link-Wilden, Mitglied im Vorstand des Fördervereins EL-DE Haus und der GEW Köln**

Nach dem fatalen Ergebnis der Europawahlen, das sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene zu einer Stärkung rechtsextremer, rechtspopulistischer und nationalistischer Parteien geführt hat, und nach den massiven Zugewinnen der AfD bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen stellt sich die Frage: Wie geht es weiter?

Was kann ich tun gegen das Erstarren des Rechtsextremismus?

Unser Vorschlag ist, gerade jetzt als starkes Zeichen gegen Rechtsextremismus, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und andere diskriminierende Ideologien die Arbeit des NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln und die Initiative „Buchenwald ist überall“ zu unterstützen!

Das NS-DOK ist der Ort der historischen Erinnerung in Köln an die Gräueltaten der NS-Zeit.

Das ehemalige Hausgefängnis der Gestapo (Geheime Staatspolizei) mit den erhalten gebliebenen Häftlingszellen und den über 1.800 Inschriften und Graffiti der Gefangenen erinnert am unmittelbarsten und eindringlichsten an die mit dem EL-DE Haus verbundenen Schrecken der NS-Zeit.

Erinnerungsarbeit und Gegenwartsbezug

Der Fokus des NS-DOK ist aber nicht nur auf die wichtige Erinnerungsarbeit, sondern auch auf die Gegenwart gerichtet:

Den Schwerpunkt hier bilden die Beratungs- und Bildungsarbeit. Angeboten werden beispielsweise Workshops für Kölner Schulen, die von Teamenden durchgeführt werden, sowie Vorträge oder Seminare für Multiplikator*innen. Darüber hinaus zählen Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Dokumentation der Aktivitäten der extremen Rechten und antisemitischer Vorfälle in Köln zu den Aufgaben. Seit 2008 ist der Bereich Gegenwart Träger der „Mobilen Beratung ge-

gen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln“ (MBR). 2019 kam die Fachstelle gegen Antisemitismus hinzu. Mit den durch die Stadt Köln zur

Verfügung gestellten Mitteln lässt sich nicht alles, was aktuellen Anforderungen und den sich verstärkenden Zukunftsaufgaben Rechnung trägt, finanzieren.

Initiative „Buchenwald ist überall“ unterstützen!

Wir, der Verein EL-DE-Haus - Förderverein des NS-DOK (<https://el-de-haus-koeln.de/>) unterstützen die Arbeit des Hauses seit seiner Gründung und um ein Zeichen der Solidarität mit ostdeutschen Gedenkinitiativen zu setzen, rufen wir ebenfalls dazu auf, den Förderverein der Gedenkstätte Buchenwald mit seiner Initiative „Buchenwald ist überall“ zu unterstützen.

Buchenwald und Köln verbindet eine gemeinsame Geschichte: Auf dem ehemaligen Messegelände in Köln-Deutz war in der NS-Zeit u.a. ein Außenlager des KZ Buchenwald untergebracht.

Viele Kölner Gegner*innen des NS wurden in Buchenwald inhaftiert, gefoltert und ermordet (<https://www.aussenlager-buchenwald.de/>).

Wir brauchen eure Unterstützung!

Ihr könnt Mitglied im Verein EL-DE-Haus werden und damit dauerhaft das NS-DOK unterstützen, gerne mit einer Förder-Mitgliedschaft. Ihr könnt einmalig oder regelmäßig spenden.

Spendenkonto: Verein EL-DE-Haus:

Sparkasse KölnBonn
Stichwort „Demokratie ist alternativlos“
IBAN: DE 03 3705 0198 0008 1922 05 – BIC: COLSDE33
Ihr könnt Mitglied im Förderverein Buchenwald werden:
Förderverein Buchenwald e.V.
Stichwort „Demokratie ist alternativlos“
IBAN: DE18 8205 1000 0301 0211 71
Sparkasse Mittelthüringen



Wenn es zu spät ist für Widerstand! – Aktuelle Sonderausstellung im NS-DOK

Noch bis zum 16. Februar 2025 ist im NS-DOK die Sonderausstellung „Kritik im Nationalsozialismus – Kölner Fälle von 1933 bis -45“ zu sehen. Die Ausstellung zeichnet ein neues Bild von Kritik und Gegenwehr im nationalsozialistischen Köln, aus dem sich auch Fragen an ein zukünftiges Widerstandsgedenken ergeben.

Nicht nur Menschen sind von der AfD bedroht auch die Kultur und das kulturelle Erbe!

Anlässlich des bevorstehenden 100. Jubiläums des „BAUHAUS DESSAU“ brachte die AfD am 25. Oktober einen Antrag mit dem Titel „Irrweg der Moderne“ in den sachsen-anhaltinischen Landtag ein: „Eine einseitige Glorifizierung des Bauhaus-Erbes“ sei abzulehnen, es gehe um „Bausünden“ von „unpersönlicher Architektur, die als kalt, abweisend und unattraktiv wahrgenommen wird“. Das BAUHAUS wird als „menschenfeindlich“ bezeichnet. Zudem könne die „pauschale Reduktion auf das Funktionale“ als „Entfremdung des Menschen von seiner Umwelt“ gewertet werden. „Die internationale Verbreitung des Bauhaus-Stils“, heißt es im Antrag weiter, „führte zu einer Art globalem ‚Einheitsbrei‘, in dem lokale Identitäten und architektonische Traditionen zunehmend verdrängt wurden.“ Die komplette AfD-Fraktion stimmte dafür, alle anderen dagegen.



Nicht binär leben
von Birgit Palzkill
Erzählendes Sachbuch
Was bedeutet es in unserer Gesellschaft, nicht binär zu leben?
Dieses Buch enthält vielstimmige Antworten.
240 Seiten | Softcover | 13,7 x 20,8 cm
ISBN 978-3-945644-46-1
Erscheinungsdatum: 16. Oktober 2024
15 €



Fortbildungsangebote der BezReg im Bereich Gender/Diversität

Buchvorstellung und Gespräch mit Birgit Palzkill in der VHS Köln am 7.2.24, 18h

Nicht binäre Schüler*innen verstehen und respektieren

Zum gerade erschienenen Buch „Nicht binär leben“ von Birgit Palzkill // **Nicole Warning, Fortbildnerin zum Themenbereich „Gender und Diversität“**

Spätestens seit dem Sieg von Nemo beim Eurovision Song Contest 2024 und dem preisgekrönten Roman Blutbuch von Kim de L'Horizon haben viele Menschen das Wort „nicht binär“ schon einmal gehört. Auch im schulischen Alltag begegnen Lehrkräfte zunehmend Kindern und Jugendlichen, die sich selbst als „nicht binär“ bezeichnen. Doch was bedeutet dies genau? Welche pädagogischen Anforderungen sind damit verbunden? Wie mit nicht binären Kindern und Jugendlichen umgehen?

Leider zeigt sich noch sehr häufig, dass das System Schule auf diese Fragen bisher nicht so gut vorbereitet ist, wie es für die Betroffenen und ihr Umfeld wünschenswert wäre. Und oft mangelt es nicht an gutem Willen, sondern schlicht an Erfahrung und Wissen.

Unterstützung bei der täglichen Arbeit

Das im Oktober 2024 erschienene Buch „Nicht binär leben“ von Birgit Palzkill kann hier allen in Schule Tätigen weiterhelfen.

Birgit Palzkill lebt selbst nicht binär und hat für das Buchprojekt Interviews mit 17 weiteren nicht binär lebenden Menschen im Alter zwischen 20 und 70 Jahren geführt.

Die interviewten Personen geben hier einen tiefen Einblick, was es bedeutet, in einer zweigeschlechtlich durchstrukturierten Welt zu leben und sich mit einer Identität, die deutlich aus der vermeintlichen „Norm“ herausfällt, behaupten zu müssen. Neben erläuterten und einordnenden Ausführungen lässt Birgit Palzkill die Interviewten ausführlich selbst zu Wort kommen. Das Buch ist also keine wissenschaftliche Abhandlung des Themas, sondern ermöglicht ein Kennenlernen nicht binärer Menschen mit allen Facetten ihrer Identität.

Self-Empowerment

Für nicht binäre Menschen selbst ist es eine im besten Sinne empowernde Sammlung von Lebensgeschichten, die deutlich macht, dass es trotz aller Schwierigkeiten möglich ist, nicht binär, selbstbestimmt und zufrieden zu leben. Für alle, die bisher wenig über Nicht-Binarität wissen oder die nicht binäre Men-

schen, insbesondere in der Schule, unterstützen möchten, zeigt es uns, an wie vielen Stellen die zweigeschlechtliche „Norm“ für nicht binäre Menschen zur Stolperfalle wird und wie oft ihre Existenz einfach nicht mitgedacht wird.

Viele der Interviewten haben sich erst recht spät in ihrem Leben getraut, sich als nicht binär zu outen, was oft ein jahreslanges, anstrengendes Versteckspiel bedeutete. Damit es, gerade in der Schule, heutigen Kindern und Jugendlichen, die sich als nicht binär begreifen, leichter gemacht werden kann und sie auf Unterstützung hoffen und bauen können, sei allen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, – und auch allen anderen – dieses Buch ans Herz gelegt.

Für Lehrkräfte, die sich im Themenfeld LSBTIQ* fortbilden möchten, sei außerdem darauf hingewiesen, dass alle Bezirksregierungen in NRW kostenlos Fortbildungen zu diesem Themenbereich anbieten.



Nathalie Aoun, Seline Kwasny, Liv Trine Sallander: Nur weil ich nicht fliegen kann...

Eine Geschichte über Mobbing und das Finden eigener Stärken, Bern (Hogrefe) 2024, 80 S., € 25,-, hrsg. v. Ricarda Steinmayr, illustriert von Anika Schönwetter (als E-Book/PDF € 21,99)

Ein Bilderbuch gegen Mobbing

Dass es unter Schulkindern Gewalthandlungen gibt, ist ein altbekanntes Phänomen – verknüpft haben sich Kinder schon immer. // **Dipl.-Päd. Detlef Träbert, Mitglied der GEW Köln**

Aber Mobbing ist subtiler: Es kann verbal in Form von Beschimpfungen und Beleidigungen erfolgen, aber auch körperlich mit Schubsen oder Schlägen. Es kann als Ausgrenzung stattfinden und auch online als Cybermobbing. Darüber klärt ein neues Werk aus der Reihe „Psychologische Kinderbücher“ des hogrefe-Verlags auf *).

Auf rund 30 wunderschön und bunt illustrierten Seiten schildert „Nur weil ich nicht fliegen kann...“ die Geschichte des Pinguins Pablo, der nach einem Umzug neu in die Vogelschule kommt. Weil er Stummelflügel hat, mit denen er natürlich nicht fliegen kann, wird er von den anderen Schülern von Anfang an geärgert. Sie tuscheln hinter seinem Rücken, beschießen ihn mit Papierkügelchen und verweigern ihm die Zusammenarbeit im Unterricht. Nach einer Übung mit Sturzflügen von Bäumen, bei der Pablo sich versteckt, weil er das natürlich nicht kann, ist der kleine Pinguin total verzweifelt. Doch das Straußenmädchen Dalia, das auch nicht fliegen kann, baut ihn wieder auf. Und als im Sport Schwimmen drankommt, ist Pablo natürlich besser als alle anderen Vögel.

Viele Kinder kennen es, von Mitschülerinnen und Mitschülern geärgert oder gar ausgegrenzt zu werden. Passiert das systematisch, häufig und über Monate hinweg, spricht man von Mobbing. Je nach Studie geht die Fachwelt von mindestens 8 bis zu 16 Prozent aller Schulkinder aus, die Mobbing erleben. Wenn man weiß, dass solche Erfahrungen ein Mobbingopfer derart krank machen können, dass es kinder- bzw. jugendpsychiatrische Hilfe braucht, wird die Bedeutung von vorbeugenden Maßnahmen klar. Die Lektüre dieses Buches, ob zu Hause mit den Eltern gelesen oder im Klassenverband in der Schule, kann wesentliche Abhilfe schaffen. Die rund 20 Seiten mit Übungen bis hin zur Progressiven Muskelentspannung (PMR) sowie mit Sachinformationen für Kinder, die sich an die Geschichte anschließen, vermitteln ihnen hilfreiches Wissen und schaffen ein Bewusstsein für das Problem. Damit können sie Mobbing nicht nur besser standhalten, sondern werden sich in der Schule auch aktiv dagegen einsetzen können.

Acht weitere Seiten geben Eltern und Lehrkräften sachbezogene Informationen an die Hand. Für LehrerInnen besonders wichtig sind die Hinweise zur Vorbeugung. Jeder kann über die im Buch angegebene Internetadresse samt dem passenden Code Materialien des Verlags herunterladen, die Übungen auf Arbeitspapieren im Klassenverband ermöglichen. Vor allem die letzte Materialenseite ist nützlich, weil sie Beratungs- und Internetadressen mit weitergehenden Informationen zur Verfügung stellt.

„Nur weil ich nicht fliegen kann...“ erscheint im achten Jahr der Reihe „Psychologische Kinderbücher“ des hogrefe-Verlags. Verfasst und illustriert werden alle Titel durch Studierende, herausgegeben werden sie von deren ProfessorInnen. Das vorliegende Buch stammt also von (noch) völlig unbekannten Autorinnen, aber es ist eines der allerbesten Kinderbücher zum Thema auf dem Markt. Seinen Nutzwert für Kinder bis 12 Jahren kann man gar nicht hoch genug

„Ein Kopf voll Gold“

Rezension eines Ratgebers für Eltern von „neurodivergenten“ Kindern // **Detlef Träbert, Mitglied der GEW Köln und Diplom-Pädagoge**



Ein Kopf voll Gold“ – klingt das nicht wundervoll? Auf jeden Fall viel schöner als „neurodivergente Kinder“, und um die geht es in diesem aktuellen Buch von Saskia Niechzial*). Warum solch ein Titel, der auch über einem Märchen stehen könnte?

Weil ein Ratgeberbuch hilfreicher ist, wenn es positive Impulse setzt, anstatt Probleme zu betonen. „Was neurodivergente Kinder brauchen und wie wir sie stärken können“ ist der konkretere klingende Untertitel. Es geht um Hilfestellungen für Kinder mit Legasthenie, Dyskalkulie, ADHS, Hochbegabung, Autismus, Tourette-Syndrom, Dyspraxie, Downsyndrom und einige störende Problemen mehr. Doch betroffene Kinder definieren sich nicht nur über ihre Probleme, sondern sie haben auch Stärken, die im Alltag vor allem von Schule allzu leicht unterzugehen drohen. Eine „stärkenorientierte Begleitung“ fördert Kinder grundsätzlich besser – genau dafür gibt dieses Buch eine Menge Impulse.

Konkrete Hilfestellungen für Eltern setzen voraus, dass sie die Besonderheiten ihres Kindes einzuschätzen vermögen. Dafür brauchen sie nach dem eigenen Verdacht eine klare medizinische Diagnostik. Viele Eltern haben jedoch verständlicherweise Angst davor, was das Buch mit einem ganzen ausführlichen Kapitel einfühlsam bespricht. Und mehr noch: Eltern haben häufig sogar Schuldgefühle, wenn ihr Kind spezielle Lern- und/oder Verhaltensprobleme aufweist. Auch diesem Aspekt widmet sich ein Kapitel, das am Ende Tipps zur Entlastung der Eltern anbietet und rät, das Gold im Kopf der Kinder im Blick zu behalten.

Wenn sich erweist, dass ein Kind tatsächlich von einem Neurodivergenz-Problem betroffen ist, braucht es spezielle Hilfen, sowohl im Alltag der Familie als auch in dem der Schule. Ausführlich informieren zwei Kapitel darüber und geben Hinweise für die Förderung des kindlichen Selbstkonzepts, für die Bewältigung des Alltags, den Umgang mit Medien oder den Sinn von Medikamenten. Für den Bereich Schule bedarf es natürlich weiterer Informationen zur Wahl der passenden Bildungseinrichtung, der Rolle der Lehrkraft, ggfs. Nachteilsausgleich, dem Umgang mit anderen Kindern, Schutz vor Mobbing wie auch zur guten Zusammenarbeit zwischen Eltern und LehrerInnen. Allein zehn Seiten mit praktischen Anregungen für die Hausaufgabensituation bieten jede Menge an hilfreichen Tipps für leidgeprüfte Eltern.

Rund 20 Prozent aller Kinder sind von einem Neurodivergenz-Phänomen oder gar mehreren gleichzeitig betroffen. „Ein Kopf voll Gold“ ist einer der besten Elternratgeber zum Umgang mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten aller Art auf neuestem Stand – ermutigend, anregend, einfühlsam und sehr persönlich. Ein Glücksfall für Eltern, ErzieherInnen und Lehrkräfte, dass die Autorin ihre eigene Betroffenheit wie auch ihre Erfahrungen als Mutter und Lehrerin genutzt hat, um mit diesem Buch den vielen Goldköpfen zu helfen.

*) Saskia Niechzial: Ein Kopf voll Gold. Was neurodivergente Kinder brauchen und wie wir sie stärken können, Weinheim (Beltz) 2024, 288 S., € 22,- (als E-Book/epub € 19,99)

Schulentwicklung vor Ort Verpasste Chance für Köln

Schulentwicklung vor Ort Verpasste Chance für Köln



Rat entscheidet gegen eine Gesamtschule Neubrück

Unverständliche Ratsentscheidung in Köln – Bürgerinitiative entsetzt
„Dass der Rat hier gegen den Willen der Bezirksvertretung, der Schulverwaltung und gegen den Willen der Bürger und Bürgerinnen gegen eine Gesamtschule entscheidet, ist unverständlich...“ so Sylvia Schrage von der Bürgerinitiative für eine Gesamtschule in Neubrück.



Prof. Dr. Anne Ratzki
Institut zur Förderung der Teamarbeit und Schulentwicklung

PROF. DR. ANNE RATZKI

Am 27.6.2024 wurde zum zweiten Mal eine Gesamtschule in Neubrück von der Ratsmehrheit der Grünen und der CDU sowie der FDP abgelehnt, obwohl im rechtsrheinischen Köln wieder mehr als 300 Kinder keinen Gesamtschulplatz fanden. Köln baut zwar seine Gesamtschulen aus, drei neue Gesamtschulen gehen dieses Jahr in Interims an den Start. Aber alle liegen im linksrheinischen Stadtgebiet. Der Stadtteil Neubrück gehört zum rechtsrheinischen Bezirk Kalk, der unter den neun Kölner Stadtbezirken den höchsten Anteil an armen und eingewanderten Familien und den höchsten Anteil an Kinderarmut aufweist. Es gibt in Kalk nur eine städtische Gesamtschule, die sechszügige Katharina-Henoth-Gesamtschule, die jedes Jahr eine erhebliche Anzahl von Kindern abweisen muss, über 130 im letzten Jahr. Mitten in Kalk startet neu eine

vierzügige erzbischöfliche Gesamtschule mit 108 Plätzen, die den Mangel an Gesamtschulplätzen verringern, aber nicht beheben konnte. Die städtische Gesamtschule musste immer noch 45 Kinder ablehnen. Kalk grenzt an den Bezirk Mülheim, der vier Gesamtschulen mit 621 Plätzen aufweist. Wie in der Elternbefragung der Stadt zur Schulwahl „von4nach5“ 2022 deutlich wurde, pendeln viele Kalker Kinder nach Mülheim, besuchen die dortigen Gesamtschulen. Diese haben seit Jahren trotz der hohen Platzzahl von allen neun Bezirken die höchsten Überhänge, 2022 waren es 417. Weitere städtische Gesamtschulen in Kalk sind dringend nötig, um den Kindern vor Ort eine weiterführende Schule zu geben und die Mülheimer Gesamtschulen zu entlasten. Das ist auch die Erkenntnis der Verwaltung. So plant die Stadt für 2025 ein Interim für eine Kalker Gesamt-

schule in einem neuen Deutzer Gymnasium; und diese Gesamtschule soll - nach einer überraschenden Presseinformation (Kölner Stadtanzeiger vom 29.08.24, S.1) in das Wissenschaftsmuseum Odysseum in Kalk umziehen, das dafür umgebaut werden muss. Es soll dann 25 Jahre lang von einem Investor angemietet werden. Kosten für die Miete: 246 Millionen Euro (Kölner Stadtanzeiger: Ratsentscheidung am 1.10.24). Eine schnellere und viel preisgünstigere Lösung hätte sich angeboten: Im Stadtteil Neubrück gibt es eine Hauptschule als einzige weiterführende Schule. Die Hauptschule ist dreizügig, für 72 SchülerInnen ausgelegt, hat aber seit Jahren nur geringe Anmeldezahlen, dieses Jahr waren es 18 Erstanmeldungen. Das moderne Gebäude liegt auf einem großen Grundstück, das mit Zubauten für eine Gesamtschule geeignet wäre. Bereits im Oktober 2021 hatten SPD und Linke einen Antrag im Schulausschuss eingebracht, die Hauptschule auf dem Helene-Weber-Platz auslaufend zu schließen und dort eine Gesamtschule zu errichten. Im Oktober 2022 lehnte das Ratsbündnis Grüne, CDU und Volt die Pläne ab und stimmte für den Erhalt der Hauptschule. Die Grünen argumentierten, dass eine kleine Hauptschule besser für man-

che Kinder geeignet sei als eine große Gesamtschule und dass die Schule im Stadtteil gut verankert sei. Außerdem wurde die gute Arbeit des Kollegiums gelobt. Die CDU brachte den Raumbedarf für abgeschulte SchülerInnen von Gymnasien und Realschulen als Argument, weshalb die Hauptschule unverzichtbar sei.
Initiative für eine Gesamtschule
Am 2. November 2023 gründete sich die Initiative für eine Gesamtschule Neubrück aus dem Bürgerverein Neubrück. Sie wurde sofort aktiv, sammelte Unterschriften, nahm Kontakt mit den umliegenden Stadtteilen auf, bat den Schuldezernenten um ein Gespräch und ebenso Grüne, die CDU und Volt. Sie stellte die Argumente gegen eine Gesamtschule Neubrück in Frage: Die Übernahme der Hauptschul-Kolleginnen und ihrer guten Förderarbeit an die Gesamtschule sei kein Problem, wie man an anderen ähnlichen Fällen sehen könne. Für „Schulwechsler“ gebe es an anderen Hauptschulen genug Plätze, die meisten kämen sowieso aus anderen Stadtteilen und nicht aus Neubrück. Von 100 Neubrücker Kindern gingen nur neun in die Hauptschule vor Ort usw. Während der Schuldezernent der Initiative die weitere Vorgehens-



weise erläuterte und die Vertreter von Volt in einem Gespräch offenbar überzeugt werden konnten, kam von der CDU keine Reaktion auf die Einladung. Grüne waren zwar zu einem Gespräch bereit, weigerten sich aber, die Argumente der Initiative anzuhören und die mitgebrachte PowerPoint anzusehen. Die Initiative fühlte sich nicht ernst genommen und reagierte sehr verärgert.

Erneuter Antrag im Schulausschuss ...
Wie am 22.10.22 im Beschluss vorgesehen, wurde das Thema Gesamtschule Neubrück im Sommer 2024 wieder aufgenommen

und die Situation der Gesamtschulanmeldungen nach dem Start der erzbischöflichen Gesamtschule in Kalk geprüft. SPD und Linke stellten einen erneuten Antrag im Schulausschuss und wiesen auf die weiter gesunkenen Schülerzahlen der Hauptschule Neubrück und die weiterhin fehlenden Gesamtschulplätze rechtsrheinisch hin. Die Initiative überreichte dem Schuldezernenten 2348 Unterschriften und demonstrierte vor dem Rathaus für ihr Anliegen: eine Gesamtschule für Neubrück.

... erneute Ablehnung
In der Ratssitzung am 27.6.2024 jedoch lehnten Grüne, CDU und FDP die Schließung der Hauptschule und den Start einer Gesamtschule erneut ab, Volt dagegen schloss sich den Antragstellern von SPD und Linken an. Die Argumente der Antragsgegner vom 27.06.24 waren nun andere, und man könnte sie mit einem Blick auf den amerikanischen Wahlkampf als „weird“ bezeichnen. Die Sprecherin der Grünen und der Sprecher der CDU warnten vor unzulänglichen räumlichen und verkehrstechnischen Bedingungen beim Aufbau der neuen Schule und vor fehlenden SchülerInnen, wenn es weitere Gesamtschulen in Kalk gäbe. Es war deutlich, dass diese Argu-

mente überzogen waren: die Vorlage der Verwaltung legte detailliert dar, wie der räumliche Ausbau der Gesamtschule gestaltet werden könnte und ein Überangebot an Gesamtschulplätzen in Kalk ist noch lange nicht in Sicht. Es wurde sogar der Initiative unterstellt, sie habe die Unterschriften unter falschen Voraussetzungen gesammelt. Die Initiative reagierte empört. Der Beschluss enthält allerdings eine Öffnungsklausel für weitere Schritte: 2025/26 soll die Gesamtschulsituation in Kalk nach dem Start des Interims in Deutz neu bewertet werden. Im nächsten Jahr wären auch die Anmeldezahlen an der Hauptschule erneut zu prüfen: ggf. muss die Verwaltung die Hauptschule von Amts wegen schließen, wenn die Anmeldezahlen unter 18 sinken. Die Antragsteller Oliver Seeck von der SPD und Heiner Kockerbeck von der Linken fühlten sich allerdings an das immer wieder grüßende Murren erinnert, denn ob dann eine Gesamtschule beschlossen wird, ist noch lange nicht sicher.

Zögerliche Gesamtschulpolitik in Köln
Die wiederholte Ablehnung der Gesamtschule Neubrück ist ein extremes Beispiel der zögerlichen Gesamtschulpolitik in Köln. Vier der 17 Kölner Gesamt-

schulen wurden von Initiativen durchgesetzt. Sechs Gesamtschulen sind in ehemaligen Hauptschul- oder Realschulgebäuden untergebracht, drei davon mit zwei Standorten. 700 bis fast 1000 Kinder mussten jedes Jahr auf einen Gesamtschulplatz verzichten, weil die Ratsmehrheiten keine weiteren Gesamtschulen an den Start brachten. Dass die aktuelle Ratsmehrheit aus Grünen und CDU sogar eine Gesamtschule blockiert, die schnell und preiswert einzurichten gewesen wäre, ist eine neue Qualität. Besonders unverständlich ist die Haltung der Grünen, die in ihrem Wahlprogramm dem Ausbau der Gesamtschulen hohe Priorität einräumten. In Neubrück verwehren sie dagegen jedes Jahr 108 Kindern in einem schwierigen Umfeld bessere Bildungschancen durch eine Gesamtschule.

Zum Schluss hat nochmals die Initiative das Wort:
„Wir sehen, dass eine Gesamtschule die Integration in unseren Stadtteilen fördern kann und allen Kindern eine Chance auf einen hohen Bildungsabschluss ohne einen Schulwechsel bietet.“ (Ariane Bergmann, VORSCHLAG für Schulausschussmitglieder). ◀

Info
Bürgerverein
Köln-Neubrück e.V.
https://xn--brgerverein-neubrck-59bq.de/buergerinitiative-fuer-eine-gesamtschule-neubrueck/



Käthe Kollwitz, Die Überlebenden – Krieg dem Kriege!, Plakat für den Antikriegstag 1924, Lithographie, Käthe Kollwitz Museum Köln.

Die eindringliche Kraft des Pazifismus: Die Kölner Friedensdenkmäler von Käthe Kollwitz und Ernst Barlach

Das Käthe Kollwitz Museum Köln bietet Erwachsenen und Schulklassen der Oberstufe einen Stadtpaziergang an, der den Spuren beider Künstler*innen und ihrer Denkmäler folgt. Eine Einführung in Schlaglichtern von // **Senta Pineau, Mitarbeiterin im Käthe Kollwitz Museum Köln**

Sollten Bombenblindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg, die in Köln mehrmals im Jahr zur Evakuierung ganzer Stadtteile führen, zur lokalen Erinnerungskultur gegen den Krieg gezählt werden? Darüber wäre nachzudenken. Eindeutig hingegen gehören dazu zwei Denkmäler, die seit den 1950er Jahren ihren festen Platz im Kölner Stadtbild haben: *Die trauernden Eltern* von Käthe Kollwitz in der Kirchenruine Alt St. Alban und *der Schwebende* von Ernst Barlach in der Antoniter-City-Kirche. Sie schlagen eine Brücke der Erinnerung in die Gegenwart. Diese beiden Mahnmale für den Frieden – aktueller denn je – regen zur kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und Erinnerungskultur an. Zugleich zeugen sie von der Entwicklung beider Künstler*innen zu Kriegsgegner*innen.

Repros/Fotografien: Käthe Kollwitz Museum, Köln

Der Mensch im Mittelpunkt

Ernst Barlach und Käthe Kollwitz werden oft in einem Atemzug genannt. Ihre gegenseitige Wertschätzung und künstlerische Beeinflussung sind unübersehbar. *Der Schwebende* ist ein Sinnbild ihrer Verbundenheit: »In den Engel ist mir das Gesicht der Kollwitz hineingekommen, ohne daß ich es mir vorgenommen hätte. Hätte ich sowas gewollt, wäre es wahrscheinlich mißglückt«, schreibt Barlach seinem Verleger 1928.

Schon ein Blick auf ihre Biografien zeigt viele Gemeinsamkeiten. Barlach und Kollwitz entstammen einer Generation: Barlach wurde 1870 geboren, Kollwitz drei Jahre früher. Verschiedene Reisen inspirieren beide: Sie besuchen die Kunstmetropolen Paris und Florenz. Für Barlach war besonders seine Reise ins zaristische Russland prägend, Kollwitz besucht die Sowjetunion 1927 und interessierte sich für die dortigen politischen Umwälzungen. Vor dem Ersten Weltkrieg arbeiten sie für die linksliberale, oppositionelle Satirezeitschrift *Simplicissimus*. Im Jahr 1919 werden sie in die Preußische Akademie der Künste berufen. Die NZ-Zeit bedeutet für beide eine Zäsur: Barlach erhält ein offizielles, Kollwitz ein inoffizielles Ausstellungsverbot.

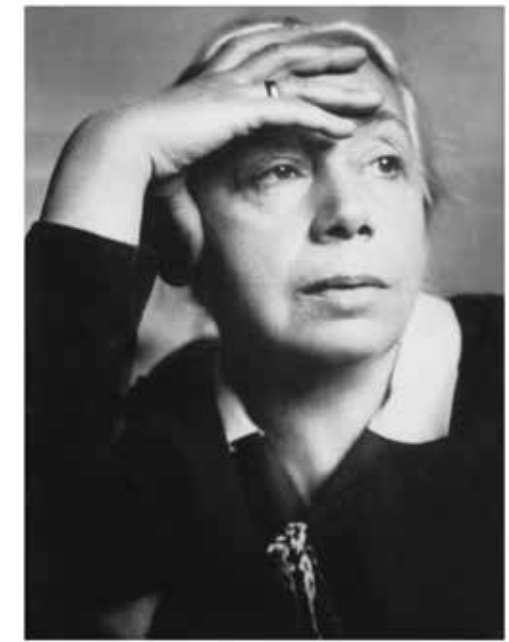
Kollwitz' Schaffen gilt dem Kaiser als „Rinnsteinkunst“.

1912 lässt der Berliner Polizeipräsident sogar ihr Plakat gegen die Wohnungsnot wegen „Aufreizung zum Klassenhass“ aus dem öffentlichen Raum entfernen.

Im Wesentlichen verbindet sie ihre künstlerische Haltung: Beide verzichten in ihren Arbeiten auf das Anekdotische, auf jede Beschönigung der Wirklichkeit, auf das Ornamentale und Oberflächliche. Im Zentrum ihrer Kunst steht der Mensch, unverstellt.

Käthe Kollwitz eckt damit bereits im Kaiserreich an. Ihr schonungsloser Blick auf die soziale Realität, auf die Lebensbedingungen der bis dahin in der Kunst weitgehend Unsichtbaren und Entrechteten, stört. Eine solche Kunst gilt dem Kaiser als »Rinnsteinkunst«. 1898 weigert er sich, Käthe Kollwitz die goldene Medaille der großen Berliner Kunstausstellung zu verleihen. Im Jahr 1912 lässt der Berliner Polizeipräsident sogar ihr Plakat gegen die Wohnungsnot in Berlin aus dem öffentlichen Raum entfernen wegen „Aufreizung zum Klassenhass“.

Im Käthe Kollwitz Museum der Kreissparkasse Köln befindet sich seit 1985 der weltweit umfangreichste Bestand an Zeichnungen, Graphiken und Plastiken der Künstlerin. Mehr Informationen zur Führung „Käthe Kollwitz in Köln – Ein Stadtpaziergang – 1.000 Meter deutsche Geschichte mit uns erleben!“ sind auf der Homepage des Käthe Kollwitz Museum Köln unter „Programm“ zu finden: www.kollwitz.de



Käthe Kollwitz, 1927, Fotografie von E.O. Hoppé

Es ist nicht allein sozial engagierte Kunst, die aneckt. Auch Menschenbilder sind politisch umkämpft. Auf ihrer Grundlage werden Gesellschaftsordnungen legitimiert oder umgeworfen. So bringt Ernst Barlach zum Ende der Weimarer Republik reaktionäre Kreise gegen sich auf, weil seine Figuren mit dem Menschenbild brechen, das für die Kriegspropaganda gebraucht wird. Seine Kriegerdenkmäler zeigen keine Helden, die begeistert in den Krieg ziehen und bereitwillig ihr Leben für das Vaterland opfern, sondern verzweifelte, vom Leid gebeugte Soldaten, mit Gasmaske ausgestattet oder vor Entsetzen erstarrt.

Von der Kriegsverharmlosung zur Kriegsablehnung

Zunächst wird der Erste Weltkrieg von Barlach als Aufbruch in eine neue Zeit begrüßt. Wie viele andere Künstler ist er davon überzeugt, dass Deutschland einen Verteidigungskrieg führt. Seine Verklärung des Krieges als belebende, sinnstiftende Kraft, seine Hoffnung auf eine »geistige Reinigung«, wie er 1914 in seinem Tagebuch notiert, lässt erschauern und zugleich auch erahnen, wie ermattet, erschöpft, krisenhaft und überholt die Gesellschaft in den letzten Jahren des Kaiserreichs war. Seinem Verleger schreibt Barlach Ende August 1914: »Das Erleben dieser ganzen Zeit kann ich nur mit einem großen Liebesabenteuer vergleichen, so erschüttert und entselbstet es mich. Es ist ein großes Glücksgefühl, außer sich zu sein, erlöst von sich. Und dies Größere ist etwas Wahres, keine bloße Idee. In den ersten Tagen konnte ich nicht schlafen in diesem Zustand der Erweiterung.«

Die NS-Zeit bedeutet für beide eine Zäsur: Barlach erhält ein offizielles, Kollwitz ein inoffizielles Ausstellungsverbot.



Käthe Kollwitz, Trauernde Eltern, Kopien der Originale, ausgeführt 1953/1954 von der Werkstatt Ewald Mataré, Alt St. Alban, Köln

Mit 11 Lithografien beteiligt sich Barlach in der Zeitschrift *Kriegszeit. Künstlerflugblätter an der Kriegspropaganda*. Arbeiten mit dem Titel *Der Heilige Krieg* oder *Erst Sieg, dann Frieden* sind Zeugnisse des (Un-) Geistes dieser Zeit. Auch Käthe Kollwitz steuert 1914 ein Blatt bei, das allerdings mit der militanten Haltung der Zeitschrift bricht. Die Lithografie *Das Bangen*, die am 28. Oktober 1914 erscheint und zuvor noch den Titel *Das Warten* trägt, zeigt das Hader der Künstlerin mit dem Krieg. Noch zu Kriegsbeginn unterstützt sie ihren jüngsten Sohn Peter in seinem Anliegen, sich als Freiwilliger zu melden. »Karl spricht mit allem dagegen, was er kann«, schreibt sie über die Widerstände ihres sozialdemokratischen Ehemannes. Aber sie bewegt diesen dazu, Peters Wunsch zu erfüllen. Mit der ersehnten Unterschrift des Vaters verabschiedet sich Peter zum Kriegsdienst. Zehn Tage später ist er bereits tot. Die Nachricht erhält das Ehepaar Kollwitz zwei Tage nach Erscheinen der Lithografie, *das Bangen* hat nun auf tragische Weise ein frühes Ende gefunden.

Auch Ernst Barlach meldet sich 1914 freiwillig zum Kriegsdienst. Er wird Ende 1915 eingezogen. Dort holt ihn die Realität und Rohheit des Krieges ein. Bereits im Dezember 1915 wendet er sich an seinen Bildhauerkollegen August Gaul (der zwei Monate später Barlachs Befreiung vom Militärdienst erwirken kann) und resümiert: »Wie man sich schämt über das, was man so geredet und gezeichnet! Und wie man zu würdigen lernt,

was da draußen an Leiden geleistet wird!« (Ernst Barlach Slg. von 31 eigh. Briefen, 1909.)

Wenige Wochen nach dem Tod ihres Sohnes Peter äußert Käthe Kollwitz in ihrem Tagebuch erste Gedanken über ein Denkmal. In ihren Worten klingt noch die patriotische Erhöhung des Soldatentodes an: »An einem herrlichen Sonntag soll es fertig sein und eingeweiht werden. Gemeindeschulkinder singen: „Wir treten zum Beten“ und „Kein schöner Tod ist auf der Welt als wer vom Feinde erschlagen.“ Das Denkmal soll Peters Gestalt haben, ausgestreckt liegend, den Vater zu Häupten, die Mutter zu Füßen, es soll dem Opfertod der jungen Kriegsfreiwilligen gelten.« (Käthe Kollwitz. Die Tagebücher, Berlin 1989, S. 177.)

Aber ihre Zweifel am Sinn des Krieges brechen sich mehr und mehr Bahn. Sie gerät in eine Schaffenskrise und bricht die Arbeit an dem Denkmal ab. Nachdem drei von Peters Freunden fallen, schreibt sie am 11. Oktober 1916: »Peter, Erich, Richard, alle stellten ihr Leben unter die Idee der Vaterlandsliebe. Dasselbe taten die englischen, die russischen und die französischen Jünglinge. Die Folge war das Rasen gegeneinander, die Verarmung Europas am Allerschönsten. Ist also die Jugend in all diesen Ländern betrogen worden? Hat man ihre Fähigkeit zur Hingabe benutzt, um den Krieg zustande zu bringen? Wo sind die Schuldigen? Gibt es die? Sind alle Betroffene? Ist es ein Massenwahnsinn? Und wann und wie wird das Aufwachen sein?« (ebd., S. 279). Am 20. März

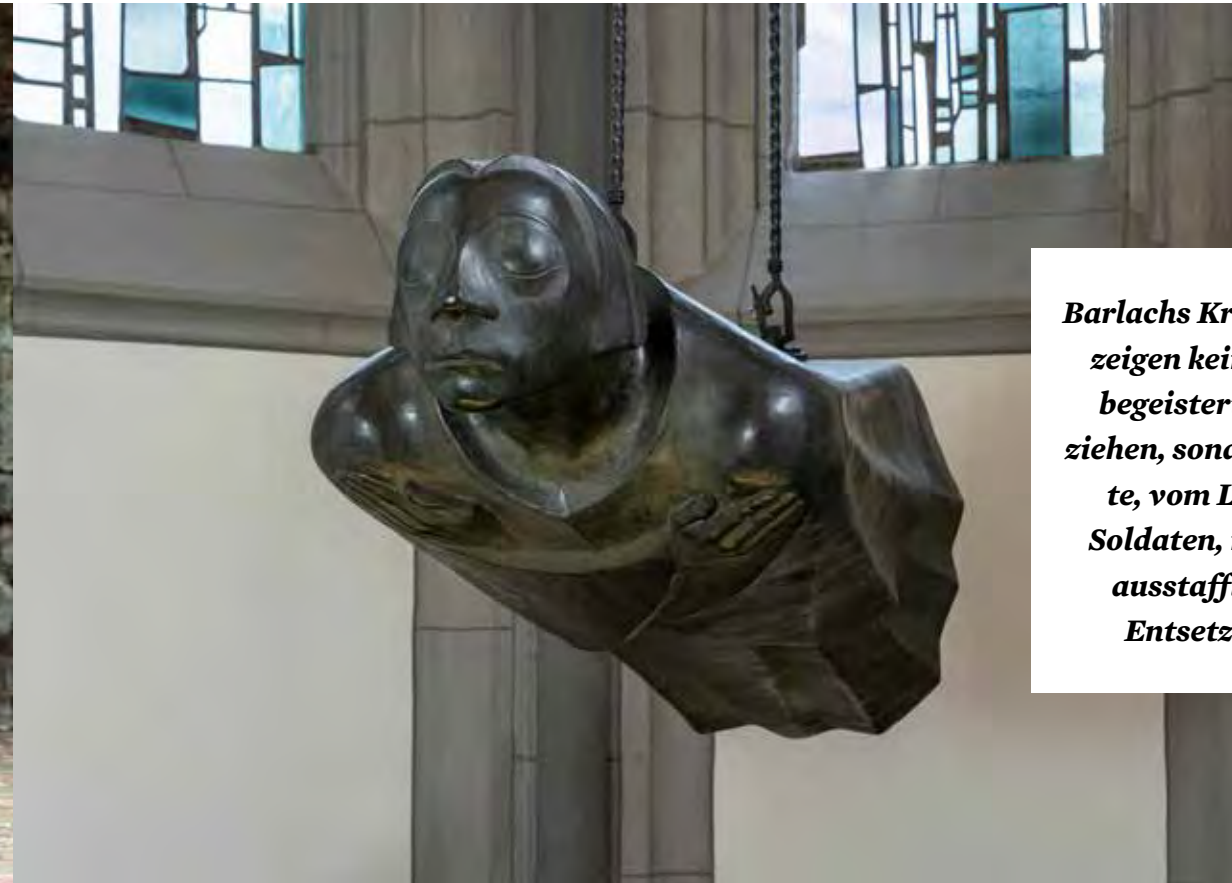
1918 stellt sie fest: »...wir waren betrogen damals. Und der Peter lebte vielleicht noch, wenn nicht dieser furchtbare Betrug gewesen wäre. Der Peter und Millionen, viele Millionen anderer. Alle betrogen.« (ebd., S. 279).

Die Entstehung der *Trauernden Eltern* ist Ausdruck ihrer Entwicklung zur entschlossenen Kriegsgegnerin. Die neu gewonnene politische Klarheit führt die Künstlerin aus der Krise. Das ursprünglich den Kriegsfreiwilligen gewidmete Denkmal wandelt sie um in ein Mahnmal für den Frieden. Sie verzichtet auf die Darstellung des toten Soldaten, es bleiben die in ihrem Schmerz zurückgelassenen Eltern. 18 Jahre braucht sie, um das Denkmal fertigzustellen. 18 Jahre alt war Peter, als er an der Front fiel.

»Ich will wirken in dieser Zeit ...«

Nach der Beendigung des Ersten Weltkriegs 1918 durch die Novemberrevolution bleiben die Schlussfolgerungen aus den Kriegsjahren sowie die Erinnerungskultur in der jungen Republik politisch umkämpft. In weiten Teilen der Arbeiterbewegung ist die Erkenntnis verbreitet, dass »die Entmilitarisierung Deutschlands ein historisch notwendiger Schritt ist, sowohl für die Sicherung des Weltfriedens wie für die soziale und politische Entwicklung des deutschen Volkes.« („*Die Freiheit*“ vom 24. März 1919, 2:140 (1919), Morgen-Ausgabe, S. 2.), wie es z. B. in der Parteizeitung der USPD formuliert wurde.

Repros/Fotografien: Käthe Kollwitz Museum, Köln



Ernst Barlach, Der Schwebende, 1927, Bronze, Antoniterkirche Köln

Krieg dem Kriege und Nie wieder Krieg lauten Parolen der Arbeiterbewegung und der pazifistischen Organisationen, die vor den Gefahren des Wiedererstarkens des Militarismus warnen. Genauso betitelt Käthe Kollwitz auch zwei Plakate, die 1924 im Auftrag des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der sozialistischen Arbeiterjugend zum zehnten Jahrestag des Kriegsbeginns entstehen. Sie setzt ihre Kunst »bewußt als „Waffe“« (K. Kollwitz. Die Tagebücher, Jutta Bohnke Kollwitz, Einführung, S. 14) ein, nicht nur gegen Hunger und Wucher, sondern auch gegen den Krieg. In ihrem Tagebuch hält sie fest: »Wenn ich mich mitarbeiten weiß in einer internationalen Gemeinschaft gegen den Krieg, hab' ich ein warmes, durchströmendes und befriedigendes Gefühl (...) Ich bin einverstanden damit, dass meine Kunst Zwecke hat. Ich will wirken in dieser Zeit, in der die Menschen so ratlos und hilfsbedürftig sind.« (K. Kollwitz. Die Tagebücher, 4.12.1922, S. 542)

Im Jahr 1927 ist die Remilitarisierung bereits in vollem Gange. Nach Jahren der geheimen Aufrüstung der Reichswehr wird das erste Rüstungsprogramm der Weimarer Republik vorbereitet. Im selben Jahr entsteht anlässlich der 700-Jahr-Feier des Güstrower Doms das erste Ehrenmal Ernst Barlachs für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs. Weitere werden in Kiel, Magdeburg und Hamburg folgen. Mit seinem *Schwebenden* stellt der Künstler das stille Gedenken an die Opfer des Krieges in den Vordergrund und ver-

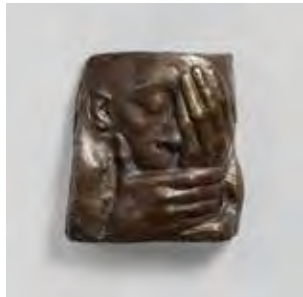
**Kollwitz 1922:
„Ich bin einverstanden damit, dass meine Kunst Zwecke hat. Ich will wirken in dieser Zeit, in der die Menschen so ratlos und hilfsbedürftig sind.“**

Kollwitz, Albert Einstein, Heinrich Mann u.a. unterzeichnen einen Dringenden Appell, in dem SPD und KPD aufgefordert wurden, gemeinsame Kandidatenlisten für die bevorstehenden Reichstagswahlen aufzustellen, um die wachsende faschistische Gefahr zu bannen.

Barlachs Kriegerdenkmäler zeigen keine Helden, die begeistert in den Krieg ziehen, sondern verzweifelte, vom Leid gebeugte Soldaten, mit Gasmaske ausgestattet oder vor Entsetzen erstarrt.

weigert jede Form der Heroisierung von Soldaten und der Verherrlichung des Krieges. Barlachs Engel ist ein Friedensengel, kein Racheengel. Er vertritt damit einen neuen Denkmaltypus. Mit seiner Aufforderung zum Innehalten und Nachdenken bricht er radikal mit der patriotischen Botschaft, der Ästhetik und den Normen der traditionellen Kriegerdenkmäler und provoziert: »Viele Leute schimpfen auf meine Arbeit, aber ich kann ihr Gerede vertragen und der Engel auch, er wird noch nach hundert und mehr Jahren ruhig an seinem Platz hängen und hängt regungslos wie heut. Seine Gedanken sind bei den Opfern des Krieges, seine Augen sind geschlossen, nichts lenkt ihn ab von seinem Erinnern.« (E. Barlach, Brief an seine Nichte, 1928.)

Der Kontrast in Form und Inhalt zwischen Kriegs- und Antikriegsdenkmälern lässt sich in Köln aufschlussreich nachvollziehen. Ebenfalls 1927 zu Ehren der Gefallenen des Ersten Weltkrieges errichtet, ragt im heutigen Friedenspark ein 15 Meter hohes Denkmal auf, das von einem martialischen Kriegsadler bekrönt wird. Dieser Adler von Georg Grasegger wurde aus Kanonen des Ersten Weltkrieges gegossen. Die bronzenen Gedenktafeln darunter tragen Inschriften wie »Im Tode für die Freiheit wurden sie frei«, oder »Unsere Helden lehren uns unsere Pflicht zu tun – Getreu bis in den Tod«. Es wundert nicht, dass Barlachs Pazifismus den neu aufstrebenden Kriegsparteien ein Dorn im Auge ist. Bereits ab 1927 bringt er mit sei-



Käthe Kollwitz, Die Klage, 1938–41, Bronze, Käthe Kollwitz Museum Köln



Käthe Kollwitz, Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden, 1941

nen Denkmälern rechtskonservative, nationalistische und völkische Kreise gegen sich auf. Barlach und sein Werk werden zum Gegenstand von Hetzkampagnen und Vandalismus.

1932, in dem Jahr, in dem die Reichsregierung das »Zweite Rüstungsprogramm« beschließt (<https://kirszenbaum.vhs-weimar.de/geheime-aufreuestung/>), vollendet Käthe Kollwitz ihre *Trauernden Eltern*. Sie tragen ihre Gesichtszüge und die ihres Mannes Karl. Im Beisein des Ehepaares werden die Figuren in Belgien auf dem deutschen Soldatenfriedhof aufgestellt, auf dem Peter beigesetzt wurde. Sie stehen beidseitig am Eingang der Grabstätte, trauernd und mahnend. Diese Mahnung hat hohe Aktualität. Kurz zuvor hatte Kollwitz zusammen u.a. mit Albert Einstein und Heinrich Mann einen Dringenden Appell unterzeichnet, in dem SPD und KPD aufgefordert wurden, gemeinsame Kandidatenlisten für die bevorstehenden Reichstagswahlen aufzustellen, um die wachsende faschistische Gefahr zu bannen.

Die Rückreise aus Belgien führt sie über Köln. Sie schreibt in ihrem Tagebuch: »Sonntag, 31. Juli 1932. Reichstagswahl in Köln. Wir gehen zu dritt hin«. Knapp ein halbes Jahr später, am 4. Januar 1933, findet – ebenfalls in Köln – in der Villa des Bankiers Schröder das Treffen zwischen Reichskanzler Franz von Papen und Hitler statt. Dort wird die Beteiligung der NSDAP an einer Regierung mit deutschnationalen und konservativen Kräften sowie die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler geplant. Die Machtübergabe an die NSDAP findet keine vier Wochen später statt, am 30. Januar 1933. Von nun an werden alle politischen Kräfte, Weltanschauungen und Menschenbilder systematisch bekämpft und verfolgt, die sich aus dem Geist des Humanismus, des Pazifismus, der Gerechtigkeit, der Gleichheit oder der internationalen Solidarität speisen. Diese stehen den faschistischen Kriegs-, Vernichtungs- und Eroberungsplänen im Wege.

Nicht kriegstauglich: Friedensdenkmäler

»So sieht Gott sei Dank eine deutsche Mutter nicht aus!«, hetzt der *Völkische Beobach-*

ter bereits 1932 gegen das Kollwitz-Denkmal. Die Künstlerin wird im Februar 1933 zum Rücktritt aus der Preußischen Akademie der Künste gezwungen. Barlach protestiert dagegen. Auch er wird zunehmend verfemt: Sein Magdeburger Ehrenmal wird 1934 aus dem Dom abgehängt, er erhält keine öffentlichen Aufträge mehr. 400 seiner Werke werden aus Museen und Sammlungen entfernt, zwei davon gelangen in die Ausstellung »Entartete Kunst«. Auch der Gips der Mutterfigur der *Trauernden Eltern* wird 1936 noch vor der Eröffnung aus der Jubiläumsausstellung der Akademie entfernt. Letztendlich wird der *Schwebende* 1937 von den Nationalsozialisten aus dem Güstrower Dom abgehängt und 1941 im Rahmen der Propagandaaktion »Metallspende des deutschen Volkes« eingeschmolzen.

Die bereits vor 1933 anhaltenden persönlichen Angriffe und der politische Druck auf den Einzelgänger Barlach veranlassen ihn 1934 dazu, einen von Goebbels verfassten Aufruf der Kulturschaffenden für die Übernahme des Amtes des Reichspräsidenten durch den Reichskanzler zu unterzeichnen. Durch die Zusammenlegung der Ämter wird Hitler endgültig zum »Führer«.

Ernst Barlach stirbt 1938, gebrochen und vereinsamt. Zu seiner Beerdigung im Oktober 1938 reist Kollwitz nach Güstrow. Sie zeichnet ihn auf dem Totenbett. Im Monat nach der Trauerfeier notiert sie: »Es ist mir manchmal, als ob der tote Barlach mir seinen Segen hinterlassen hat. Ich kann gut arbeiten.« (K. Kollwitz, Tagebücher, November 1938). In der Folgezeit entsteht das Relief *Die Klage*. »Als ich die Klage machte, stand ich unter dem Eindruck von Barlachs Tod und dem furchtbaren Unrecht, das er erlitten hatte. Das furchtbare Unrecht, das Menschen einander zufügen, hat in den drei Jahren sich fortgesetzt und setzt sich noch fort«, schreibt Käthe Kollwitz 1941 rückblickend. (K. Kollwitz, Briefe der Freundschaft, an Trude Bernhard, 1941)

Im gleichen Jahr entsteht die Lithografie *Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden*. Mit diesem Titel, der auf ein Goethe-Zitat zurückgeht, wendet sie sich erneut gegen den Krieg. Die 74-jährige bezeichnet die Arbeit als ihr Testament und schreibt in ih-

Knapp ein halbes Jahr, nachdem Kollwitz sich in Köln an den letzten Reichstagswahlen der Weimarer Republik beteiligt, findet in der Villa des Bankiers Schröder das Treffen zwischen Reichskanzler von Papen und Hitler statt.

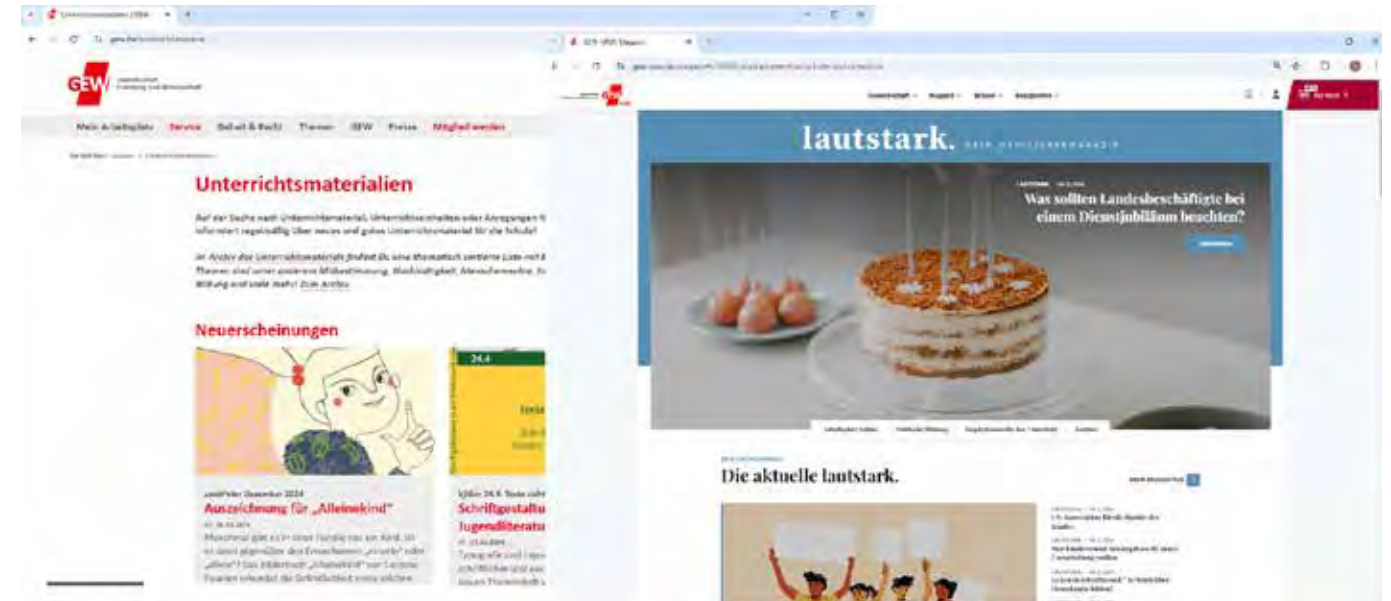
Hier, am Kölner Stadtwaldgürtel, wird die Beteiligung der NSDAP an einer Regierung sowie die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler geplant. Die Machtübergabe an die NSDAP findet keine vier Wochen später statt.

rem Tagebuch: »In diesen Tagen war mir unerhört schwer ums Herz. Ich zeichnete also noch einmal dasselbe: Jungen, richtige Berliner Jungen, die wie junge Pferde gierig nach draußen wittern, werden von einer Frau zurückgehalten. Die Frau (eine alte Frau) hat die Jungen unter sich und ihren Mantel gebracht, gewaltsam und beherrschend spreitet sie ihre Arme und Hände über die Jungen. „Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden“ – diese Forderung ist wie „Nie wieder Krieg“ kein sehnsüchtiger Wunsch sondern Gebot. Forderung.«

Am 8. Mai 1945 gelingt die Befreiung von Krieg und Faschismus. Käthe Kollwitz stirbt wenige Tage zuvor am 22. April 1945. Doch ihr Werk und ihr Anliegen überstanden Krieg und Gewalt. Der tiefe Humanismus, der ihren Arbeiten zugrunde liegt, bewegt und ermutigt viele Menschen – damals wie heute – für ein friedliches Zusammenleben einzutreten und dem Militarismus entgegenzuwirken.

Auch die Mahnmale von Ernst Barlach haben diese Zeit überdauert. So konnte der *Schwebende* gerettet werden. Wie dies gelang, wie er seinen Weg nach Köln und auch wieder zurück nach Güstrow fand und warum die *Trauernden Eltern* einen Platz in der Ruine von St. Alban gefunden haben, erfahren Sie bei einem Stadtrundgang des Käthe Kollwitz Museum.

Repros/Fotografien: Käthe Kollwitz Museum, Köln



Kostenloses Unterrichtsmaterial von Gewerkschaften und NGOs

Viele Firmen und Unternehmen locken Lehrkräfte inzwischen mit kostenlosem Unterrichtsmaterial und Materialproben, um ihre Namen auch bei Schüler*innen schon bekannt zu machen. // **Eva Casper, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Aber auch die Gewerkschaften und wohltätige Verbände liefern etliche Quellen, Arbeitsblätter und teilweise sogar ganze Unterrichtsreihen um uns die Arbeit zu erleichtern.

Wir werfen einen Blick auf das Angebot:

Die GEW macht das auf der Bundeshomepage zum Beispiel in Form von Rezensionen und Links, wie zum Beispiel zur Homepage von »Reporter 4 You«, die sich mit Qualitätsmerkmalen für Journalismus beschäftigt, oder zu Videos von »Die gelbe Hand«.

Ihr findet das gesamte Angebot der GEW online unter <https://www.gew.de/unterrichtsmaterial/archiv-der-unterrichtsmaterialien> und auch hier:



Auf Landesebene finden wir zum Beispiel auch bei der Lautstark Impulse für unseren Unterricht, zum Beispiel dazu, wie wir mit KI Unterricht planen können oder Aspekte der kritischen Demokratiebildung. Online können die Mitglieder jederzeit auf sämtliche Ausgaben des Magazins zugreifen

und zu ihren Lieblingsthemen recherchieren: <https://www.gew-nrw.de/magazin>



Und ansonsten gilt es, dass wohltätige Vereine und Stiftungen noch viel mehr in peto haben.

Nach kurzer Recherche findet man zum Beispiel bei Amnesty international ein Spiel zur Förderung von Zivilcourage: <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2022-10/Amnesty-Material-Zivilcourage-Couragiert-handeln-2022.pdf>



Das Netzwerk »Schule der Vielfalt« hat ein ganzes Dossier an Projektideen online gestellt: <https://schule-der-vielfalt.de/wp-content/uploads/Projektbeispiele2018.pdf>



Und auch die Stadt Köln bietet auf ihrer Homepage zum Beispiel viele interessante Impulse und Materialien – zum Beispiel zum Thema Umweltbildung: <https://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/klima-umwelt-tiere/umweltbildung>



Außerdem sei zu erwähnen, dass nicht zuletzt auch die Stadtbibliothek nach wie vor zeitgemäße Angebote macht und man digital zum Beispiel auf eine große Datenbank von Filmen zugreifen kann und diese nicht bei den großen Streaming-Diensten kaufen muss.

Wir sehen: Es gibt diverse tolle Angebote, die ganz ohne Markenwerbung auskommen. Viel Spaß beim Stöbern und Durchklicken!

Hochschulen werden für „harte Geopolitik“ vereinnahmt

Lehre und Forschung für Kriegstüchtigkeit oder Friedensfähigkeit? // **Stefan Brackertz, Mitglied der Kölner GEW-Fachgruppe Hochschule und Forschung (HuF)**

Im März dieses Jahres hat das BMBF mit seinem „Positionspapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Forschungssicherheit im Lichte der Zeitenwende“ das Ziel eines grundsätzlichen Richtungswechsels in der Wissenschaft in ein ausgearbeitetes Konzeptpapier gefasst.

Kern dieses Richtungswandels: Die Wissenschaft soll zur rechten Hand der Regierungspolitik werden und gegen die Länder des Globalen Südens, die sich ökonomisch emanzipieren und auf politische Eigenständigkeit pochen, allen voran China, in Stellung gebracht werden. – Statt kritisch und internationalistisch sollen die Hochschulen künftig affirmativ und Standort-verpflichtet sein. Und entsprechend der Zeitenwende bedeutet dies:

Geopolitik 1: Hochschulen sollen kriegstüchtig werden

Zivilklauseln, also die (Selbst-)Verpflichtung der Hochschulen zivil zu arbeiten und/oder zu Frieden beizutragen, sollen gestrichen oder Orwellsch („Krieg ist Frieden“) re-interpretiert werden. Wie Pistorius sagt, soll nicht nur die Armee, sondern die gesamte Gesellschaft und damit auch die Hochschule „kriegstüchtig“ werden. Dabei geht es nicht nur um Rüstungsforschung, sondern auch um die Legitimation von Krieg und Aufrüstung, und vor allem auch um die Normalisierung des Krieges „in den Köpfen“.

Geopolitik 2: Dual-Use-Orientierung

Die Trennung von Militärischem und Zivilem soll aufgehoben werden („dual use“), mit dem Ziel gemäß israelischem und US-Vorbild ein „zivil-militärisches Ökosystem“ zu schaffen. Dual-Use wurde in den letzten

Jahren vor allem als unvermeidliches Phänomen von „Grundlagenforschung“ diskutiert: Unbeabsichtigt würden bei (ziviler) Grundlagenforschung unvermeidlich auch militärisch relevante Erkenntnisse herauskommen. Das passiert natürlich hin und wieder, nur stellt das weder den Anspruch, dass Wissenschaft zivil sein sollte, infrage, noch ergebnisoffene Grundlagenforschung. Vielmehr zeigt das, wie nötig systematischere Technikfolgenabschätzung und vor allem -bestimmung ist, und Wissenschaftskommunikation, die darauf gerichtet ist, dass die Gesellschaft frühzeitig demokratisch darüber entscheiden kann, wofür neue Erkenntnisse von wem genutzt werden.

Vor allem aber ist die Thematisierung von Dual-use als Zufallsprodukt von Grundlagenforschung geschichtsvergessen und Deutschland-zentriert:

1. Angesichts der Strategie des Westens, die Sowjetunion totzurüsten, entwickelte die westdeutsche Bundesregierung in den 1980ern Dual-Use als Strategie für die damals gerade anlaufende Microcontroller-Forschung und -entwicklung: Um militärisch ganz vorne mitzumischen, ohne wie die Sowjetunion durch die damit verbundenen Kosten ökonomisch in die Knie zu gehen, sollte dieser vielversprechende Technologiebereich von Anfang an so angegangen werden, dass man für militärische und zivile Entwicklung nur einmal Geld ausgeben musste. Dementsprechend gab es zeitweise Fördergelder nur, wenn Forschungs- und Entwicklungsvorhaben an Hochschulen und in der Industrie von Anfang an auf solch eine „Synergie“ angelegt waren. Weiter verfolgt wurde diese Strategie Anfang der 90er, als angesichts der erhofften „Friedensdividende“ explizit militärische Ausgaben schwieriger zu rechtfertigen waren.

2. Insbesondere in den USA wird der Großteil staatlicher Forschungsgelder, und zwar auch für explizit zivile Forschung, über das Pentagon vergeben, mit dem Ziel, dass das Pentagon sofort von militärisch relevanten Entwicklungen mitbekommt und entsprechend reagieren kann. Zudem trägt dies zu einer Normalisierung des Militärischen bei.

Geopolitik 3: Einschränkung von Wissenschaftskooperationen

Sinnvollerweise unterliegt militärisch Relevantes Exportbeschränkungen. Dementsprechend liegt auf der Hand: Wenn alles künftig Dual-Use sein würde, wäre auch alles künftig militärisch relevant und unterläge damit Exportbeschränkungen. Dementsprechend kritisieren nicht nur Friedenskräfte, dass mit der Dual-Use-Ausrichtung der Hochschulen eine herbe Einschränkung der wissenschaftlichen Kooperationen und Internationalisierung der Hochschulen einherginge.

Dies wird zu einer Zeit vorangebracht, in der militärisch relevante Exporte besonders umkämpft sind und nach einer neuen Logik ausgerichtet werden. Dabei geht es nicht nur und vor allem um mehr Exporte, sondern um die Frage, an wen exportiert wird: Immer mehr wird der Grundsatz „keine Exporte in Krisengebiete“ verdrängt durch die Logik keine Exporte an „systemische Rivalen“.

Und wer sind nun die „systemischen Rivalen“? In den Artikeln rund um die neue BMBF-Doktrin gibt es zwei immer wiederkehrende Beispiele, an denen deutlich wird, worum es geht: China und die Quantentechnologien (übrigens prominent an der Uni Köln vertreten). Schaut man sich EU-Papiere an, findet man z.B. dass künftig „strategisch wichtige Technologien“ nur noch mit EU-Mitgliedsstaaten, Island, Norwegen und

Israel bearbeitet werden sollen. Fragt man Leute, die in die Erstellung dieser Papiere involviert waren (auch die gibt es an unserer Uni), wird deutlich: Das Ziel ist einerseits angesichts einer sich schon länger anbahnenden Wiederwahl von Trump und der Aggressivität von US-Konzernen technologische Unabhängigkeit von den USA. Andererseits soll mit Staaten wie Großbritannien, die nach Meinung der EU zu offen mit China kooperieren, künftig nicht mehr zusammengearbeitet werden – zumindest nicht auf Feldern, in denen man sich technologisch vorn sieht, auf anderen Feldern durchaus. Deutlich wird zudem: Auf EU-Ebene wird nicht nur davon ausgegangen, dass andere Wirtschaftskriege führen, sondern auch die EU selbst. Um dabei gleichzeitig kriegstüchtig zu bleiben, soll dafür gesorgt werden, dass die EU bei kriegsrelevanten Technologien nicht auf das Ausland angewiesen ist. So sieht systematische Kriegsvorbereitung aus.

Exzellenz: Wegbereiterin der Militarisierung

Eine Errungenschaft von 1968 ist der Anspruch, dass Wissenschaft kritisch und nicht affirmativ den herrschenden Verhältnissen gegenüber tritt, „also ein prinzipielles Gegen-den-Strom-Schwimmen“ (Klaus Holzkamp) ist und mit der Kraft des Arguments Partei ergreift gegen reale Machtverhältnisse. Anknüpfend an das Erbe der Aufklärung auf das Argument statt auf Tradition, Erfahrung, Gefühl oder Macht zu setzen, mit den „Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen“ (Martin Löwenberg) vorzugehen, ist mit einem internationalistischen Standpunkt verbunden und mit dem Anspruch, nicht entfremdet die Problemstellungen anderer abzuarbeiten, sondern sie selbst Allgemeinwohl-orientiert zu bestimmen.

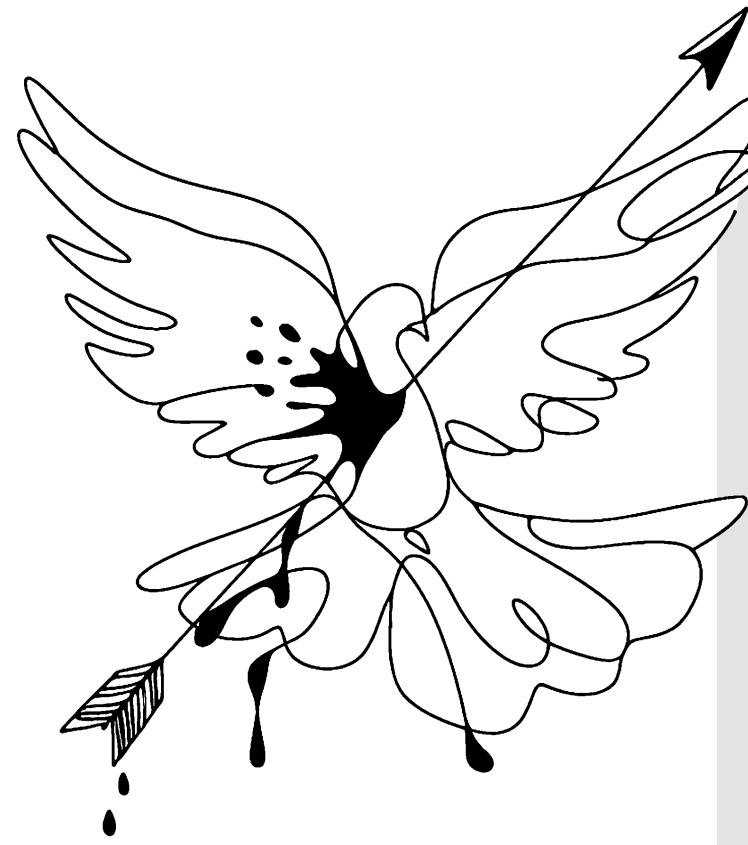
Bundesweite Friedensdemo in Berlin und die Auseinandersetzung um die Hochschulen

Für den 3. Oktober 2024 hatte ein großes Bündnis zu einer bundesweiten Friedensdemo in Berlin aufgerufen. Auch wir hatten im „forum“ den Aufruf abgedruckt: <https://nie-wieder-krieg.org/>

Besonders an der von Zehntausenden von Menschen aus ganz Deutschland besuchten Demo war, dass sie den Eindruck widerlegte, der in der öffentlichen Debatte häufig entsteht, wonach die aktuelle Kriegspolitik bei über 80 Prozent des Bundestages Konsens wäre. So sprachen nicht nur Vertreter*innen von der Linke und BSW, sondern auch Prominente aus SPD und Union gegen Aufrüstung, Mittelstreckenraketen und das Verwerfen von Diplomatie und Entspannung. Dennoch wurden die positionellen Unterschiede deutlich, führten zu zahlreichen Zwischenrufen und Diskussionen unter den Teilnehmer*innen. Insgesamt war die Demo vor allem davon geprägt, dass überall Teilnehmer*innen mit verschiedenen Auffassungen miteinander diskutierten, sich teils auch abwegig fanden, aber dennoch gemeinsam darum rangen, worauf man gegen „Zeitenwende“ und die Militarisierung bzw. für Waffenstillstände und Friedensprozesse setzt.

Bundesweit aufgerufen zur Demo hatte auch die „Initiative Hochschule für den Frieden – Ja zur Zivilklausel!“ und war mit eigener Rede und Teilnehmer*innen von zahlreichen Hochschulen vertreten. Dieses Bündnis aus antimilitaristisch und friedenspolitisch Aktiven an Hochschulen gibt es seit inzwischen über zehn Jahren und von Anfang an gehörten auch GEW-Kolleg*innen zu den tragenden Kräften. Im Zentrum der gemeinsamen Aktivitäten steht die Bestimmung der Inhalte von Lehre und Forschung durch die Mitglieder der Hochschulen selbst: Wie kann verhindert werden, dass die Hochschulen sich an technischer Zuarbeit des militärisch-industriellen Komplexes beteiligen und zu Kriegslegitimation beitragen? Wie gelingt es stattdessen, dass das Friedensanliegen von Hochschulmitgliedern zur Geltung kommt, Gleichgesinnte voneinander wissen und mit der eigenen Arbeit gegen Kriegsprofiteure aufklären und Friedensursachen ergründen? Wie können wissenschaftliche Kooperationen Diplomatie von unten sein? Was ermutigt gegen die Zeitenwende?

Videomitschnitt der Rede von „Initiative Hochschulen für den Frieden“: <https://www.youtube.com/watch?v=Rk-qC5tyY7U>
„Initiative Hochschulen für den Frieden“: <http://zivilklausel.de/>



Dagegen wandte sich systematisch seit Ende der 1990er Jahre die neoliberale Programmatik der „Unternehmerischen Hochschule“ und ganz besonders die damit verbundene Exzellenz-Orientierung: Studierende sollten auf Konkurrenz getrimmt werden, indem Bildung durch Studiengebühren und die Aufteilung in praktische Häppchen-Module zum kaufbaren und am Markt ein-tauschbaren Karrierevorteil erklärt wurde. Und sie zerstörte weitgehend den Diskurs über die Inhalte und Problemstellungen an den Hochschulen, indem sie die den Hochschulen zur Verfügung stehenden Grundmittel immer weiter reduzierte und durch „Drittmittel“ ersetzte – Mittel, meist von Bund und EU, aber auch aus der Wirtschaft, auf die sich Kolleg*innen einzeln oder in strategischen Beutegemeinschaften (Sonderforschungsbereiche, Exzellenzcluster...) bewerben müssen. Die neue Währung dabei: Exzellenz, Innovation und Leistung – Begriffe deren ideologische Funktion einerseits darin besteht, den Anschein zu erwecken, messbar zu sein und damit in ein Wettbewerbs-Setting zu passen. Andererseits nehmen sie explizit keinen Bezug auf Inhalte, Problemstellungen und die Frage, wem es am Ende nützt – Entfremdung wird damit zum Programm. (Gleichzeitig sind diese Kriterien ausreichend schwammig für eine Hinterzimmer-Politik, die die bestehenden Machtstrukturen im Wissenschaftssystem stärkt.) Drittmittel machen inzwischen in einzelnen Fachbereichen der Uni Köln rund 80 Prozent der Gesamtmittel aus (im Schnitt etwa 50 Prozent). In Wirklichkeit ist ihre Quote noch höher, denn insbesondere die EU versteigert ihre Drittmittel zunehmend:

Ganz offiziell bekommt die Hochschule mit hoher Wahrscheinlichkeit den Zuschlag, die am meisten „Eigenengagement“ zeigt, d.h. Grundmittel irgendwo kürzt und mit in das Drittmittel-Projekt steckt.

Diese Politik war von Anfang an darauf gemünzt, die Hochschulen zunächst vor allem auf die Interessen der hiesigen Großindustrie und nun zunehmend auf geopolitische Regierungsinteressen zu orientieren: Der Diskurs um die Zielsetzungen wurde erodiert oder sogar explizit bekämpft („Jetzt keine politischen Grundsatzdiskussionen bitte, wir müssen vor allem klären, wie wir vor den Gutachter*innen einen konsistenten Eindruck machen, sonst können wir Sie nächstes Jahr nicht mehr bezahlen!“). Insbesondere an Technischen Hochschulen und Fachhochschulen wurde der Wirtschaft der Zugang zu den Hochschulen eröffnet; insbesondere seit Aussetzen der Wehrpflicht versucht auch die Bundeswehr an den Hochschulen Fuß zu fassen.

Von der Widerstandskraft der Vernunft und Tabu-Brüchen angesichts des Ukraine-Kriegs

Man könnte glauben, dass von den Hochschulen nicht mehr viel Sinnvolles übrig geblieben ist – und das stimmt leider teilweise auch. Hinzu kommt, dass Teile der Hochschulen immer noch im Online-Lockdown verharren – auch weil ihre Mitglieder sich hochschulnahe Wohnungen nicht mehr leisten können. Zudem wurden während des Lockdowns in vielen Bereichen die Diskursräume „aufgeräumt“: Kaffeeküchen und Sitzcken verschwanden wegen Brandschutz ersatzlos, jede noch so offensichtlich

bescheuerte „Ordnung“ wird vorbehaltlos durchgesetzt und wenn dann die Studis zu Hause bleiben, werden Anwesenheitspflichten diskutiert statt der Frage, wo man nicht-brennbare Möbel und eine Kaffeemaschine herbekommt.

Dennoch: 2017 hat der Senat der Uni Köln gegen den aller Geopolitik und AfD-Hetze geschuldeten Plan, Studiengebühren für ausländische Studierende einzuführen, beschlossen:

„(3) Damit kann und will die Universität zugleich einen – wenn auch bescheidenen – Beitrag zur Unterstützung (...) für die Länder des Globalen Südens leisten. Weit über die fachliche Ausbildung hinaus kann die Integration Studierender aus Nicht-EU-Ländern in unser Bildungssystem und die gemeinsame Forschung mit lokalen Partner*innen in diesen Ländern eine nachhaltige Wirkung im Interesse eines friedlicheren und von gegenseitigem Verständnis und Respekt verpflichteten weltweiten Zusammenlebens entfalten.“

(4) Umgekehrt gilt aber auch: Der Profilbereich „Sozialer, kultureller und ökonomischer Wandel im Globalen Süden“ (...) ist elementar angewiesen auf internationale Lehrende und Studierende aus diesen Teilen der Welt, um die gemeinsame Forschung voranzutreiben.“

Und: Die autonomen Nischen schrumpfen, aber an zahlreichen Hochschulen gibt es kleine Gruppen mit wachsenden Ambitionen, die Sachen prinzipieller anzugehen: Wenn eine Regel mit Sinnvollem inkompatibel ist und sich nicht umgehen lässt, muss man eben Lenin lesen, um ein Bündnis mit den Hausmeistern für die Abschaffung der

**Damit soll die
antifaschistische
Errungenschaft
„Nie wieder Krieg, nie
wieder Faschismus!“
umgeschrieben werden zu
„Krieg ist Frieden“.**

Regel zu schmieden. Wenn der Rektor autokratisch die Antikapitalistin Nancy Fraser auslädt, muss man sich vielleicht eine Scheibe von Fraser abschneiden, um dem Kapitalismus den Kampf anzusagen und nebenbei die Uni zu demokratisieren.

Noch vor drei Jahren wäre die Durchsetzung der neuen Programmatik des BMBF trotz aller Entpolitisierung der Hochschulen völlig undenkbar gewesen. Tatsächlich wurde das durchaus auch versucht: Auf EU-Ebene wird schon seit mehreren Jahren eine Auseinandersetzung um Dual-Use geführt und Schwarz-Gelb hat schon 2014 in NRW versucht die Einführung einer gesetzlichen Zivilklausel zu verhindern und sie 2019 wieder aus dem Hochschulgesetz gestrichen, mit dem Ergebnis, dass die Debatte prominenter geführt wurde als je zuvor; einige Hochschulen, die noch keine Zivilklausel in ihrer Grundordnung hatten, obwohl das Gesetz dies zwischenzeitlich vorgeschrieben hatte, holten dies nach, einige verschärften ihre Zivilklausel, gestrichen hat sie keine einzige Hochschule.

Nun wird versucht, den Ukraine-Krieg für Tabubrüche zu nutzen: Der Abbruch der Wissenschaftskooperationen mit Russland nur wenige Tage nach dem Angriff auf die Ukraine 2022 ging geräuschlos und mit Hilfe der großen Wissenschaftsorganisationen in einem Schockmoment durch. Solch eine pauschale Restriktion ist beispielsweise und wurde nicht einmal im Kalten Krieg unter McCarthy durchgezogen, geschweige denn in Fällen anderer Angriffskriege, etwa dem Angriff der USA auf den Irak.

Mit der aktuellen Programmatik des Bundeswissenschaftsministeriums wird nun versucht, daran anzuknüpfen und die Wissenschaft gegen den „systemischen Rivalen China“ in Stellung zu bringen.

Dagegen gibt es Protest, etwa von der bundesweiten Zivilklausel-Bewegung und auf der Friedensdemo in Berlin (siehe Kasten). Und dagegen gab es einen vom Stadtverband Köln unterstützten Resolutionsentwurf beim Landesgewerkschaftstag im Sommer, der aus Zeitgründen nicht mehr aufgerufen wurde und derzeit im Landesvorstand behandelt wird. Gleichzeitig arbeiten Kolleg*innen an verschiedenen Hochschulen daran, die Beziehungen gezielt an Themen mit internationalistischem und friedlichem Impetus als Diplomatie von unten stückweise wieder aufzunehmen.

Noch ganz frisch ist die jüngste Wendung dieser Debatte im neuen Entwurf für das NRW-Hochschulgesetz. Angesichts der Tatsache, dass alle Hochschulen in NRW Zivilklauseln in ihren Grundordnungen sind, sollen Zivilklauseln im Gesetz nun wieder explizit vorkommen, wenn auch nur als Option. Entscheidend dabei ist aber, dass diese Passage mit einer Begründung, die maßgeblich bei der Auslegung ist, versehen werden soll, in der es heißt, Zivilklauseln wären explizit mit Rüstungsforschung vereinbar. Damit soll die antifaschistische Errungenschaft „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ umgeschrieben werden zu „Krieg ist Frieden“.

Der Nahost-Krieg und noch ein Tabubruch

Als im Frühjahr ein Palästina-solidarisches Protestcamp an der Freien Uni Berlin mit Gewalt geräumt wurde, protestierten mehrere Hundert Lehrende gegen die Räumung (ohne sich mit den Forderungen des Camps zu solidarisieren). Von der Bild-Zeitung mit Porträts als „Universitäter“ auf der Titelseite verunglimpft, ließ Bettina Stark-Watzinger (inzwischen ex-Bundeswissenschaftsministerin) prüfen, ob man diesen Kolleg*innen Fördergelder zur Strafe entziehen könnte. Die daraus hervorgegangene Fördergeld-Affäre schlug zunächst hohe Wellen, weil das Ansinnen der Ministerin offensichtlich gesetzswidrig war. Sie überstand die Affäre im Amt (den Posten verlor sie später bei der Auflösung der Ampel). Nur: Statt einer Aufarbeitung reagierte die Bundesregierung gegen erheblichen Protest mit der Verabschiedung einer „Resolution zum Schutz jüdischen Lebens“, die u.a. genau das, was bei der Fördergeld-Affäre noch für einen Auf-

schrei gesorgt hatte, zur neuen Staatsräson macht. Auch wir haben uns als Stadtverband gegen diese Resolution positioniert und müssen nach deren Beschluss diskutieren, wie wir sie wieder loswerden.

Parallel reagierten verschiedene Landesregierungen, etwa Berlin und Bayern mit der Einführung bzw. Verschärfung des sog. Ordnungsrechts, einer rechtsstaatliche Grundsätze mit Füßen tretenden Paralleljustiz an den Hochschulen. Begründet wird dies mit dem Schutz vor Gewalt und sexueller Übergriffigkeit. Faktisch – und das zeigt auch die unrühmliche Geschichte des Ordnungsrechts wie auch der Berufsverbote – dient es aber vor allem der Bestrafung Aufmüpfiger (vergleiche etwa die Positionierung der GEW Berlin).

Auch in NRW sieht der jüngste Hochschulgesetz-Entwurf der Landesregierung eine massive Verschärfung des Ordnungsrechts vor, durch die ein Regime aus Angst und Bespitzelung droht.

Was tun?

Die „Zeitenwende“ und ihre Umsetzung an den Hochschulen ist massiv davon geprägt, Nullpunkte in der Geschichte zu setzen: Es wird systematisch so getan, als habe es vor dem Überfall Russlands im Februar 2022 keine Vorgeschichte gegeben, die Geschichte des Nahost-Konfliktes beginnt mit dem Überfall der Hamas am 7. November 2023. Anderswo wird die Geschichte umgedeutet: Aus „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ soll die Behauptung gemacht werden, Krieg sei das Mittel der Wahl gegen rechte Diktatoren. Die Bundestagsresolution, die vermeintlich dem Schutz jüdischen Lebens dient, fokussiert rassistisch konnotiert Zuwander*innen als Hauptgrund für Antisemitismus in Deutschland. Ohne Berührungsängste wird von der aufgeheizten Mitte Politik mit Nazi-Rhetorik („Kanonen statt Butter“) und Nazi-Instrumentarium (Ordnungsrecht, Verpflichtung der Polizei auf Landespolitik statt auf die Verfassung) gemacht. Dagegen ist ein neues Geschichtsbewusstsein nötig, um die eigenen Maßstäbe nicht zu verlieren und die eigenen Kämpfe geschichtsbewusster anzugehen.

Und das unbedingte Nein zu Inhumanität und Krieg!



Asylrecht wird immer mehr eingeschränkt

Doch wer sich für ein besseres Leben im Heimatland einsetzt, de*m droht die Todesstrafe. Die Situation in Nigeria erfordert unser Eingreifen. // **Guido Schöniar, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Jedes Jahr entscheiden sich Tausende ihr Heimatland Nigeria zu verlassen, weil es keine Arbeit gibt, die Lebensbedingungen immer härter werden und die Lebenshaltungskosten kaum mehr finanzierbar sind. Wegzug bedeutet Trennung von Freund*innen und Familie, immense Kosten und oft traumatische Erfahrungen bei der Reise nach Europa oder Amerika. In der neuen Heimat machen die Geflüchteten dann häufig Erfahrungen, die so gar nicht zu ihrer Hoffnung auf ein lebenswertes Leben passen wollen: von vielfach schikanös bürokratischen Hürden (ohne Wohnung keine Arbeit, ohne Arbeit keine Wohnung) bis hin zu wenig offenherzigem Entgegenkommen oder gar Rassismus. Die ausländerfeindlichen Schlagzeilen in den Zeitungen oder den sozialen Medien, die die Neuankömmlinge zu sehen bekommen, tragen ohnehin nicht dazu bei, sich fernab vom Heimatland wesentlich besser zu fühlen.

Immer wieder kommt es auch in den sogenannten Entwicklungsländern zu Aufruhr und Protesten gegen eine immense Ungerechtigkeit, korrupte Eliten und Regierungen, die nicht im Interesse ihrer Bevölkerung, sondern oft nur für den eigenen Profit handeln.

Nach Protesten Anfang August gegen eine galoppierende Inflation und die Regierung, die die Erhöhung des Mindestlohns (auf umgerechnet 40 Euro pro Monat!) nicht umsetzt, hat es in Nigeria Massenfestnahmen gegeben. Hunderte Aktivist*innen sitzen im Gefängnis, mindestens zehn von ihnen droht die Todesstrafe. Ihnen wird „Hochverrat“ vorgeworfen.

14 Tote, Anwendung von Folter und Verhaftung des Gewerkschaftsvorsitzenden

Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass Verhaftete gefoltert werden, um an weitere Namen von Aktivist*innen zu kommen. Sowohl Human Rights Watch als auch Amnesty International sprechen von Menschenrechtsverletzungen. Bei den zunächst friedlichen Protesten wurden 14 Menschen durch die Polizei getötet, die Schusswaffen gegen Demonstrant*innen eingesetzt hat.

Auch Joe Ajaro, der Vorsitzende des Ni-

gerianischen Gewerkschaftsdachverbandes NLC, wurde zwischenzeitlich festgenommen, aber unter Auflagen wieder auf freien Fuß gesetzt. Ein Grund für die Freilassung war, dass Streiks angedroht wurden und es eine internationale Protestwelle von Gewerkschafter*innen gab.

Am Montag, dem 14. Oktober, wurden dann einige Aktivist*innen auf Kautionsfreilassung. Dies ist ein großer Erfolg für sie und die Solidaritätskampagne, sowohl in Nigeria als auch international.

Prozess am 8. November – Unterstützt die Nigeria-Solidaritätskampagne!

Der Prozess gegen elf Aktivist*innen begann am 8. November. Sie werden des Hochverrats beschuldigt, und die Androhung der Todesstrafe wurde trotz Freilassung auf Kautionskeineswegs zurückgezogen. Die fast zweimonatige Haft war politisch motiviert und beruhte auf völlig falschen Anschuldigungen. Der wahre Grund ist das Organisieren von friedlichen Protesten gegen die nahezu unerträglichen Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung in Nigeria.

Die Freilassung auf Kautions, wobei die Forderungen leicht geändert wurden (5 Millionen nig. Naira anstelle der ursprünglich erwarteten 10 Millionen), ist das Ergebnis der öffentlichen Kampagne und der Arbeit von unterstützenden Anwalt*innen. Ein Bündnis aus sozialen Bewegungen hat in Nigeria zahlreiche Proteste organisiert, darunter den Marsch zur Außenstelle der Menschenrechtskommission in Lagos und die Teilnahme an den Protesten gegen die Regierung am 1. Oktober.

Solidarität als starkes Schwert

Die Solidaritätskampagne hat dazu geführt, dass mehr als 300 internationale Protestbriefe an die nigerianischen Behörden geschickt wurden, darunter auch von Gewerkschaften in Brasilien, Südafrika und Großbritannien. Internationale Proteste wurden bereits in Schweden, Taiwan, Deutschland, Großbritannien, den USA und Kanada organisiert. Bisher hat die Solidaritätskampagne 10.815 US-Dollar gesammelt.

Die Kampagne geht nun weiter, mit dem Fokus auf den Prozess. Protestbriefe, in denen die Einstellung aller Anklagen gefordert wird, sind unterwegs, Proteste werden geplant und die Sammlung von Spenden geht weiter.

Gleichzeitig verschlechtert sich die Lage für die arbeitende Bevölkerung in Nigeria immer mehr, mit zwei Preiserhöhungen für Benzin allein in der zweiten Oktoberwoche.



Öleinnahmen, Benzinpreise, Lebenshaltungskosten und Löhne

Unter den größten Erdöl-exportierenden Ländern der Welt rangiert Nigeria aktuell auf Platz acht (direkt hinter Kuwait und noch vor Venezuela). Da es aber kaum noch funktionierende Raffinerien im Land gibt, muss ein Großteil des Kraftstoffs bei den Konzernen wieder eingekauft werden, die das Rohöl günstig aus dem Land abpumpen: Shell (GB/NL) und BP (GB).

Laut Weltbank leben 40 Prozent der Nigerianer*innen (= 91,68 Mio. Menschen!) unterhalb der Armutsgrenze und haben weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag zur Verfügung.

Es gibt da nur drei Möglichkeiten: Wegzug, Resignation oder Gegenwehr.

Es folgt ein Bericht von Dagga Tolar, Mitglied der Lehrkräftegewerkschaft Nigerias, über die Situation vor Ort:

Die Arbeitnehmerschaft muss die Führung übernehmen und die unaufhörlichen Angriffe der Regierung auf die einfachen Leute beenden!

Für einen 48-stündigen Generalstreik!

Die jüngste Erhöhung des Benzinpreises von 855 Naira auf 1.050 Naira und mehr ist ein weiterer Schlag für die Millionen von



Solidarität mit den zu Unrecht Angeklagten in Nigeria am Tag des Prozessbeginns, 8. November, auf dem Wallraffplatz (Foto: G. Schöniar)

Nigerianer*innen, die bereits ums Überleben kämpfen. Diese neueste Erhöhung bedeutet einen erschütternden Anstieg der Benzinpreise um 430% seit dem Amtsantritt von Präsident Bola Tinubu vor nur 17 Monaten. Es ist offensichtlich, dass das Tinubu-Regime weiterhin schwere wirtschaftliche Härten über die Bevölkerung bringt, die sich nun in einer noch prekäreren finanziellen Lage befindet.

Dieser drastische Anstieg der Kraftstoffpreise erfolgt zu einer Zeit, in der die Inflation auf über 32% gestiegen ist und die Lebenshaltungskosten für viele unerträglich geworden sind. Das nigerianische Volk wird ärmer, und die Preiserhöhungen wirken sich auf alle wichtigen Waren im Land aus. Transportkosten sind so stark gestiegen, dass das Gehalt durchschnittlicher nigerianischen Arbeiter*innen nicht einmal mehr für eine Woche ausreicht. Grundbedürfnisse wie Nahrung, Gesundheitsversorgung und Unterkunft sind zu Luxusgütern geworden, da viele Haushalte nun Schwierigkeiten haben, sich überhaupt noch eine Mahlzeit leisten zu können.

Wir verurteilen diese unerbittlichen Angriffe auf die nigerianische Bevölkerung durch die ständigen Erhöhungen der Benzinpreise aufs Schärfste. Zum zweiten Mal in einem Monat ignoriert die Regierung die wachsende Notlage ihrer Bürger. Diese neoliberale Politik, die von Anweisungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank angetrieben wird, wird Nigerias wirtschaftliche Probleme nicht lösen. Sie besteht seit über vier Jahrzehnten und hat in keiner Weise zur Verbesserung der Wirtschaft beigetragen. Stattdessen verschärfen sie die Krise und treiben Millionen weiter in die Armut, während nur eine winzige Elite profitiert.

Die Versuche der Tinubu-Regierung, die Menschen mit Almosen zu beschäftigen, wie



D. Tolar, Movement for a Socialist Alternative (ISA), Nigeria

der Verteilung von Reissäcken, sind sowohl beleidigend als auch unzureichend. Das Land ist auf 5 kg-Reissäcke als Hilfspaket reduziert worden, während die weit verbreitete Armut weiter zunimmt. Diese sogenannten Palliativmaßnahmen tragen weder zur Lösung der zugrunde liegenden Probleme bei, noch lindern sie das langfristige Leiden, das durch diese Art von Wirtschaftspolitik verursacht wird.

Darüber hinaus führen die Regierung und die Nigerian National Petroleum Corporation (NNPC) die Öffentlichkeit weiterhin über den Status der nigerianischen Raffinerien in die Irre. Frühere Versprechen, die Kraftstoffproduktion in der Raffinerie von Port Harcourt bis Dezember 2023 wieder aufzunehmen, wurden auf August 2024 verschoben. Allerdings gibt es keine Fortschritte oder Transparenz dabei. Ebenso hat sich die Hoffnung, dass die Dangote-Raffinerie die Benzinpreise senken würde, als falsch erwiesen, da wir

seit dem Beginn des Betriebs nun bereits zwei Preiserhöhungen in nur einem Monat erlebt haben.

Der nigerianische Gewerkschaftsbund (NLC) und der Gewerkschaftskongress (TUC) müssen jetzt die nigerianischen Arbeiter*innen gegen diese unterdrückende Politik mobilisieren. Wir brauchen eine entschlossene Führung für einen organisierten Kampf und den Widerstand. Als ersten Schritt fordern wir eine 48-stündige Generalstreikaktion. Bloße Erklärungen, die die Regierung auffordern, die Benzinpreiserhöhungen zurückzunehmen, reichen nicht aus. Es muss konkrete Aktionen geben – eine koordinierte, landesweite Mobilisierung der Arbeitenden, der Zivilgesellschaft und aller, die von dieser Politik betroffen sind, um sicherzustellen, dass der Generalstreik umfassend ist und die Entschlossenheit der arbeitenden Massen zum Ausdruck bringt, den Kampf aufzunehmen.

Die ständigen Benzinpreiserhöhungen haben den kürzlich angekündigten Mindestlohn von 70.000 Naira bedeutungslos gemacht.

Mehrarbeit und Überstunden bei Lehrkräften: Was steht mir zu und was nicht?

Alle kennen Mehrarbeit, aber nicht alle bekommen sie korrekt bezahlt! Die Aspekte Überstunden und Mehrarbeit an Schulen müssen aber kein Buch mit sieben Siegeln sein. Ein kurzer Leitfaden durch die BASS // **Andreas Büter, Mitglied des GfV**

Viel zu häufig liegt über den grundsätzlichen Fragen zur Mehrarbeit an Schulen ein scheinbar unauflösbarer Schleier aus Undurchsichtigkeit, Missverständnissen und Resignation der Beschäftigten.

Die rechtlichen Vorgaben zur Definition und Abrechnung von schulbezogener Mehrarbeit sind dabei eigentlich eindeutig und nachvollziehbar formuliert und gelten in ihren Grundsätzen bereits schulformübergreifend seit 1979.

Demgegenüber ist aber die alltägliche Abrechnung von entstandener Mehrarbeit an den jeweiligen Schulen leider keineswegs immer eindeutig und nachvollziehbar – sofern denn überhaupt abgerechnet wird. Dieserart dienstliche Mängel geschehen zu meist aufgrund sachlicher Fehlinformation an den Schulen, falscher schulinterner „Traditionen“ und/oder unzulässiger anderer Abrechnungs- und vermeintlicher „Ausgleichsmodelle“; aber leider auch sehr häufig durch die Zurückhaltung der einzelnen Beschäftigten und deren Unterschätzung der eigenen zusätzlichen Arbeitsleistung und ihrer tatsächlich bestehenden Vergütungsansprüche.

Durch Fehl- bzw. Nichtinformationen oder durch Aussagen wie: „Das haben wir hier aber noch nie so gemacht!“, gehen den Beschäftigten Monat für Monat, Jahr für Jahr beträchtliche Anteile ihrer eigentlich zustehenden Vergütung verloren, auf welche sie jedoch einen uneinschränkbaren rechtlichen Anspruch haben; hierbei ganz zu schweigen von den sozialen und gesundheitlichen Folgen der oftmals in schon fast gewohnheitsrechtlicher Form geforderten Zu-

satzbelastungen durch Überstunden, Bereitschaften und sonstige schulnahe Aufgaben.

Die BASS als rechtliche Grundlage für die Bezahlung von Mehrarbeit

Die rechtliche Grundlage für die Mehrarbeitsberechnung für alle Beamte*innen und Tarifbeschäftigten im Schuldienst ist die BASS NRW 21-22 Nr. 21.

Neben den umfangreich vorhandenen Info- und Erklärungsblättern verschiedenster Herkunft zur Mehrarbeitsberechnung empfiehlt es sich in jedem Fall, zunächst die rechtliche Urfassung der genannten BASS zu Rate zu ziehen. Auf wenigen Seiten ist dort die uneingeschränkt gültige Vorgehensweise zur Mehrarbeitsdefinition und -berechnung aufgeführt.

Da aber so manche rechtliche Erlassformulierung auch zu Missverständnissen führen kann, stellt die GEW-Köln die entsprechenden Passagen aus der BASS nun mit nützlichen Kurzkomentaren zur Verfügung, welche die möglichen juristischen Unverständlichkeiten und daraus entstehende Missverständnisse eindeutig aufklären.

Eine grundsätzliche Kenntnis der ursprünglichen Rechtsverordnung ist in sofern immer sehr von Nutzen, da bei einer etwaigen Notwendigkeit zur dienstlichen Anspruchsbegründung immer direkt auf die rechtliche Quelle in ihrer Urform verwiesen werden kann (Stichwort: „Wo steht das?!“).

Außerdem befindet sich in der kommentierten Version eine farbliche Textmarkierung in Ampelfarben:

Grün = Anspruch, Rot = kein Anspruch, Gelb = grundsätzlich wichtig bzw. häufig missverstanden.

Was ist vergütbare Mehrarbeit und was nicht?

Mit unserem ersten Hinweisleitfaden in dieser „forum“-Ausgabe soll neben der allgemeinen Heranführung an die relevante Materie zunächst nur auf die häufigsten Fehlerquellen und einige häufig missverstandene Lesarten der BASS 21-22 NR. 21 hingewiesen werden. – Für weitergehende Fragen steht (neben den erwähnten und hoffentlich erhellenden GEW-Komentaren in der BASS-Anlage) die Rechtsberatung der GEW-Köln und der Verfasser dieses Textes auch in Zukunft gerne zur Verfügung.

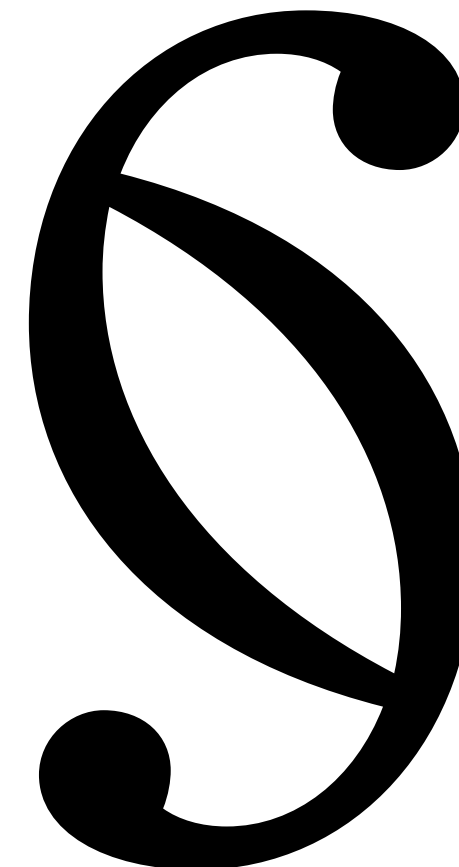
Für das eigene Verständnis sind zunächst zwei Basisfragen zu klären (Verweis auf die entsprechenden BASS-Abschnitte in Klammern): Was ist vergütbare Mehrarbeit (2.2.2.1-4 grün) – und was nicht (2.2.3 rot)?

Welche Ausfallstunden dürfen mir folglich von erbrachten Überstunden abgezogen werden (4.5 rot) und welche nicht (4.4.1 und 2 grün)?

Diese Parameter werden in der BASS in vollständig aufgelisteter Beispielform dargestellt – und nun auch durch die erklärenden Kommentare der GEW ergänzt.

Grundsätzlich ist es so, dass vergütbare Mehrarbeit nur bei definierter „Unterrichtstätigkeit“ mit einem oder mehr Schüler*innen vorliegt. Alle notwendigen Definitionen, was unter den Begriff Unterricht fällt (grün) und was nicht (rot), sind in der BASS bereits vollständig und nachvollziehbar aufgeführt.

Gefragt wird diesbezüglich häufig, ob auch die Teilnahme an sonstigen schulischen Veranstaltungen und die Betreuung von Schüler*innengruppen bei sonstigen Veranstaltungen zu vergütbarer Mehrarbeit führt. – Das ist jedoch nicht der Fall (rot). Es ist dabei jedoch ebenso wichtig zu wissen, dass durch dieserart dienstliche Veranstaltungen ausfallender Unterricht wiederum NICHT als Minusstunden von geleisteten Überstunden abgezogen werden dürfen. Denn es handelt sich dabei dann um sog. „anrechenbare Ausfallstunden“ (grün). Demgegenüber führen tatsächlich wegfallende Unterrichtsstunden als sog. „nicht anrechenbare Ausfallstunden“ zu einem entsprechenden Abzug (rot).



Häufige Missverständnisse zu Ungunsten von Beschäftigten bestehen diesbezüglich z.B. bei der im Schulalltag täglich notwendigen Differenzierung von Aufsichten bei „Klausuren, Klassenarbeiten und Testaten“ (grün, vergütbare MA) und demgegenüber Aufsichten bei „Prüfungen aller Art“ (rot, nicht vergütbare MA). Als Letztere gelten formal nur alle Arten von „Zentral- und Abschlussprüfungen“. Bei diesen „Prüfungen“ entsteht durch Aufsicht oder anderweitige Teilnahme keine vergütbare Mehrarbeit. Aber: Dadurch entfallender eigener Unterricht darf sich wiederum nicht negativ auswirken, weil es sich auch hierbei wiederum um „anrechenbare Ausfallstunden“ handelt.

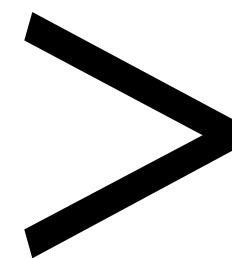
Mehrarbeitsvergütung NICHT erst ab der vierten geleisteten Vertretungsstunde!

Ein weit verbreitetes, sehr grundsätzliches Missverständnis ist die Anzahl der zu leistenden Mehrarbeitsstunden, ab der es zu einer Auszahlung kommt. Die bekannte Mindeststundenanzahl von vier Stunden entspricht hierbei zunächst einmal der Vorgabe der BASS (5.1 und 2).

Aber: Dies bedeutet nicht, dass nicht auch eine geringere Stundenanzahl von drei, zwei oder einer Stunde vergütbar wäre! Denn die BASS führt an gleicher Stelle außerdem aus, dass – wenn innerhalb eines Abrechnungsmonats mindestens vier MA-Stunden geleistet worden sind – bei der Monatsverrechnung sich ergebende („nicht anrechenbare“) Abzugsstunden nicht zu einem völligen Wegfall der geleisteten Stunden führen, sondern nur zu deren Reduzierung. Es werden in diesem Fall also auch weniger als vier Stunden vergütet. In so einem Fall ist im Abrechnungsformular an die BezReg lediglich an vorgesehener Stelle ein „V“ einzutragen. Das entsprechende PDF-Formular wird durch die Schulleitung ausgefüllt und danach durch die Beschäftigten per Unterschrift bestätigt. – Es kann jedoch auch auf der Seite der Bezirksregierung selbst heruntergeladen werden.

Der „Trick“ einer vorsätzlichen regelmäßigen Heranziehung zu jeweils nur drei Stunden im Monat, um die Bezahlgrenze dauerhaft zu unterlaufen, ist jedoch unzulässig.

Die GEW-Köln stellt die entsprechenden Passagen aus der BASS mit nützlichen Kurzkomentaren zur Verfügung und sorgt für Klarheit.



Mehrarbeit wird leider auch sehr häufig aufgrund der Zurückhaltung der Beschäftigten und ihrer Unterschätzung der eigenen Arbeitsleistung nicht korrekt abgerechnet.

Abrechnungs- und Verrechnungszeitraum ist immer der Kalendermonat. Ein Weitertragen von etwaigen Minusstunden in folgende Monate ist verboten.

Ausnahmen von dieser Monatsregel gibt es nur bei sog. „regelmäßiger Mehrarbeit“ (5.4.2), was eine Sondergenehmigung der BezReg erfordert, sowie bei Blockunterrichtsstunden am Berufskolleg.

In diesen zwei einzigen Ausnahmen kann die Abrechnung halbjährlich bzw. jährlich erfolgen.

Alle diese Verrechnungsvorgaben sind jedoch nur auf Vollzeitbeschäftigte anwendbar.

Besondere Regelungen bei Teilzeitbeschäftigten

Bei Teilzeitbeschäftigten erfolgt keine monatliche Plus- und Minusverrechnung, da jede geleistete Mehrarbeitsstunde von Anfang an vergütet werden muss!

(Die sich diesbezüglich jedoch inzwischen häufig etablierte Vorgehensweise einer dennoch wochenweisen Verrechnung bei Teilzeitbeschäftigten ist rechtlich zweifelhaft und muss hinterfragt werden.)

Die BASS erläutert außerdem, dass Teilzeitbeschäftigte nur „zur Erteilung von Mehrarbeit verpflichtet sind, sofern zwingende dienstliche Gründe dies erfordern. Sie sollen jedoch nur zur Leistung von gelegentlicher Mehrarbeit herangezogen werden.“ (siehe Nr. 8 der BASS).

Viele Teilzeitbeschäftigte werden diese Formulierung der BASS wahrscheinlich mit unglaublichem Erstaunen lesen und sich direkt fragen, was sich wohl hinter den „zwingenden dienstlichen Gründen“ verbergen mag, da sie de facto tagtäglich zur Mehrarbeit herangezogen werden, ebenso wie Vollzeitbeschäftigte. Diese berechnete Nachfrage ist in jedem Fall eingehend und ohne dienstliche Scheu zu klären, denn jede Teilzeitgenehmigung hat ihren persönlichen Grund, welcher nicht einfach mit der Pauschalbegründung „jede Vermeidung von Stundenausfall ist zwingend wichtig“ untergraben werden darf.

Aber auch bezüglich einer etwaigen persönlichen Scheu davor, einen entsprechenden Auszahlungsanspruch geltend zu machen, hilft uns die BASS. Dort wird nämlich betont, dass es sich bei Mehrarbeitsvergütung um „Besoldung“ handelt. Und weiter: „Ein Verzicht darauf ist verboten“ (siehe Nr. 7 der BASS)!

Dieser Passus ist zwar in direkter Form nur auf verbeamtete Lehrkräfte anwendbar, aber in der inhaltlichen Zielrichtung gibt es auch für angestellte Kollegen*innen eine brauchbare Argumentationsgrundlage um

eine etwaige Zurückhaltung vor einer Beantragung aufzugeben.

Lasst uns deshalb unserer gemeinsam bestehenden Dienstpflicht nachkommen und (sofern noch nicht geschehen) ab jetzt eine korrekte Vergütung von geleisteter Mehrarbeit im Sinne der Vorschrift beantragen!*

Und entsprechend des bekannten rechtlichen Grundsatzes, dass man nicht alle Regeln und Gesetze auswendig wissen muss, sondern nur wissen muss, wo man sie findet, hoffen wir, dass dieser kleine erste Leitfaden zum Umgang mit und dem Inhalt der Vorschriften zur Mehrarbeit an Schulen einen konstruktiven und argumentationsbeständigen Ansatz bietet.

*) Übrigens: Auch für eventuell nicht erfolgte MA-Vergütungen in der Vergangenheit sei gesagt, dass die BASS uns auch hier nicht im Stich lässt. Denn gemäß der „Ergänzenden Hinweise Nr. 3“ dieser BASS sind „die Schulen verpflichtet, alle entsprechenden Belege und Unterlagen gegen Verlust und Beschädigung zu sichern und nach Ablauf des Schuljahres drei weitere Jahre aufzubewahren.“

Und sofern weitergehende Beleg- und Beweismöglichkeiten vorhanden sind, auch natürlich über diesen rückwirkenden Zeitraum hinaus. Es ist also immer gut, die alten Schulkalender aufzubewahren ...

***In der BASS wird betont,
dass es sich bei
Mehrarbeitsvergütung um
„Besoldung“ handelt. Und
weiter: „Ein Verzicht darauf
ist verboten“!***

***Mehrarbeit muss nicht
erst ab der vierten geleisteten
Vertretungsstunde vergütet
werden!***

Andreas Büter ist Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes (GfV) der GEW-Köln. Als studierter Jurist und SekII/I-Lehrer unterrichtet er Rechtskunde und Politik an einem kaufmännischen Berufskolleg in Köln. An seiner ersten Dienstscheule war er zehn Jahre lang verantwortlich für die Stunden- und Vertretungsplanerstellung, sowie die Mehrarbeitsabrechnung und die entspr. Korrespondenz mit dem LBV sowie der Bezirksregierung. Bereits 2013 wurde seine Schule durch den Landesrechnungshof im Rahmen einer Stichprobe überprüft und die in seinem Verantwortungsbereich gelegenen Berechnungen und Rechtsanwendungen ohne Beanstandung als korrekt bestätigt.



Besuch im Kölnischen Stadtmuseum im Oktober 2024

Kölle – do bes e Jefööhl ... // **Nanny Gatzen-Stadter, Aktive Ruheständlerin**



Am 8.10. haben sich ca. 40 Teilnehmer und Teilnehmerinnen an den Museumsführungen im neuen Kölnischen Stadtmuseum erfreut – mit vielen Detailwissen und einer Prise aus humoristischen Anekdoten führten Museumsführer die zwei GEW-Gruppen nacheinander durch die neu aufgebauten Ausstellungsebenen im Haus an der Minoritenstraße, wo das frühere Kaufhaus Franz Sauer zu finden war.

In der Haupt-Ebene konnten wir als Überblick die Stadtplanungen zu Beginn des Mittelalters sehen, begrenzt durch die Stadtmauer sollte auch Platz für Weingärten erhalten bleiben. Die Bebauung innerhalb der Stadtmauern wurde binnen 10 Jahren dicht aufgefüllt – der dort gewonnene Wein war sowieso extrem sauer und nur versetzt mit viel Wasser als Getränk nutzbar.

Rund um dieses Kölner Stadtbaumodell des Mittelalters lassen sich die wesentlichen Ereignisse in Köln in zeitgeschichtlicher Chronologie zu verfolgen. Die nächsten Ebenen folgten dann verschiedenen besonderen Kölner Gefühlen: z.B. die Bedeutung des Glaubens an Heilige, der „so intensiv war“, dass direkt die 11 Jungfrauen zu 11000 Jungfrauen vervielfältigt wurden, damit die Kölner mehr „heilige Gebeine“ verkaufen konnten. Diese Intensität wurde durch den

Erzbischof gebremst, als Köln mehr Heilige zu haben schien als Rom, die Stadt des Papstes.

Gefühle von „Lust und Liebe“ wird z.B. mit Genuss und vielfältigen Kulturen von Essen, Mahlzeiten und Geselligkeit verbunden (Foto: reiches Buffet internationaler Speisen), aber ebenso wird „Angst“ thematisiert über die grausamen Wirkungen von Seuchen und schwere Krankheitswellen (Lepra, Cholera), von denen tausende Kölner betroffen waren. Geschäftstüchtigkeit und kaufmännische Cleverness wird mit mehreren Zeiträumen verbunden: aus der Zeit der Handelswege per Rheinschiffahrt (Bürokratie blühte schon damals, denn schon der Erhalt eines Amts-Stempels, dass ein Schiff nichts auslieferte, kostete was!!) wie auch bei den Exponaten zu den Aufstiegszeiten der FORD-Werke, mit denen tausende Arbeitskräfte gegen gute Einkommen nach Köln kamen und mit ihren Familien zur Stadtgemeinde gehören.

Sehr viel Liebe zum Detail und die – entlang der Emotionen – gut gestaltete Ausstellungsbereiche in diesem Museum lobten alle Ruheständler als großen Gewinn für Köln – ein toller Ort auch für eingefleischte Kölnerrinnen und Kölner, um noch Neues aus ihrer Stadt zu entdecken.

Von der Blutglocke bis zur Pressefreiheit: 500 Jahre Rechtsgeschichte in Köln

Zu einer Stadtwanderung mit Markus Juraschek-Eckstein fanden sich nur 14 der angemeldeten 20 Teilnehmer*innen am Petersbrunnen ein. Vielleicht lag es an den recht herbstlich kühlen Temperaturen an diesem 12. September? // **Helga Pennartz, Aktive Ruheständlerin**

Beginnen wir mit dem blauen Stein, der einst im Kölner Domhof (südöstlich neben dem Domchor) lag. Er war eines der sichtbaren Symbole der hochrichterlichen Gewalt der Erzbischöfe. Da Todesstrafen nicht durch das kirchliche Gericht vollstreckt werden durften, wurde dies dem städtischen Henker übertragen. Unter dem Glockengeläut der Dreikönigenglocke vollzog sich die ritualisierte Übergabe des Delinquenten. Eher unsanft wurde der Verurteilte gegen den so genannten „Blauen Stein“ gestoßen und dann zum Richtplatz gebracht und das war meistens Melaten.

Auf unserer Stadtwanderung gelangten wir zum Güllichplatz. Er befindet sich westlich vom Wallraf-Richartz-Museum an der Straßenecke Obenmarspforten, gegenüber dem Farina-Haus.

Wer war Nikolaus Güllich?

Güllich lebte im 17. Jahrhundert, war Manufakturkaufmann und Mitglied der Kaufmannsgaffel „Himmelreich“. Im Jahr 1680 setzte er sich an die Spitze einer Bewegung von Unzufriedenen innerhalb der Kölner Bürgerschaft und installierte einen neuen Stadtrat. Eine umgehend eingesetzte kaiserliche Untersuchungskommission drohte den neuen Machthabern und der ganzen Stadt mit einem Reichsbann, so dass im August 1685 Güllich abgesetzt und inhaftiert wurde. Am 23. Februar 1686 wurden er und Mitglieder seines neuen Stadtrates zum Tode verurteilt und auf der Mülheimer Heide hingerichtet.

Nach der Enthauptung Güllichs verfügte ein Gericht den Abriss seines Hauses und ein Verbot, die freigewordene Fläche wieder zu bebauen. So entstand ein Platz, der später nach ihm benannt wurde. Auf dem Platz wurde 1686 eine Schandsäule errichtet, mit einem Kopf Güllichs, aus Bronze gegossen und von einem Schwert durchbohrt.

Die Führung der Stadt plante, dieses Denkmal als Abschreckung dort für immer stehen zu lassen. Erst mehr als 100 Jahre später, zur Zeit der Besetzung durch Truppen der französischen Revolution, wurde sie abgebrochen. Heute zierte den Platz der Fastnachtsbrunnen.

Unternehmenskrieg

Das Unternehmen Johann Maria Farina gegenüber dem Güllichs-Platz GmbH wurde am 13. Juli 1709 in Köln gegründet und ist heute



Wer war Nikolaus Güllich?): Radierung

die älteste bestehende Parfüm-Fabrik der Welt, Markenzeichen ist eine rote Tulpe. Johann Maria Farina nannte seine Kreation zu Ehren seiner neuen Heimatstadt „Eau de Cologne“. Sagte man im 18. Jahrhundert Eau de Cologne, so meinte man den Duft von Farina. Nach der Französischen Revolution, Ende des 18. Jahrhunderts, versuchten viele, den Duft und den Namen Eau de Cologne zu kopieren. Da es noch keinen Markenschutz gab, wurde aus Eau de Cologne der Name einer ganzen Duftklasse. Auch die Firma Mühlens nutzte für ihr Kölnisch Wasser den Beinamen Farina. Das gefiel der Familie Farina natürlich nicht.

Jean Marie Farina, ein Nachfahre des Gründers gilt als einer der beharrlichsten Vorreiter des gesetzlichen Markenschutzes in Deutschland. Zwischen seinen ersten Bemühungen, einer Eingabe an die zuständige preußische Ministerialbürokratie im Jahr 1836 und der Verabschiedung des Reichsgesetzes lagen fast vier Jahrzehnte. Im November 1874, wurde das erste Markenschutzgesetz im Deutschen Reichstag verabschiedet. Es trat am 1. Mai 1875 in Kraft. Als erstes Kölner Unternehmen ließ der älteste noch heute bestehende Kölnisch-Wasser-Hersteller „Johann Maria Farina gegenüber dem Güllichs-Platz“ sein Warenzeichen registrieren.

Durch Urteil des „Kgl. Oberlandesgerichts zu Köln“ vom 27. April 1881 wurde Ferdinand Mühlens endgültig untersagt, den Namen „Farina“ zu benutzen. Ferdinand Mühlens ließ daraufhin die Firma als No. 4711 Eau de Cologne- und Parfümerie-Fabrik Glockengasse eintragen. Angeblich gibt es noch heute gerichtliche Auseinandersetzungen zwischen den beiden Firmen.

Pressefreiheit

Auch in Sachen Pressefreiheit war Köln in gewisser Weise mit ein Vorreiter. Bereits einen Tag nach Abzug der französischen Besatzung, am 16. Januar 1814, gab Marcus DuMont die Kölnische Zeitung wieder heraus. Im jetzt preußischen Rheinland galt die Zeitung als katholisch und preußenkritisch und wurde häufig zensiert. So zeigte die Titelseite vom 4.5.1817 die Überschrift „Deutschland“ sowie zwei leere Spalten, weil der Zensor einen dort eingeplanten Artikel nicht rechtzeitig freigegeben hatte. Dieser „weiße Fleck“ wurde zur politischen Meldung und in der Folge gleichbedeutend für den Protest gegen Zensurmaßnahmen.

Marx in Köln

1842 gründeten liberale Bürger in Köln die Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe. Karl Marx wurde ein Hauptmitarbeiter des Blattes, das am 1. Januar 1842 erstmals erschien. Am 15. Oktober 1842 übernahm Marx die Redaktion der Zeitung, welche von da an einen radikaleren oppositionelleren Standpunkt vertrat. Vehement setzte sich Marx dabei für Pressefreiheit ein. Bis 1848 unterlagen alle deutschen Zeitungen der Vorzensur. Jeder Artikel musste von einem Zensurbeamten genehmigt werden. Nachdem die preußische Regierung die Zensur der Rheinischen Zeitung mehrfach verschärft hatte, wurde die auflagenstarke Zeitung im März 1843, unter Berufung auf die Karlsbader Beschlüsse von 1819, ganz verboten. Marx war arbeitslos und verließ Deutschland.

Nach Ausbruch der Märzrevolution 1848 kam Marx nach Köln zurück. Er initiierte die Herausgabe der Neuen Rheinischen Zeitung. Von August 1848 bis zum 19. Mai 1849 galt die Zeitung als eines der bedeutendsten Blätter der demokratischen Bewegung. Dann unterband die preußische Regierung ihr Erscheinen. Eine Gedenktafel auf dem Heumarkt erinnert an die Neue Rheinische Zeitung.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt von unserem Stadtpaziergang. Es gab noch viel mehr Informationen zur Entwicklung der kölnischen Rechtsgeschichte.

Foto: Helga Pennartz

Unterwegs im Gasometer Oberhausen

Anfang November waren die aktiven Ruheständler*innen mit über 35 Personen aus Köln gemeinsam unterwegs mit der Regionalbahn zum Gasometer in Oberhausen // **Nanny Gatzen-Stadter, Aktive Ruheständlerin**



Mit der Ausstellung „Planet Ocean“ haben alle einen besonderen Eindruck mitgenommen, wie weitreichend sich der Klimawandel in unseren Ozeanen auswirkt (mehr als ein Drittel der Welt ist Wasser)!

Die Gästeführungen (verschiedene Gruppen parallel) haben anschaulich vermittelt, wie dringend notwendig die mühsamen Anstrengungen des internationalen Pariser Abkommens grundsätzlich und die besonderen Absprachen zur Erhaltung der Meere entscheidend sind, um für unsere Lebensverhältnisse (gut) erträgliche Klimaverhältnisse zu sichern und Verantwortung zu übernehmen, damit unser Müll nicht auf der anderen Seite der Weltkugel angeschwemmt wird (Foto 1: Kind im Meeres-Müllberg).

Ausstellungszeit verlängert

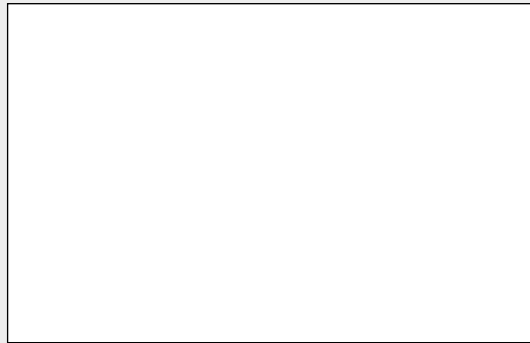
Unsere GEW-Gruppen waren gut gerüstet (und warm angezogen in dieser großen Halle der Industriekultur) und lauschten den interessanten Ausführungen zu den riesigen Ausstellungsfotos im Gasometer, die in den hohen Stockwerken im Gasometer übergroß die Meeresbewohner (Foto 2: gilt auch für kleinere Meerestiere) und Küstenverhältnisse weltweit eindrucksvoll abbildeten. Im Anschluss war die Meinung eindeutig: Der Besuch ist zu empfehlen, die Ausstellungszeit ist noch bis Ende des Jahres 2025 verlängert.

Was steht weiter an beim AK Aktive Ruheständler*innen?

Nach einem Treffen im Dezember zum Jahresausklang haben wir über viele Anregungen und Vorschläge aus dem Mitgliederkreis der GEW-Senior*innen schon Termine für 2025 in Vorbereitung – diese Infos werden mit konkreten Terminankündigungen für Januar bis Juni 25 ab Dezember bekannt gegeben.

Zusätzlich werden wir eine bundesweite GEW-Initiative aufgreifen und uns mit Kölner GEWler*innen zu ihren „Altersbildern“ austauschen – warum sind wir als Senior*innen in der GEW aktiv/dabei, weiterhin und gerne?

Darüber hinaus hat sich ein DGB-Senior*innen-Forum in Köln zusammengefunden (mit Vertreterinnen und Vertretern der Senior*innengruppen aus fast allen DGB-Gewerkschaften) und ist in Planung von gemeinsamen Aktivitäten ab Frühjahr 2025.



// Geschäftsstelle //

Einladung zur Mitgliederversammlung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
hiermit laden wir euch herzlich ein zur

***Mitgliederversammlung zur Neuwahl des Geschäftsführenden
Vorstands (GfV) der GEW Köln
am 26. März 2025 von 17h30 – 20h00 im großen Saal des DGB-
Hauses (Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, 1. Stock)***

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Vorschlag zur Tagesordnung:

TOP 1 Finanzen

- a) Haushalt 2024:
 - Vorstellung des Haushaltsabschlusses 2024
 - Kassenprüfungsbericht 2024
 - Entlastung der Kassiererinnen für 2024
- b) Haushalt 2025:
 - Haushaltsplan 2025 & Beschluss über den Haushalt 2025

TOP 2 Rechenschaftsbericht des aktuellen Geschäftsführenden Vorstands (GfV)

Vorstellung des Rechenschaftsberichts, Rückfragen & Entlastung des GfV

TOP 3 Wahlen zum Geschäftsführenden Vorstand (GfV)

- a) Erläuterungen zur Wahl durch den Wahlausschuss
- b) Vorstellung der Kandidat:innen
- c) Beginn der Wahlhandlung

TOP 4 Thema & Diskussion:

Was bedeuten die Ergebnisse der Bundestagswahlen für unsere Bildungseinrichtungen?

TOP 5 Anträge

- a) Anträge zu Satzung & Wahlordnung
- b) sonstige Anträge

TOP 6 Austausch & Berichte

- a) Berichte aus euren Arbeitszusammenhängen & Bildungseinrichtungen

TOP 7 Verschiedenes

Anträge an die MV müssen bis zum 19. März 2025 in der Geschäftsstelle eingegangen sein. Fristgemäß eingereichte Anträge sowie eine aktualisierte Tagesordnung werden danach zeitnah auf der Webseite der GEW Köln veröffentlicht.

Herzliche GEWerkschaftliche Grüße
der Geschäftsführende Vorstand